DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

# CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

80 8. JAHRGANG Mai '91 5,00 DM

SCHWERPUNKTTHEMA

# VERKEHRte Welt

**Die Lebensqualität steigt rasant. Immer mehr Autos ermöglichen immer mehr freien Bürgern die freie Fahrt bis zum nächsten Stau. Dort haben sie dann die Zeit dazu, sich über diese verkehrte Welt Gedanken zu machen. Und alle kommen sie zu dem gleichen Ergebnis: Zähne zusammenbeißen und durch. Irgendwann muß ja alles einmal ein Ende haben – auch dieser Stau.**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

**Goetz Paschen, Redaktion Hamm** ● Was ist schon der Lärm und Gestank von 30 Millionen Autos, gemessen an der Lebensfreude, die sie uns bereiten? Wen stören die 2 Millionen Wracks jährlich, wenn dafür ein solches Maß an träger Bequemlichkeit geboten wird? Wer erwartet ein Jammern bei der Erklärung, der Straßenverkehr habe einen Flächenbedarf von über 11% der ehemaligen BRD, annähernd die Landesfläche Belgiens? Ein Jammern von Leuten, die sich selber nichts Schöneres vorstellen können, als ihren ganzen Garten mit Waschbetonplatten als Terassenfläche auszulegen.

### VERKEHRte Politik

Eine halbe Millionen Verkehrstote seit dem zweiten Weltkrieg können an der gestiegenen Lebensqualität leider nicht Anteil haben. Drei von zehn getöteten Verkehrsopfern sind FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Wer das Rad als Alltagsverkehrsmittel benutzt, kennt den Schrecken, den eine aufgestoßene Autotür bereiten kann, oder hat schon hautnah zu spüren bekommen, wie einen gesteigerter Lebensstandard zu Fall bringen kann. »Jeder Stau, der abgebaut wird, ist ein Beitrag zum Umweltschutz.« verkündete Friedrich Zimmermann im Bundestagsverkehrsausschuß, ohne sich dafür zu schämen. *Denn das heißt: Noch mehr Straßen bauen!* Nach Meinung des Bundes für Umwelt und Naturschutz habe es in den letzten drei Jahrzehnten praktisch keine Verkehrspolitik gegeben – das passende Wort sei wohl KFZ-Förderungspolitik, so der BUND.

### Das Rad ist die Zukunft

Wie in anderen umweltpolitischen Bereichen stellt sich auch hier die Frage, ob ein Einlenken noch möglich ist oder erst der Kollaps die automobilen Massen bremsen kann. Durch immer häufigere Staus und kleine Verkehrszusammenbrüche begrenzt der Verkehr schon oft sein Wachstum auf beinahe ökologische Weise selbst. Deshalb lautete die Prognose des World Watch Institutes (USA) im Jahr '88: »Das Rad ist das Verkehrsmittel der Zukunft.« Schade, daß das die meisten Leute von heute noch nicht wissen.

### VEREINt gegen Autos

Vehement setzen sich umweltpolitische Initiativen für eine Förderung des Fahrradverkehrs ein. In der BRD bemühen sich der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club), der VCD (Verkehrsclub Deutschland), die großen Umweltverbände und vielerorts auch ein breites Spektrum von kleinen bunten Initiativen, teils mit sehr kreativen und wegweisenden Ideen, um eine Umkehr im Verkehr. Die konkreten Forderungen des ADFC für den Radverkehr lauten:

- Unterbinden aggressiver Autowerbung
- Schaffung einer Straßennutzungsordnung, die Leben, Gesundheit und Wohlbefinden der Menschen in den Mittelpunkt stellt
- konsequente Verkehrsberuhigung innerorts
- deutliche Geschwindigkeitsdämpfung auf Autobahnen und Landstraßen
- keine Radwegbenutzungspflicht
- Öffnung der Einbahnstraßen für RadlerInnen in Gegenrichtung
- Förderung der Kombination Fahrrad – öffentliche Verkehrsmittel
- deutliche Verringerung der Mittel für den Straßenbau
- strikte Überwachung des motorisierten Verkehrs in Bezug auf Falschparken, Geschwindigkeitsbegrenzungen und riskante Gefährdungen
- Neoorientierung in der Stadtplanung
- Änderungen im Steuerrecht zuungunsten des Autos

Die Zusammenarbeit der oben genannten Initiativen und Gruppen mit dem selbstverwalteten Fahrradhandel vor Ort würde den Interessen der einzelnen nützen, einen stärkeren politischen Druck bewirken und die Möglichkeit bieten, sich überall Münsteraner Verhältnissen anzunähern (s.u.). Mit finanzieller und fachlicher Unterstützung der Läden könnten Initiativen auch einige Aktionsideen viel besser umsetzten. Was für ein Anblick: Eine Liegerad-, Rikscha-, Pedersen-, Transportrad- und Tandemdemo durch die Stadt und mit dieser geliehenen Sonderfahrzeugausstellung am Samstagvormittag in der Innenstadt eine Hauptverkehrsstraße blockieren. Vielleicht läßt man die Preisschilder gleich dran hängen, falls Fragen kommen. Dann kann sich jeder Radladen das nächste halbe Jahr seine aufwendigen Kleinanzeigen in der lokalen Presse sparen. Wir sollten uns klarmachen, daß für neue Ideen und wirklich andere Produkte auch andere Formen der Verbreitung gefunden werden müssen.

Länder wie Holland und Dänemark mit ihrer fahrradfreundlichen Verkehrsplanung könnten uns als Beispiel dienen. Auch in der BRD gibt es vereinzelt Städte, in denen die RadfahrerInnen sich trotz der ungünstigen Bedingungen in großer Zahl selbstbewußt neben dem Autoverkehr behaupten. Zum Beispiel in Münster – hier gibt es weder besonders progressive Stadtplaner noch überaus rücksichtsvolle AutofahrerInnen. Das Fehlen eines U- und S-Bahnnetzes in einer Stadt dieser Größenordnung führt zur verstärkten Nutzung des Fahrrades. Es ist einzig und allein ihre Anzahl und das Auftreten in Rudeln, womit sich die Münsteraner RadlerInnen Respekt im Straßenverkehr verschafft haben. Hier werden auch ohne gesetzliche Legitimation einige Forderungen des ADFC verwirklicht. Es gibt in Münster für RadlerInnen beispielsweise fast nur »unechte Einbahnstraßen«.

Fortsetzung unseres Schwerpunktthemas Seite 6

AUS DEM INHALT:

**ÖKOBANK**

Auf einer kürzlich vom Verband der selbstverwalteten Betriebe Hessen und der Ökobank organisierten Veranstaltung mit KritikerInnen der Ökobank wurde deutlich, daß eigentlich alle die Ökobank lieben... Trotz ihrer Fehler – z.B. daß sie viel mehr Geld bunkert, als Kredite in Alternativ-Projekte zu geben. Eine ganz un-fundamentalistische Kritik
auf den Seiten 10 und 11.

**NEW AGE**

High Profit verspricht ein Top-Festival der Esoterik in Potsdam. Den ganzen Weg eines sogenannten Cheppewa-Medizinmannes vom Jetzt und Hier bis zurück zum Reservat seiner angeblichen Stammes-Brüder und Schwestern, für die weiße Rassisten nur noch das Jenseits reservieren wollen, geht Roman Schweidlenka
auf Seite 2.

**FRAUEN**

Berlin, Ostermarsch '91: Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) hatte als Rednerin die Friedensforscherin Utemaria Bujewski-Crawford vorgeschlagen, um frauenspezifische Positionen zum Thema Krieg zu Gehör zu bringen. Der Vorschlag wurde vom Vorbereitungs-Komitee glatt abgebügelt. Wir dokumentieren auf den Seiten 4 und 5 die »ungehaltene« Rede und einen Brief der IFFF an des Vorbereitungs-Komitee.
Frauen-Projekten in Ost- und Westberlin drohen massive Mittel-Kürzungen und stehen damit vor der Pleite. Grund genug, mal wieder über Staatsknete nachzudenken. Ein ziemlich provokanter Vorschlag von zwei Berliner Projekte-Frauen lautet: Unsere Fähigkeiten auf dem Markt verkaufen! In einem Interview sagte eine Vertreterin des Unabhängigen Frauen Verbandes über den Stellenwert von Geld: »...jetzt muß Leistung für Arbeit erbracht werden.«
Das Mißverhältnis von Frauen & Geld
auf den Seiten 4 u. 5.

**GENOSSENSCHAFTEN**

Alle sollen sich angleichen: Die Genossenschaften der ehemaligen DDR an die BRD-Zustände, die Kooperativen von Portugal bis Dänemark an die europäischen Entwicklungen. Harmonisierung...
Auf einem Seminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie berichtete berichtete Uwe Scheibner, seit Jahren verantwortlich die Ausbildung der »Führungskader« im Bereich der Konsumgenossenschaften der ehemaligen DDR über die verzwickten Hintergründe aus der Vergangenheit. Hans Frech faßte das Referat für CONTRASTE zusammen.
Siehe Seite 12.

**WIRTSCHAFTSDISKUSSION**

In der Diskussion um eine nichtkapitalistische Marktwirtschaft stellt Klaus Schmitt heraus, daß der Kapitalismus zusammen mit der Zinswirtschaft abgeschafft wäre. Ganz nebenbei stellt er dabei Marxens Mehrwert-Theorie infrage.
Seite 15.

**AUSSERDEM**

- Grafische Betriebe: Frühlingstage '91 in Berlin
  Seite 10
- Einladung zum internationalen Vorbereitungstreffen zur Europäischen Projektemesse in Dresden
  Seite 3
- u.v.m.

P 8008 E

4
001
00.2621
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

GRAUBÜNDEN: FERIEN- UND SCHNÜFFELECKE DER SCHWEIZ

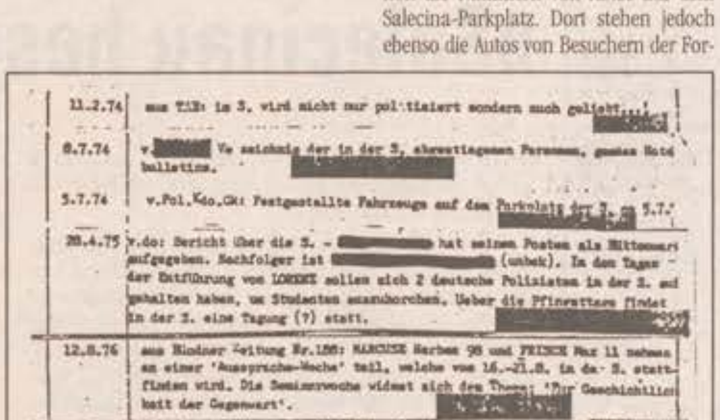
## Bildungs- und Ferienzentrum »Salecina« bespitzelt

**(pss) »Ferienecke der Schweiz« heißt der Werbeslogan von Graubünden. Ferien- und Schnüffelecke wäre ehrlicher. Wer im schönen Graubünden Ferien macht, muß nämlich damit rechnen, daß seine Personalien von der Schweizer Schnüffelpolizei registriert und an ausländische Geheimdienste weitergereicht werden.**

**Jürg Frischknecht, Bern** ● Dies belegt die umfangreiche Bundespolizei-Fiche (Karteikarte) der »Stiftung Salecina«, die in Maloja, unweit von St. Moritz im Kanton Graubünden, ein linkes Bildungs- und Ferienzentrum unterhält. Ausgerechnet im Bündner Justiz- und Polizeidepartment, das hochoffiziell als Aufsichtsbehörde über die Stiftung amtet, wurde dieser touristische Betrieb zwei Jahrzehnte lang intensiv beschnüffelt. »Ein krasser Mißbrauch des Vertrauens in- und ausländischer Gäste«, findet das »Komitee Schluß mit dem Schnüffelstaat«.

Die »Stiftung Salecina« ist – neben dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Schriftstellerinnen- und Schriftsteller-Vereinigung »Gruppe Olten« – eine jener wenigen Organisationen, die ihre Fiche vom Sonderbeauftragten für Staatsschutzakten, Walter Gut, bereits zugestellt erhalten haben. Dabei bestätigte sich, was auch zahlreiche »Salecina«-Gäste auf ihren persönlichen Fichen festgestellt hatten: Aufgrund der Hotelmeldescheine, die Salecina wie jeder schweizerische Beherbergungsbetrieb an den Verkehrsverein und die Kantonspolizei abliefern muß, erstellten die Staatsschützer regelmäßig Gästelisten.

Überdies notierte die Polizei wiederholt die Nummern von Autos auf dem Salecina-Parkplatz. Dort stehen jedoch ebenso die Autos von Besuchern der Fornohütte des gutbürgerlichen Schweizerischen Alpenclubs (SAC). Die Bündner Polit-Polizei registrierte selbst »Salecina«-Seminarwochen, die in der Öffentlichkeit ein breites Echo fanden. Die Visumserteilung für den nach Maloja gereisten ostdeutschen Schriftsteller Volker Braun wurde ebenso fichiert wie eine Diskussionswoche mit Frisch und Marcuse: »MARCUSE HERBERT 98 und FRISCH MAX 11 nehmen an einer „Aussprache-Woche" teil, die sich dem Thema widmet: „Zur Geschichtlichkeit der Gegenwart".«



| | |
|---|---|
| 11.2.74 | aus T.S: in S. wird nicht nur pol tisiert sondern auch geliebt...! [redacted] |
| 6.7.74 | v.[redacted] Vz zeichnis der in der S. abgestiegenen Personen, gemäss Hotelbulletins. [redacted] |
| 5.7.74 | v.Pol.Kdo.GR: Festgestellte Fahrzeuge auf dem Parkplatz der S. [redacted] 5.7. |
| 28.4.75 | v.do: Bericht über die S. – [redacted] hat seinen Posten als Mittelsmann aufgegeben. Nachfolger ist [redacted] (unbek). In den Tagen der Entführung von LORENZ sollen sich 2 deutsche Polizisten in der S. aufgehalten haben, um Studenten auszuhorchen. Ueber die Pfingsttage findet in der S. eine Tagung (?) statt. [redacted] |
| 12.8.76 | aus Bündner Zeitung Nr.186: MARCUSE Herbert 98 und FRISCH Max 11 nehmen an einer 'Aussprache-Woche' teil, welche vom 16.-21.8. in der S. stattfinden wird. Die Seminarwoche widmet sich dem Thema: 'Zur Geschichtlichkeit der Gegenwart'. [redacted] |

Ausschnitte aus der Fiche der »Stiftung Salecina«: Krasser Vertrauensmißbrauch

Die Listen von »Salecina«-Gästen wanderten nicht bloß zur Bundespolizei nach Bern, sondern auch an ausländische Geheimdienste der Bundesrepublik Deutschland oder Italiens. Wiederholt finden sich auf dem »Salecina«-Fiche Einträge, wonach an einem (mit schwarzen Balken abgedeckten) ausländischen Dienst eine »Liste von Absteigern in der S.« (= »Stiftung Salecina«) geliefert wurde. Weitere Einträge legen die Schlußfolgerung nahe, daß solche Dienste sich sogar die Freiheit bzw. die Frechheit nahmen, auf schweizerischen Territorium selber zu schnüffeln.

Fortsetzung auf Seite 2

»DIE KRAFT DER VISIONEN«

# Ein Sonnenbär auf New Age-Pfaden

**Alle Jahre wieder gibt es eine Hochblüte des New Age. Heuer wird der esoterische Paukenschlag im mauerlosen Berlin stattfinden. »Die Kraft der Visionen« nennt sich das für DM 420.00 konsumierbare, vom »Netzwerk der Kulturen e.V.« organisierte New Age-Top-Festival des Jahres 1991. Konkret werden »Wege einer ganzheitlichen Heilung« vom 17. bis 20. Mai im Schloßpark von Potsdam-Sanssouci vorgestellt.**

**Roman Schweidlenka, Redaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften** ● Wie es bei derartigen Gipfeltreffen üblich ist, versammelt sich dabei die Crème de la Crème des Wassermannzeitalters: So u.a. der hoch im Kurs stehende -Meister des tanzenden Tai Chi- Chungliang Al Huang, der -Zen-Meister- Richard Baker-Roshi, der in den USA wegen eines ganz und gar irdischen Lebenswandels aus seinem eigenen Zenkloster gejagt worden war, der Runensprüche klopfende deutsche Neoschamane -Bergmondwanderer-, der mit bürgerlichem Namen Helmut Christof gerufen wird, New Age-Superprofistar Chris Griscom, der Wiener New Age-Großvater Graf Arnold Keyserling, ein durchaus moderner Steinzeitmensch, der in seinem eigenen -Erdheiligtum- als Oberpriester für archaische Rituale auftritt, und die sich mediengerecht über ihre Kontakte mit UFO's amüsierende Popsängerin Nina Hagen. Die Liste der erlauchten New Age-Stars, die Berlin in andere Sphären workshoppen wollen, ließe sich fortsetzen.

Esoterischer Chef dieser Spitzenveranstaltung des -Neuen Bewußtseins- ist kein Geringerer als Sun Bear – auf gut Deutsch: Sonnenbär. Das Festival geht auf eine seiner zahlreichen Visionen zurück. Der Sonnenbär ist mit seinen Schriften über die angebliche -indianische Astrologie- ein Bestseller auf dem deutschsprachigen Buchmarkt geworden. Der Sonnenbär, mystisch und erdgebräunt, wie er nun einmal auftritt – das ist Deutschlands Paradeindianer Nr. 1. Er weiß treffsicher, in welches Horn er blasen muß, um unbefriedigte, durchaus legitime Bedürfnisse des homo sapiens der Industriegesellschaft anzusprechen.

Für sein Berliner Festival gab er das Motto aus: -Das Wissen des Medizinrades wird in unserer heutigen Zeit dringend benötigt. Wir glauben, daß ein Mehr an Menschlichkeit einhergehen muß mit einem umfassenderen Verständnis unserer Umwelt. Gerade die Entfremdung des Menschen von seinem natürlichen Lebenszusammenhang ist die Ursache vieler Probleme. Wir fordern Euch auf, Eure Vorurteile beiseite zu werfen und mit uns in eine magische Welt einzutauchen, in der alle Dinge mit Euch verbunden sind. In der heutigen Zeit neigt man dazu, die Erde als bloße Kulisse für menschliches Tun und Treiben, und Mineralien, Pflanzen und Tiere als bloße Diener der Menschheit zu betrachten. Längst haben wir vergessen, daß sie auch Lehrer sein können; daß sie in uns eine Welt von Gedanken und Gefühlen erschließen können, gegen die sich das menschliche Herz schon viel zu lange verschlossen hat.-

## Ein Plastikmedizinmann

Daß wir Achtung vor der Natur haben sollten ist zwar inzwischen ein alter Hut, aber es kann nicht oft genug betont werden. Nicht einmal für seine -magische Einladung- ist der Sonnenbär zu tadeln – es muß ja keiner mitmachen, die -indianische Ökoreise- ist immerhin freiwillig; vielmehr darf der Sonnenbär einen lauten Vorwurf in Berlin um den Hals tragen: Er verwendet immer noch seine abgetragenen Werbeschuhe, läßt sich immer noch als -Chippewa-Medizinmann- für sein Festival und sonstige lukrative Auftritte vermarkten. Das ist schlicht und einfach: unseriös. Zur Information: Im traditionellen indianischen Amerika, in dem Medizinleute heute sehr selten geworden sind – sie arbeiten stets für ihren Stamm, sind überbelastet, nie reich und haben keine Zeit, fast ständig auf Weltreise zu sein – wird er häufig als -Plastik- oder -Instantmedizinmann- bezeichnet; was nicht gerade ein Ehrentitel ist.

Der schweizer Journalist Renë Bardet hat sich auf die Fußspuren des geschäftstüchtigen Sonnenbären geheftet. Das Ergebnis seiner Recherchen: -Er behauptet, Chippewa zu sein, was vielleicht stimmt, aber auf dem Reservat wurde er in seiner Jugend nie gesehen. Er kann seine -Chippewa-Lehren- jedenfalls nicht aus der Chippewa-Gemeinschaft und -Tradition geschöpft und erlernt haben; dort weiß keiner etwas von einer astrologischen Tradition. Chippewas, die ich persönlich kenne, sagen, seine Lehre – die sich betörend schön liest – sei ganz und gar aus den Fingern gesogen.-

Im Gegensatz zum esoterischen Chef des Berliner Festivals ist Art Solomon ein Chippewa-Medizinmann, der diesen Titel nach indianischer Auffassung zu Recht trägt. Seine Einschätzung des Handels mit Versatzstücken indianischer Spiritualität wird auf dem Berliner Tanz um das Goldene Kalb einer heilen Eso-Welt wohl kaum zur Sprache kommen: -Jene, die dadurch Geld verdienen, indem sie eingeborene spirituelle Wege die Menschen in Europa lehren, verkaufen etwas, das nicht verkauft werden kann. Es ist so, als würde man die Flügel von einem gewaltig großen Flugzeug wegnehmen und dafür die Flügel eines kleinen Kampfflugzeugs daran befestigen. Es wird einfach nicht funktionieren, egal, wie intensiv sie es versuchen. Die Leute, die Schwitzhüttenzeremonien und heilige Pfeifen an Europäer verkaufen, sind fürchterlich falsch, sie fügen jedem, einschließlich sich selbst, Schaden zu.-

## Mit fremden Federn

Ungeachtet des heftigen Protestes, der aus dem traditionellen indianischen Amerika gegen das Treiben der -Plastikmedizinleute- erhoben wird, erfährt -Die Kraft der Visionen- eine geradezu exzessive Werbung. Wer irgendwo in einem der vielen New Age-Computer gespeichert ist, erhält die Frohbotschaft per Post – u.a. auch gemeinsam mit der Werbung des Kösel Verlags – ins Haus geliefert. Das New Age des Sonnenbären arbeitet auf vollen Touren. Auf einem dieser emsigen Werbezettel, die die Empfehlung des bekannten Sufimeisters Pir Vilayat Inayat Khan enthält, wird auch die international als -Großmutter des indianischen Widerstandes- bekannte Janet Mc Cloud als Referentin für den Zirkus des Sonnenbären angekündigt. Die langjährige indianische Landrechtskämpferin, seit den sechziger Jahren in zahlreichen Fraueninitiativen engagiert, als kritische Fußnote der Sonnenbärvision?

Sucht New Age plötzlich den Kontakt mit der sonst so als -negativ- abgelehnten, politischen Realität? Kehren die Kinder der kosmischen Schwingungen zurück zu den profanen Gewölben der oft höchst unesoterischen Alltagswirklichkeit? Die -Großmutter des indianischen Widerstandes- dazu: -Ich habe niemals zugestimmt, daran teilzunehmen. Sie luden mich ein und ich erbat nähere Informationen. Als klar wurde, daß das ein Sonnenbär-Ding ist, entschloß ich mich, nicht zu fahren. Ich habe niemals zugestimmt, ihnen nicht mehr geantwortet.- Wie schnell doch klingende Namen fälschlicherweise in die Druckmaschine geraten! Der Sonnenbär wird wieder einmal ohne indianischen Widerstand auskommen müssen.

Was ihm sicherlich nur recht ist; mit der Politik, dieser profanen, und wenn es um Menschenrechte geht, keineswegs lukrativen Angelegenheit will Sunny Bear schon lange nichts mehr zu tun haben. Was bedeutet schon der Völkermord an den indianischen Brüdern und Schwestern, wenn im reichen Deutschland glänzende weiße Augen dem Rauch der Friedenspfeife folgen und dabei Träume haben, wie sie vielleicht seit keltischen Zeiten nicht mehr erdacht worden sind? Dabei könnte ein Chippewa- Medizinmann so viel erzählen – ein echter würde es auch tun: Während in Berlin Deutsche an einem Medizinrad basteln und sich nach der -Kraft der Visionen- sehnen, geht es auch heuer wieder den Chippewa in Wisconsin nicht gerade glänzend.

## Ganz profaner Rassismus

Gesetzlich haben sie ein unbestrittenes Vertragsrecht, in jenen Gebieten, die sie im 19. Jahrhundert an die USA abtraten, Naturalien zu ernten und zu fischen. Aus den Gewässern des Nördlichen Seengebiets erbeuten sie 4% des jährlichen Fischfangs. Den Rest besorgt die große Schar weißer Sportfischer. Die zunehmende Umweltverschmutzung – die Fischgründe weisen erschreckend hohe Quecksilber- und PCB-Konzentrationen auf, für die die 15 in Nordwisconsin ansässigen Papierfabriken verantwortlich zeichnen – und ehrgeizige Staudammprojekte haben in den letzten Jahren den Fischbestand erheblich reduziert.

Nach Ansicht der weißen Interessenlobbies soll den Chippewa nun ihr verbürgtes Fischereirecht abgesprochen werden, das ihnen in Anbetracht der schwindenden Fischbestände von den weißen Zuwanderern nicht mehr vergönnt wird. Der Rassismus erlebt in Wisconsin zur Zeit eine tragische Hochblüte. Bei Demonstrationen werden indianische Puppen nach bester Voodoo-Art verbrannt und Parolen wie -Skalpiert sie!-, -Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer!- oder -Erlege eine schwangere Squaw, rette zwei Fische!- gebrüllt. Flugblätter sind im Umlauf, die alle weißen Bürger auffordern, einen Indianer abzuschiessen.

Landesweit agierende rechtsradikale Gruppen wie -PARR- (-Protect Americans' Rights and Resources-) und -STA- (-Stop Treaty Abuse-), die sich neben unverfänglichen Namen auch ein ökologisches Mäntelchen umgehängt haben, oder die berüchtigte -Aryan Nation- gehen noch einen Schritt weiter: Auf indianische Speerfischer werden Steine geschleudert, Boote werden blockiert, gerammt und versenkt, selbst Gewehrschüsse sind keine Seltenheit. Die Polizei übt sich in dezenter Nichteinmischung.

Harte Zeiten für die Chippewa, als deren angeblicher -Medizinmann- der Sonnenbär New Age-Freuden nach Berlin bringt. Bis jetzt hat er – ganz im Gegensatz zu seinen echten Berufskollegen – noch keine Schamanentrommel gerührt, um Hilfe für seine bedrohten Stammesbrüder zu erhalten. Die gibt es mittlerweile auch ohne ihn: Die von Weißen organisierte -Pro Treaty--Bewegung bemüht sich um eine Überwindung rassistischer Vorurteile, um ökologische Einsichten und darum, bei den Nachfahren von Columbus und Co. ein Verständnis für die traditionelle Chippewakultur zu schaffen. Den Angriffen rechtsextremer Schlägertrupps soll mit gewaltfreiem Widerstand begegnet werden: Hunderte von nichtindianischen Freiwilligen bereiten sich darauf vor, die indianischen Speerfischer vor brutalen Übergriffen zu schützen.

Der Sonnenbär hat mit all dem nichts zu tun. New Age-Medizinräder nehmen Völkermord und Rassismus – kurz: das vermeidbare Leiden auf diesem Planeten – nicht zur Kenntnis, obwohl doch – so die Lehre – alles mit allem verbunden ist. In Berlin wird der Sonnenbär (falls er nicht noch eine Vision bekommt, die ihn verändert) sein altes Programm anbieten: Von der Erde als lebendigem Wesen, von einem -neuen- Bewußtsein, daß wir mit Tieren und Pflanzen eine unio mystica bilden, die magisch erfahren werden muß, -um die Heilung des Einzelnen überhaupt zu ermöglichen-, wie es die Veranstalter verkünden. Während der postmoderne Weiße sich auf die käufliche Visionssuche begibt, um einen Hauch dessen zu verspüren, was vielleicht seinerzeit Sitting Bull beseelte, gehen die Indianerkriege – von postmodernen Sonnenbären & Gefolgschaft unbemerkt – weiter.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 48, April 1991

Schwerpunkt: Sanfte Chemie
Chemiepolitik und Chemiewende...Harte und sanfte Chemie am Beispiel der Farben und Lacke...Fasern aus Natur - eine ökologische Alternative?...Über den Umgang mit Natur...Welche Zukunft für die Großchemie?
Naturwissenschaft und Technik:
Computer und Umwelt...Verkehrsforschung: Transrapid...Einsteins Paradoxon
Gesellschaft und Politik:
Kommunikationsökologie
Frauen:
Für eine gesellschaftlich verantwortbare Technologiepolitik

Bitte Probeheft für DM 2,- in Briefmarken anfordern!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D-5100 Aachen

FORTSETZUNG VON SEITE 1

# Bildungs- und Ferienzentrum »Salecina« bespitzelt

Wiederholt meldeten (gleichfalls abgedeckte) ausländische Dienste -Identifikationen von Besuchern der S.- an ihre schweizerischen Schnüffelkollegen.

Aber auch Privatpersonen haben immer wieder Erkenntnisse über -Salecina- an die politische Polizei geschickt. Es handelt sich dabei um Informationen, welche die Polizisten seit den 70er Jahren genausogut im abonnierbaren Mtteilungsblatt -Salecina- hätten nachlesen können. Zu diesen Informanten gehört ein hoher Offizier der Schweizer Armee, der Kommandant der Bündner Territorialzone 12, Guido Rigonalli (inzwischen verstorben), ebenso wie das kirchliche Institut -Glaube in der 2. Welt- und ein in Maloja weilender Feriengast, ein -Herr Wekel, Mitinhaber des AKW Brokdorf-, der sich bei den Schweizer Staatsschützern über deutsche Autos mit Anti-AKW-Klebern beschwerte!

Dutzende von Einträgen auf den 29 Karteikarten stammen aus Telefonüberwachung des Salecina-Stifters Theo Pinkus. Gegen den engagierten Zürcher Buchhändler lief über zwei Jahrzehnte lang ein geheimgehaltenes Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Spionage. Dieses hatte den einzigen Zweck, der jahrzentelangen Kontrolle verschiedener Pinkus-Telefonanschlüsse ein quasi-legales Mäntelchen umzuhängen. Die -Untersuchung- wurde nach 22 Jahren unermüdlichen Schnüffelns – über Pinkus wurden mehr als 250 Karteikarten angelegt – sang- und klanglos eingestellt.

Aus solchen Pinkus-TABs (-TAB- = Telefon-Abhör-Bericht) notierten die Ficheure in Bern so aufregende Informationen wie: -In S. wird nicht nur politisiert, sondern auch geliebt...!-. Was die innere und äußere Sicherheit der 700jährigen Eidgenossenschaft im Mark erschüttert.●

Aus: Komitee Schluß mit dem Schnüffelstaat, Pressedienst Nr. 4, 25. April 1991

## DER WURM IN DER CONTRASTE

Leider ist uns beim setzen des Artikels -An den Früchten erkennt ihr den Baum- (1. Jahr Sparkassenfiliale Netwerk C.V.) in der Märzausgabe S. 14 ein Fehler unterlaufen. Ein Teil des Textes ist sozusagen unter den Baum gefallen. Er lautet:
-Mit der Gründung von Netwerk C.V. wollte der Verein Netwerk Vlaanderen V.Z.W. sein Angebot an finanziellen Dienstleistungen erweitern, direkte Wege zu den betroffenen Projekten erreichen, praktische Erfahrungen im Bankgeschäft sammeln und eine zusätzliche Einkommensquelle schaffen.

Der ASLK, der sich selbst als die größte Sparkasse der Welt bezeichnet aufgrund ihrer zusätzlichen Funktion als belgische Rentenversicherungsanstalt, versteht die Gründung der Filiale Netwerk C.V. als einen Fuß in der Tür der Zukunft, das heißt, als einen Schritt in die für sie schwer erreichbaren Sektoren der alternativen, selbstverwalteten und sozialen Wirtschaft.

Netwerk C.V. fungiert als eine geschlossene Filiale mit einer ausgesuchten Produktenpalette. Gewünscht sind vor allem Spareinlagen sowie die Vermittlung von Krediten, die wegen der Höhe des Betrages oder den Abweichungen von den strengen Kriterien des Vereins Netwerk Vlaanderen V.Z.W. von diesem selbst nicht abgedeckt werden können.

Im Zusammenarbeitsvertrag zwischen ASLK und Netwerk wurde festgelegt, daß die bei der Filiale eingezahlten Gelder von der ASLK nur an Kreditnehmer weitergeleitet werden können, die die Prinzipien von Netwerk respektieren und in den folgenden Bereichen tätig sind: Umweltschutz, Emanzipationsbewegung, Sozialwirtschaft, Kultur und Bildung.-●

AUFRUF

# Gegen ein Europa der Herrschenden – Bauen wir ein Europa der radikalen Bewegungen auf!

**Redaktion Heidelberg ● Unter diesem Motto organisiert die italienische »Nationale und antiimperialistische Koordinationsgruppe« C.N.A.A. einen internationalen Kongreß, der am 7.-9. Juni 91 in Venedig stattfinden wird. Interessierte Menschen aus unterschiedlichen Bewegungen sind dazu aufgerufen, sich daran zu beteiligen.**

Die C.N.A.A. entstand 1983 nach der langen Phase der Repression der radikalen Linken Italiens als Antwort auf die veränderten politischen Bedingungen. Sie versteht sich als der »reale Koordinations- und Auseinandersetzungspunkt« innerhalb der »Autonomia Operaia« Italiens. Ihre wesentlichen Prinzipien sind der Antiinstitutionalismus, die »direkte Aktion« und die Selbstorganisation. Schwerpunkte ihrer Arbeit, in der versucht wird, die theoretische Debatte mit der politischen Praxis zu verbinden, waren u.a. die nationalen Kampagnen gegen den Knast, die Folter, gegen Imperialismus und die NATO-Stützpunkte und der erfolgreiche Widerstand gegen die Atomkraft. Die nationalen Kommunikatonsstrukturen der C.N.A.A. umfassen Radiosender, Zeitschriften und Computernetze (Radio Onda Rossa/Rom, Radio Sherwood/Padua, Radio Onda D'Urto/Brest, Radio Casbah, Autonomia, Kaos, European Counter Network u.a.).

Als Konsequenz eines nationalen Seminars zu den Themen »Die neue Weltordnung«, »Europa '92« und »NATO«, an dem 300 GenossInnen teilnahmen, entstand die Idee eines internationalen Kongresses über die aktuellen europäischen Entwicklungen: Vollendung des EG-Binnenmarktes innerhalb eines veränderten imperialistischen Rahmens, die Auflösung des »Ost-Blocks« und seine zunehmende Integration in das System EG-NATO-UNO, den Golfkrieg... Neben der Analyse dieser Entwicklungen soll die Frage diskutiert werden, was linke Bewegungen dem entgegensetzen können. Die italienischen OrganisatorInnen schreiben dazu: »Wir denken, daß eine Auseinandersetzung über unsere Gegenwart und unsere Zukunft, unsere nächste Zukunft, dringend notwendig und unaufschiebbar ist, um so alle Kampferfahrungen und -vorschläge, die es um die soziale und proletarische Autonomie gibt, in ein Kommunikationsnetz des antagonistischen Handelns einzubringen.

Gegenüber dem Tempo der sich vollziehenden Veränderungen glauben wir, in Verspätung zu sein und daß wir auch im Bereich der Theorien, der Analyse, der Organisation und der Kampfformen in Verzug sind: Navighiamo a vista e in ordine sparso! (sinngemäß: Wir wissen schon ungefähr, wo wir hin wollen, aber sind ein zerstreuter Haufen!)« Und weiter: »Unser Ziel ist es, einen Raum zu öffnen für Diskussionen im europäischen und internationalen Kontext, der heute sicherlich veränderte Charakteristika aufweist. Wir wollen versuchen, mit GenossInnen zu kooperieren, die – wie wir – Häuser oder Zentren besetzen, direkte Aktion praktizieren und die die Blutsauger-Interessen der Imperialisten boykottieren und sabotieren; die an eine andere Realität glauben und sie auch leben wollen als die, die uns täglich aufgezwungen wird.

Deshalb wird der Kongreß auf alle Fälle nicht nur »theoretisierend« sein, auch wenn eine dringende Notwendigkeit besteht, die grundlegenden Veränderungen zu diskutieren, die neuen Szenarien dieser Welt, die mit diesem vergangenen Krieg die Schwelle einer neuen Epoche in der Geschichte der Unterdrückung überschritten hat.«

**Zur geplanten Struktur des Kongresses:**

**Am Freitag, den 7.6.:** Vorstellung des Kongresses und der teilnehmenden Gruppen. Einsetzen des zentralen Plenums, das (parallel zu den Arbeitsgruppen) als eine Art ständiger Diskussionsvollversammlung über die breiten Themen (Weltordnung, Weltwirtschaft, Europa '92) diskutieren wird. Dieses Plenum wird auf eher theoretischer Ebene arbeiten, hier sollen Beiträge von Internationalen Organisationen gehalten werden. Auch VertreterInnen von Befreiungsbewegungen werden anwesend sein.

**Samstag, 8.6.:** Beginn der Arbeitsgruppen. Hier soll Raum sein für den Austausch von Informationen, Erfahrungen und Ideen aus der politischen Praxis. Themen der AG's: Internationalismus, Imperialismus, Solidarität, Freiräume/Freizeit, besetzte Häuser und Zentren, Arbeit und kollektive Arbeitsbeziehungen, Flüchtlingsbewegung und Rassismus, Atomwaffen und Umweltverschmutzung, NATO und Militärdienst, Kommunikation/Computernetze für den Widerstand, Repression und der europäische Gesetzesapparat, 500 Jahre Eroberung/Feierlichkeiten zur »Entdeckung« Amerikas. Die Diskussion über Sexismus und Patriarchat soll quer zu den Themen verlaufen. Statt einer speziellen Frauen-AG sollte es ein Frauen-Treffen auf dem Kongreß geben.

**Sonntag, 9.6.:** Arbeitsgruppenergebnisse und Aktionsvorschläge.

Vorgesehen sind Simultanübersetzungen, allerdings sind alle Kongreß-TeilnehmerInnen aufgefordert, hier ihre mögliche Unterstützung anzubieten.
Kritik, Vorschläge und Beiträge sind willkommen. Weitere Informationen und Anmeldung bei

Radio Sherwood
Vicolo Pontecorvo 1
35100 Padova
☎ 0039-49-8752129, Fax 664589, Modem 8756112

Radio Onda Rossa
Via dei Volsci 56
Roma
Tel. 0039-6-491750, Fax 446316

**Einladung zum Vierten Internationalen Treffen der AG »Das Andere Europa« vom 21. bis 23. Juni 1991 in O-8060 Dresden (Neustadt)**

| | |
|---|---|
| Anreisetag: 20. Juni | 20 Uhr: Empfang durch die Provisorische Regierung der »Bunten Republik Neustadt |
| Tagungsbeginn 21. Juni | 12 bis 16 Uhr: Begrüßung, Stand der Vorbereitung Aline Archimbaud (MdEP-France) zu Kooperationsmöglichkeiten auf anderen internationalen Treffen |
| Samstag, 22. Juni | 12 bis 16 Uhr: Themenpapiere der Vorbereitungsgruppe, Jaques Archimbaud (Präsident von ALDEA) zu europäischen Strukturen zur Risikokapitalbeschaffung für alternative Projekte |
| Sonntag, 23. Juni | 12 bis 16 Uhr: Ausblick, Termine. Birgit Cramon-Daiber (MdEP, BRD) zu Finanzierungsmöglichkeiten durch die EG |

Anmeldung nötig bis Ende Mai bei
CONTRASTE Red. Dresden, Rothenburger Str. 43
O-8060 Dresden
☎ (0037-51) 57 09 14

## KURZMELDUNGEN

Aufruf zum europäischen Häuseraktionstag, 10./11. Mai 1991

Sehr kurzfristig erreichte uns folgender Aufruf – leider ohne Kontaktadresse – aus der europäischen Hausbesetzer-Bewegung:

»Wir sind Leute aus der Bewegung für besetzte Häuser und selbstbestimmte Zentren in Europa. Auch wenn uns oft tausende von Kilometern trennen, gibt es viele gemeinsame Erfahrungen, Wünsche und Vorstellungen, die uns verbinden. Wir haben dabei immer mehr Lust bekommen, auch gemeinsame Schritte zu entwickeln.

In unseren Häusern ist Platz für eine eigene Kultur von unten für viele Menschen. So, wie wir uns ein selbstbestimmtes Leben vorstellen, brauchen wir diese Räume, um uns zu entwickeln. Wir verstehen uns als Teil der Gesellschaft und versuchen, diese auch aus unseren Häusern heraus zu verändern.

Die europäischen Regierungen haben beschlossen, daß es uns so nicht mehr geben soll. Die europäischen Innenminister haben auf der TREVI-Konferenz vereinbart, alle besetzten Häuser und Zentren bis 1992 räumen zu lassen. In den meisten westeuropäischen Ländern wurde damit auch schon massiv angefangen, für die Sicherung dessen, was sie »Ruhe und Ordnung«, »Rechtsstaat« oder »inneren Frieden« nennen.

Wir rufen auf zu einem EUROPÄISCHEN AKTIONSTAG am 10./11. Mai 91 unter dem Motto »Gegen den imperialistischen 'Frieden'«.

»Imperialistischer 'Frieden'« heißt hier in Europa, in den hochindustrialisierten Ländern, wo die Zentralen der großen Banken und Konzerne sind, daß das gesamte gesellschaftliche Leben der Logik des Profits, der Geld-Ware-Beziehung untergeordnet ist.

Gleichzeitig heißt das, daß die »Festung Europa 92« kontrolliert oder dichtgemacht werden soll gegen die ArbeiterInnen und Flüchtlinge aus den Ländern des Südens und Osteuropas. Als Mittel dazu dienen den Mächtigen die Ausländergesetze und der Rassismus. Sie wollen damit den hier aus aller Welt angehäuften Reichtum abschotten. Für die ausgeplünderten Länder des Südens bedeutet das, daß Millionen von Menschen für die Profitinteressen der Herrschenden wertlos geworden sind, das Hauptinteresse der Ausbeutung den Rohstoffen gilt. Das heißt tagtäglicher Tod durch Hunger, Krankheit und Folter. Das ist der Grund für die Flüchtlingsströme nach Europa und auch der Hintergrund des Golfkrieges.

Um den Reichtum und die Macht zu sichern, müssen die Herrschenden auch den Widerspruch zwischen reich und arm in den Zentren des Kapitals in kontrollierbaren Maßen halten. Das wird für sie immer wichtiger, angesichts der Probleme, die in den Zentren selbst durch die Umstrukturierung der Produktion, der Landwirtschaft und der Städte entstehen. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse schafft hier eine Kluft zwischen relativ gut Verdienenden und wenigen ganz Reichen einerseits und andererseits einer Menge Menschen, die ins ganz materielle Elend gedrängt werden. Aber auch die, denen es hier materiell ganz gut geht, spüren, daß die Entfremdung der Arbeits- und Lebensverhältnisse von jeglichem sozialen Sinn kaputtmacht. Von der Zerstörung vieler sozialer Strukturen, aber auch der Umwelt als Lebensgrundlage sind hier alle Menschen betroffen.

Die Besetzung von Häusern und selbstbestimmten Zentren ist unsere Antwort auf die Verknappung und Spekulation mit Wohnraum, die permanente Verteuerung von Mieten.

Wir nehmen uns das, was wir brauchen. Zum anderen geht es uns dabei um den Aufbau von Lebenszusammenhängen, in denen wir soziale und menschliche Strukturen und Werte, eine andere Kultur außerhalb der Geld-Ware-Beziehung aufbauen können....

Die zunehmenden Räumungen der besetzten Häuser und Zentren verstehen wir auch in diesem Zusammenhang als Versuch der Herrschenden, jeglichen Ansatz von Perspektive auf ein anderes Leben zu verhindern, beziehungsweise zu zerstören.

Diese Konfrontation ist nicht, wie die Herrschenden allen glauben machen wollen, eine losgelöste Auseinandersetzung zwischen BesetzerInnen und den Bütteln des Staates. In Wirklichkeit sind unsere Kämpfe Teil der permanenten Auseinandersetzung zwischen Unterdrückten und Unterdrückern.

Wir wollen als BesetzerInnen uns und unseren Kampf mehr als bisher verbinden:

- mit den Menschen und Kämpfen in den Stadtteilen;
- mit anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die es zum Beispiel in den Fabriken und Schulen gibt;
- mit den Kämpfen um Befreiung weltweit.

Heute will der Imperialismus zuerst mit dem Krieg und dann mit dem Frieden der Friedhofsruhe die eigene Herrschaft über den Rest der Welt zementieren. Sie nennen das neue Weltordnung. Gegen diese sogenannte neue Weltordnung müssen wir uns und die besetzten Häuser auch hier durchsetzen.

Mit dem Aktionstag wollen wir dem Europa des Kapitals unseren Willen zu selbstorganisiertem Leben und Handeln entgegenstellen. Wir wollen uns europaweit organisieren und uns in unserem Handeln aufeinander beziehen.

Damit wollen wir auch eine breitere Öffentlichkeit erreichen und in den Medien durchkommen. Dabei finden wir es notwendig zu durchbrechen, daß die Auseinandersetzung zwischen Staat und HausbesetzerInnen als quasi »Privatkrieg« in der Öffentlichkeit dargestellt und auch so verstanden wird. Wir wollen erreichen, daß die gesellschaftliche Bedeutung dieser Auseinandersetzung, von der besetzte Häuser und Zentren nicht alleine betroffen sind, in der Öffentlichkeit nicht länger verleugnet werden kann.

Wir gehen von der Tatsache aus, daß wir in den verschiedenen Ländern, Städten, Häusern und Zentren unterschiedliche Ansatzpunkte und Bedingungen haben.

Wir wollen, daß sich alle an dem Aktionstag beteiligen und finden dafür vielfältige Ideen und Widerstandsformen notwendig.«●

**Leute von zwei internationalen Vorbereitungstreffen zum europäischen Aktionstag aus 25 Städten aus 7 europäischen Ländern.**

Bielefeld

### »Statt-Auto« nun auch in Bielefeld!

Nach Zürich, Berlin und anderen Städten gibt es jetzt auch in Bielefeld eine Initiative »Statt-Auto«. So der vorläufige Name für ein Projekt, welches von der Idee ausgeht, die Auslastung der Autos zu erhöhen. Für längere Strecken wird diese Idee zum Teil schon unter dem Namen »Mitfahrgemeinschaften« praktiziert.

Die in fast allen Städten zu findenden Mitfahrzentralen sind ein Beleg dafür, daß diese Idee zunehmend Anhänger findet; sei es von Menschen, die möglichst billig zu einem Zielort gelangen wollen oder von Menschen, die aus ökologischen und/oder aus finanziellen Gründen auf die Anschaffung eines eigenen Autos verzichten.

»Statt-Auto« will jedoch weitergehen. Das Projekt will in Bielefeld die Möglichkeit schaffen, daß sich z.B. in Stadtteilen Fahrgemeinschaften finden, die ein Auto gemeinsam benutzen, oder daß eine Vermittlungszentrale den gemeinsamen Gebrauch von Autos organisiert. Denkbar wäre auch die besonders günstige Miet- und/oder Anschaffungsgemeinschaft für Autos je nach Bedarf.

Denn allzuleicht gerät in Vergessenheit, daß heute ein PKW ca. 480,– DM im Monat (laut ADAC) kostet und trotzdem durchschnittlich 23 Stunden am Tag ungenutzt auf Firmenparkplätzen steht. Oder daß die Suche nach einem freien Parkplatz in der Innenstadt ca. 50% des Benzinverbrauchs kostet (so eine Untersuchung für München). Ganz davon zu schweigen, daß für die Herstellung eines PKW durchschnittlich 450.000 kwh Strom, 920 kg Eisen, 25 kg Kupfer und 110 kg Kunststoff benötigt werden.

Den 9 Millionen fabrikneuen Wagen stehen ca. 6 Millionen zu verschrottende gegenüber (1987-1989). Kein Wunder also, daß die Staus bei auch noch so großer Förderung des Straßenbaus zunehmen und schon jetzt statistisch jeder Bürger der Bundesrepublik den KFZ-Verkehr über Steuern mit 1.400,– DM (UPI Heidelberg) jährlich bezahlt.

Bielefeld ist mit seinem »Verkehrsinfarkt« noch relativ günstig dran, verglichen mit anderen Großstädten wie Köln oder München. Warum also nicht vorausschauend mit »Statt-Auto« einen Beitrag leisten zur alternativen Verkehrsmittelnutzung? Nach einer Berechnung von UPI Heidelberg könnte mit Hilfe von »Statt-Auto« z.B. ein(e) Privat-PKW-FahrerIn bei einem Mittelklassewagen mit 13.000 km Fahrleistung pro Jahr ca. 3.000,– DM einsparen. Firmen könnten so bei erfolgreicher Propagierung der Idee die Größe der vorzuhaltenden Firmenparkplätze reduzieren. Stadtplaner könnten – durch gezielte Unterstützung der Statt-Auto-Idee – eine alternative Verkehrsentwicklung fördern und so ihre Städte attraktiver machen.

Voraussetzung für solch ein Projekt ist jedoch, daß neben dem bewußteren (gemeinschaftlichen) Umgang mit dem Auto auch die persönlichen Interessen weiterhin Berücksichtigung finden. Erst die Verbindung von individuellen Interessen mit ökonomischen Nutzen und ökologischen Notwendigkeiten macht das »Statt-Auto«-Projekt attraktiv. Deswegen haben die Bielefelder Initiatoren VCD und Collitrans ein »gestaltungsoffenes« und kein fertiges Projekt. Sie wollen mögliche Interessenten an dem Projekt in die konkrete Planung und Ausgestaltung miteinbeziehen. Am liebsten wäre ihnen, wenn sich Menschen z.B. für einen »Arbeitskreis Statt-Auto« finden und das Projekt möglichst benutzergerecht in die Praxis einführen.

**Kontakt:**
Verkehrsclub der
Buundesrepublik Deutschland e.V.
KV Bielefeld
Aug.-Bebel-Str. 16-18
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 39 61

Kriegssteuerboykott

Die Bewegung der Kriegssteuerboykotteure bekommt Zulauf. In Bielefeld verweigern z.Zt. 13 Betriebe und Vereine mit etwa 100 Beschäftigten einen Teil der Lohnsteuer. Nach Angaben der Initiative »gegenSteuernjetzt« wurden 20 Prozent der angemeldeten Lohnsteuer auf ein Sonderkonto überwiesen. In den Schreiben, die dem Leiter des Bielefelder Finanzamtes am 10.4.91 übergeben wurden, berufen sich die UnterzeichnerInnen auf Artikel 4 Absatz 1 Grundgesetz, d.h. auf Gewissensgründe. In der »Steuer-Erklärung« des Bielefelder »Dritte-Welt-Hauses« wird darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung mehr als das Doppelte an Geldern für den Golfkrieg als 1991 für Entwicklungshilfe bewilligt habe. Die Bielefelder Initiative unterstützt die Gesetzesinitiative, die derzeit im Bundestag diskutiert wird und die eine Wahlfreiheit zwischen einer Rüstungs- oder einer Friedensabgabe vorsieht.

Nach anderen Meldungen, die der CONTRASTE vorliegen, verweigern in Heidelberg über 60 Betriebe Steuern, in Hannover 36 Betriebe und Projekte, in Marburg 10 und in Sterzhausen 9. Natürlich sind diese Zahlen unvollständig.

In Frankfurt/M. lädt der Verband der selbstverwalteten Betriebe Hessen zu einer Veranstaltung am 15. Mai (Mainzer Landstr.147, 20 Uhr) ein, auf der die Frage einer Verfassungsklage diskutiert und über den Kriegssteuerboykott informiert werden soll.●

graswurzel

Die Graswurzelrevolution (GWR) erscheint jetzt im 20. Jahrgang als antisexistische, gewaltfrei-anarchistische Zeitung. Jeden Monat neu: GWR, das Fachblatt für Antimilitarismus, Theorie und Praxis der gewaltfreien Aktion, Antipädagogik, Feminismus, Anti-AKW-Bewegung, Geschichte, Gegenwart und Zukunft des gewaltfreien Anarchismus, Antiparlamentarismus, gegen Männergewalt, für Soziale Verteidigung, Widerstand gegen die Wehrpflicht, Antikleirikales, Transnationales, Anarchismus und Religion, Libertäre Buchbesprechungen, und, und, und...

Ein Schnupperabo (4 Ausgaben) gibt es gegen Einsendung eines 10 DM-Scheines an GWR, Schillerstr.28, 6900 Heidelberg

revolution

MITTELKÜRZUNGEN FÜR BERLINER FRAUENPROJEKTE

# Aus der Depression in die Selbständigkeit?

**Angesichts der Mittelkürzungen für Frauenprojekte durch den Berliner Senat fordern die beiden Autorinnen des folgenden Diskussionsbeitrags ein Umdenken in der Frauen-Szene: selbstbewußter werden, selbständiger werden, marktfähiger werden. Mit ihren Thesen wollen sie Tabus anrühren, provozieren und Resonanz in Form von konstruktiver Kritik hervorrufen.**

Redaktion Frauen ● Die politischen Umwälzungen haben auch die Frauenprojekte in die Defensive manövriert. Mittelkürzungen von 11,5% bis 60% (!) scheinen die Frauenprojekte zu zwingen, ihre Kräfte im Kampf um den Erhalt dessen, was im Laufe der Jahre erstritten wurde, zu verschleißen. Die gesamte Finanzierung der Projekte ist gefährdet und entsprechend unsicher:

- Der Selbsthilfetopf (staatliche minimale Projektförderung einzelner Senatressorts) ist vorerst eingefroren; bislang gibt es keine Entscheidung, ob und wann er wieder reaktiviert wird.
- Frauenprojekte konnten sich bisher mit ABM-Stellen über Wasser halten. Jede dritte Personalstelle in Frauenprojekten ist eine solche kurzlebige ABM-Stelle. Diese Finanzierungsart wurde bisher mit 25% vom Senat mitgetragen. Sollte der Landesanteil im Zuge der auslaufenden Berlinförderung wegfallen, werden die Projekte dieses Viertel der Gehälter nicht aufbringen können.
- Die ungefragte politische Einschätzung des Landesrechnungshofes vom März 1991, die Selbsthilfeprojekte erhielten zuviel an Zuwendungen vor allem überflüssigerweise für die Finanzierung von Personalstellen (oft nur eine lächerliche halbe Stelle BAT V b), deutet eine gewisse Tendenz und politische Strategie des Senates zu ungunsten der Frauenprojekte in West- und Ostberlin an.

## Sturm im Wasserglas

Diese Situation hat zunächst einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, der sich widersprüchlich umsetzt. Auf der einen Seite sind Angst, Unsicherheit und Lähmung; andererseits lebt ein kurzfristiger Aktionismus auf, eine lose Vernetzung der Berliner Projekte ist zustandegekommen, um die verantwortlichen Politiker auf berechtigte Forderungen festzunageln. Die jedoch entziehen sich der öffentlichen Auseinandersetzung.

Es ist gerechtfertigt, daß wir Frauenprojekte uns gegen die angedrohten Streichungen zur Wehr setzen mit dem erklärten politischen Ziel, an der gesellschaftlichen Umverteilung zu partizipieren.

Unsere tatsächliche Situation jedoch ist der permanente finanzielle Notstand; der Gürtel ist bereits ins letzte Loch geschnallt. Und für die Zukunft: Wenn der starke Arm des Senat es will, sind wir mit einem Federstrich weggewischt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

## Statt Frauenbewegung – Bettelmentalität

Die breite, streitbare Frauenbewegung gibt es nicht mehr, und wir Frauenprojekte als Teil der Frauenbewegung verfallen ins Lamentieren und Klagen, kämpfen mit eigenen Hemmnissen, versuchen zu retten, was noch zu retten ist, und geraten dabei in eine Art Bettelmentalität: Angewiesen auf fremde, nämlich staatliche Hilfe, klagen wir sie lauthals ein, werden immer abhängiger, kommen vor lauter Klagen und Lamentieren zu nichts anderem mehr und vor allem: Wir vergessen, daß wir selbst Füße haben zum Laufen.

Wir fordern (öffentliche) Zuwendung, sprich staatliche Förderung. Wir berufen uns dabei auf unsere unbürokratischen, unkonventionellen, ja subversiven und gefragten Angebote. Wir verweisen auf die in der Bundesrepublik einmalige Frauenprojektelandschaft Berlins. Doch

## Der Staat kann auch ohne uns leben

Wie käme der Staat dazu, ausgerechnet uns ausreichend zu fördern und gar zu favorisieren? Es kann nicht in seinem Interesse liegen, feministische Ideen, undurchsichtige Strukturen, basisdemokratische Entscheidungsprozesse und emanzipatorische Arbeit zu unterstützen – erst recht nicht, wenn sie sich im Verbund formiert und dann zu einem potentiellen, unbequemen Machtfaktor werden könnte.

## Ohne Staat und ohne seine Knete?

Es ist vielmehr angesagt, aus der jetzigen Krise etwas zu lernen und sie als Herausforderung zu begreifen. Wir sollten sie konstruktiv umwandeln, was heißt: uns auf unsere eigenen Füße zu besinnen und darauf zu stellen! Dazu sind zündende Ideen vonnöten.

Beispiel: Der Arbeitskreis Autonomer Frauenprojekte, der 40 Frauenprojekte vernetzt (= 1/3 aller Berliner Frauenprojekte), erhält keine Senatsförderung und arbeitet mit 6 befristeten Stellen, 4 davon ABM. Der Arbeitskreis hat drei große Arbeitsschwerpunkte, nämlich

1. die Vernetzungsarbeit,
2. feministisch-politische Arbeit,
3. Träger der Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahme ZOFF, Zukunftsoffensive für Frauen.

## Statt defensiv – zukunftsoffensiv

ZOFF ist aus den Zusammenhängen des Arbeitskreises erwachsen. Es ist nur folgerichtig, mit dieser dritten Schiene die Flucht nach vorn zu wagen und damit die Kontinuität zu wahren. Das hieße, unternehmerisch tätig zu werden und uns peu à peu selbständig zu finanzieren, unser Wissen und know how als Bildungsträger zu vermarkten, die Konkurrenz nicht zu scheuen, unterschiedliche Fortbildungsprogramme und Seminare für unterschiedliche Zielgruppen nach sorgfältiger Marktanalyse zu entwickeln.

Denkbar sind z.B. Seminare für Institutionen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Orientierungskurse für Frauen aus den neuen Bundesländern, Projekt-Organisationsberatung, Seminare für Projektmanagerinnen, Fortbildungen und Ausbildungen für ein neues Berufsprofil -Projektefachfrau-, -Frauenberaterin-, wissenschaftliche Begleitung usw. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

## Wir können was, wir sind schon wer!

Grenzen werden uns schon genug von außen gesetzt; wir müssen uns nicht noch selbst beschränken. Wir sollten uns auf unsere Erfahrungen besinnen, uns bewußt machen, daß wir Fachfrauen in Sachen Feminismus sind.

Konzeptionen sind zu erarbeiten, die sich an der Lebenswirklichkeit von Frauen orientieren, ihre Erfahrungen aufgreifen, ihnen Raum für eigene Strukturierung lassen und prozeßhaft mit neuen Qualitäten auf deren Leben rückwirken.

Was wir anzubieten haben, ist was wert und soll was kosten. Was uns fehlt, ist der Mut zur (Markt-) Lücke, der Mut zum raschen Handeln, das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, der Mut zur Konkurrenz und der Blick für die Vorteile der Selbständigkeit.

## Profil gewinnen – Professionalität erringen

Wir müssen mit alten Tabus brechen, d.h. eigenverantwortliche Finanzierung, didaktisch sinnvolle Konzeption, solide Kalkulation, gewinnbringende Vermarktung; d.h. mehr Professionalität, Spezifizierung und Arbeitsteilung zulassen und statt darüber und über den mangelnden Informationsfluß zu klagen, Arbeiten im übrigen vertrauensvoll an andere Profifrauen delegieren, Inhalte und Formen im Team kritisch überprüfen, öffentlich diskutieren, weiterentwickeln und verändern; d.h. weg von der Angst, daß es schief gehen könnte und hin zu einem Handeln in der Gewißheit, daß es gelingt.

## Ziele mit Zukunft

Unsere sozialen, feministischen und subversiven Inhalte werden dabei nicht verlorengehen, wenn wir klar unterscheiden, für welche Zielgruppe welche Angebote gemacht werden:

1. für Frauen und Projekte, die keine Mittel haben – weiterhin kostenlos,
2. für Frauen, die im Berufsleben stehen und Gehalt beziehen – bezahlbar,
3. für Institutionen (Gewerkschaften, Betriebe...), die Geld haben – marktübliche Honorare.

Die unternehmerische Organisation bedeutet auch Abschied von der Vereinsstruktur, die uns ja letztlich immer zwingt, unter den bekannten miserablen Bedingungen zu arbeiten.

Zu vermarktende Bildungs- und Beschäftigungsinitiativen brächten den Vorteil, statt dem Senat des Geldes wegen hinterherzurennen, uns selbst auf Trab zu bringen, angemessene Gehälter auszuzahlen, die Überschüsse im Arbeitskreis umzuverteilen und die nur schwer zu vermarktende Vernetzungsarbeit und politische Arbeit davon zu finanzieren.

Taktisch kluges Vorgehen ist angesagt: Einerseits brauchen wir eine vom Senat gesicherte Sockelfinanzierung, mit der die sozialen Aufgaben finanziert werden können, gleichzeitig wollen wir eine Anschubfinanzierung für z.B. 4 Jahre, im Laufe derer das eigene finanzielle Standbein entwickelt und Arbeitsplätze geschaffen werden können. Wir hätten Lust dazu!●

P.S. Bekommen die Autorinnen überhaupt ein Honorar? (Nein, aber die Autoren auch nicht! F. d. Red. Eva Rose)

Katharina Markert
Ilona Terlecka
Geschäftsstelle des
Arbeitskreises Autonomer Frauenprojekte

EIN NACHTRAG ZUM OSTERMARSCH '91 IN BERLIN

# Feministische Positionen in der Antikriegsbewegung nicht mehr willkommen?

**Redaktion Frauen ● Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) Berlin hatte als Rednerin für den Ostermarsch '91 die Friedensforscherin Bujewski-Crawford vorgeschlagen, um frauenspezifische Positionen zum Thema Krieg auch dem männlichen Publikum zu Gehör zu bringen. Der Vorschlag wurde glatt abgebügelt, u.a. mit den Argumenten: 1. die feministische Position wäre eine Themenerweiterung, 2. die feministische Position sei nicht so wichtig wie die Gewerkschaftsposition, 3. das Frauenanliegen werde durch Quotierung der RednerInnen berücksichtigt. Der briefliche Protest der IFFF erreichte die männerdominierte Ostermarsch-Vorbereitungsgruppe nicht, da er vom Adressaten nicht weitergeleitet wurde und auch später verschwunden blieb. Im folgenden dokumentieren wir den Brief der IFFF und die »ungehaltene« Rede von Utemaria Bujewski-Crawford.**

## Eine Ostermarsch-Rede, die mann nicht hören wollte

Erich Kästner träumte einmal in einem Gedicht von Frauen, die ihre Männer einschlossen und damit einen Krieg verhinderten. Als er vorüber war, durften die Männer weiter die große Politik gestalten: Männerphantasie und Platzanweisung.

Die Golf-Schlacht ist vorbei, aber die Waffen schweigen noch immer nicht. Die Gefahr einer neuen Politik des Vorkrieges zwischen Nord und Süd besteht. Und jetzt haben Frauen wieder zu schweigen? Nicht nur in Zeiten von Kriegen sollen wir ertragen, daß die Definitionsmacht an die Gewaltspezialisten abzutreten ist. Nein!

Denn die Frage nach dem Verhältnis von Frauen zum Militär und Krieg ist, zuendegedacht, eine Frage nach dem Verhältnis von Frauen zum Staat selbst. Wenn von der Bewahrung staatlicher Souveränität und dem Schutz der Freiheit die Rede ist, dann ist in diesem Abstraktum die Frau nicht als Subjekt mitgedacht, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Und wenn vom Schutz der Schutzlosen die Rede ist, dann ist dies die älteste aller Herrschaftslügen. Wurden wir nicht schutzlos gemacht? Wer sind die Feinde von Frauen? Vor wem müssen sich Frauen schützen?

Frauen sind nach wie vor weitgehend, nein weitestgehend, aus der Politikgestaltung, der nationalen wie der internationalen, ausgeschlossen. Die Hälfte der Menschheit spielt in der internationalen Politik nicht mit, gleichwohl sie den Spieleinsatz zahlt. Wenn heute von kriegsführenden Staaten die Rede ist, die auch Frauen zu patriotischer Parteilichkeit zwingen, oder von -nationaler Sicherheit-, auf die auch Frauen eingeschworen werden, dann sollte uns in Erinnerung sein, daß Frauen weder historisch in der Konzeption des modernen Staates eine Rolle spielen noch heute in der nationalen und internationalen Politik mehr als nur Randfiguren abgeben. Und dort, wo einige wenige Frauen politischen Einfluß besitzen, folgen sie den Spielregeln, die nicht von ihnen erdacht sind.

Es gibt eine internationale Männergemeinschaft in der Politik, und die ist keinesfalls konspirativ, die sich mit Recht auf die Prinzipien der Aufklärung beruft und von Gewaltzivilisierung sprechen kann und die sich in Teilen auch demokratisch nennen kann: mit der rationalen Herrschaftsbegründung der Aufklärung wurde entlang der Kategorien Geschlecht, Rasse und Klasse (weiße) Männerherrschaft legitimiert; der Prozeß der Gewaltzivilisierung ist eng mit Militarisierung verbunden, denn in seinem Gefolge entstand das staatliche und männliche Gewaltmonopol Militär. Und mit Demokratie ist Frauenungleichbehandlung und Frauenunterdrückung offenbar sehr gut vereinbar. Es wäre sehr praktisch, wenn Frauen zu diesen patriarchalen Ambivalenzen, um es einmal euphemistisch auszudrücken, schwiegen. Aber gerade weil patriarchale Herrschaft in einer geteilten Welt, in einer arbeitsteiligen Welt ausgeübt wird, die sich auch auf die Ausübung von Gewalt bezieht und in der Frauen eingebunden sind, haben wir darauf zu bestehen, Subjekte zu sein. Subjekte können gestalten, Subjekte können handeln. Und so können wir uns auch zu unserer Mittäterschaft bekennen und uns daraus befreien; diese, das ist mir wichtig zu betonen, ist ja bereits eine Tat des Mannes an der Frau. Mittäterschaft ist nur möglich an einer Tat. Diese Tat aber ist nicht weiblich codiert.

In den vergangenen Wochen ging der Blick von Frauen im Irak, in Israel, in Saudi-Arabien nach oben. Es war ein furchtsamer Blick: auf B-52 Bomber, auf Scud-Raketen, auf ein schier grenzenloses Arsenal der Zerstörung. Vor gar nicht allzu langer Zeit regnete es Napalm auf Frauen und Mädchen, Männer und Knaben. Es ist zugleich ein Blick auf die totalste patriarchale Aneignung des Menschheitstraums: -Über den Wolken mag die Freiheit wohl grenzenlos sein-. Auch die Hälfte des Himmels gehört den Frauen nicht: Mensch ist nur Mann.

Nach oben zu schauen ist eine weibliche Perspektive: in der Politik, der Wissenschaft, überall in der Gesellschaft. Die Frauen in der ehemaligen DDR und in Osteuropa werden derzeit in der Haltung des überstreckten Nackens trainiert. Diese Blickrichtung von unten nach oben aber ist im sozialen Sinn weiblich, weil es eine männliche, eine Herrschaftsperspektive gibt. Der Blick der patriarchalen Platzanweiser hat eine andere Richtung: von oben nach unten. Irakische, amerikanische, alliierte Piloten bomben hinab. Bomben auf die Köpfe der Menschen ist nicht nur eine technisch bedingte Wirkung des männlichen Schulterschlusses. Auch die Getöteten Hiroshimas und Nagasakis waren nicht -collateral damages- (Begleiterscheinung der Zerstörung; Anm. der Red.). Sie sind bewußt eingeplante Menschenopfer. Der patriarchale Herrschaftsanspruch, der in seiner logischen Endkonsequenz durch Krieg durchgesetzt werden muß, wäre ohne Menschenopfer sinnlos. Menschenopfer, das sind die Knaben, die als Kanonenfutter in den Krieg geschickt werden und die Frauen und Kinder, die dem Feuerregen und der Willkür der Soldaten preisgegeben sind. Und schon immer sind Frauen und Kinder Teil männlicher Besitzansprüche gewesen. Krieg ist ein allgemein menschliches Problem, wird gesagt. Und dennoch, es berührt Menschen, Männer und Frauen unterschiedlich. Und es berührt auch Frauen unterschiedlich.

Die Welt hat sich zu Recht entsetzt über die gewaltsame Besetzung Kuweits durch irakische Truppen. Aber auch das ist nur eine patriarchale Halbwahrheit. In Wahrheit hat das Netzwerk des weißen Mannes geschwiegen zum Genozid an den Kurden, denn zu diesem Zeitpunkt war Saddam Hussein noch kein Renegat, folgte noch ihren Spielregeln, wurde noch durch ein ganzes Arsenal an Waffen unterstützt. Eine Spielregelverletzung aber, die das hierarchische Gefüge des Patriarchats durcheinanderbringt, muß bestraft werden. Und wenn Saddam Hussein erklärte, alle Kriegsgefangenen als Kriegsverbrecher behandeln zu wollen, löste auch dies mit Recht Entsetzen aus. Die andere Hälfte der Wahrheit aber ist, daß auch die Genfer Konventionen – genau betrachtet – in Teilen eine perverse Spielregel ist, mit denen die Bombardierung von Frauen und Kindern vor gerechter Strafe geschützt werden soll. Denn natürlich (natürlich?) werden in jedem Krieg Frauen und Kinder getötet. Dies sei keine Absicht, sagte General Schwarzkopf, bevor er über den erfolgreichen Einsatz von B-52-Bombern berichtete.

Nein, der Krieg hat kein weibliches Gesicht. Aber der Frieden ist auch noch eine androgyne Illusion. Vor allem: nachdem Natur und mit ihr die Menschen durch männlichen Wahnsinn an den Abgrund getrieben wurden, sollen Frauen nun retten, was zu retten ist. Wir können das nicht. Wir haben darauf zu bestehen, daß Mann zivil – zivile – Courage beweist. Und wir werden unsere Plätze verlassen. Wir werden sie verlassen! Es wäre obszön, wenn Frauen durch stille Friedlichkeit das bestehende Droh- und Gewaltsystem beschönigend ergänzen. Hier gibt es nichts mehr zu dekorieren.●

Utemaria Bujewski-Crawford
Friedensforscherin bei der
Berghof-Stiftung für Konfliktforschung

BRDDDR

# Geld regiert die neue DDR-Welt

**Interview mit Samirah Kenawi vom UFV (Unabhängiger Frauen Verband) aus Ostberlin zum Thema Geld, Markt, Tausch und menschlichen Beziehungen.**

**CONTRASTE: Inwieweit hat Geld in der ehemaligen DDR einen neuen Stellenwert bekommen?**

**Samirah:** Meiner Erfahrung nach gab es in der DDR neben dem Geld andere Wertmaßstäbe, Wertmaßstäbe für das soziale Umgehen miteinander und das Umgehen mit Dingen und Sachwerten. Das resultierte einerseits aus der Mangelwirtschaft, andererseits aus der Subventionierung bestimmter Waren und Güter. Nicht alles war für Geld erhältlich. So gab es in bestimmten Bereichen Tauschwirtschaft, was wiederum dazu führte, daß Geld nicht so einen hohen Stellenwert besaß.

**Bekanntlich wurden in der DDR Grundnahrungsmittel subventioniert, Autos hingegen waren sehr teuer und für den Erwerb mußten lange Wartezeiten in Kauf genommen werden. Hatten die Leute Geld und konnten es aufgrund bestehender Engpässe im Angebot nicht ausgeben?**

Ja, das Verhältnis zwischen der in Umlauf befindlichen Geldmenge und dem Warenangebot driftete auseinander. Handwerkliche Leistungen und z.B. Autos wurden überbezahlt, ebenso bestimmte Konsumgüter wie elektronische Erzeugnisse, Exquisitmode und Lebensmittel in den Syndikatgeschäften. Subventioniert waren normale Lebensmittel, Fahrtarife und Mieten.

**Wie funktionierte die Tauschwirtschaft?**

Im Bereich der Ersatzteile für Autos herrschte eine riesengroße Nachfrage. Da nur sehr wenig neue Autos hergestellt wurden (was ich übrigens nicht kritikwürdig finde), blieben Autos sehr lange in Betrieb und der Ersatzteilbedarf stieg. Da bestand ein enormer Tauschmarkt. Ersatzteile wurden ausgetauscht, aber auch handwerkliche Leistungen, Dienstleistungen wurden gegen Ersatzteile direkt getauscht. Fliesen und bestimmte Holzsortimente waren Mangelprodukte und nur über Tausch erhältlich.

**Wie wurde der Kontakt zwischen den TauschpartnerInnen hergestellt?**

Zum einen über einen weitläufigen Freundeskreis, zum anderen über Annoncen. Hier wurden zum Teil Codes benutzt, da die Angebote oft kontrolliert wurden. Autos wurden auf Märkten verkauft. Auch diese unterlagen genauen Kontrollen.

**Wurden Waren oder Güter zurückgehalten, um die Nachfrage und damit den Preis steigen zu lassen?**

Ja, natürlich. Besonders seitens der KFZ-Schlosser. Die haben eine regelrechte Mangelwirtschaft produziert, um Kunden, die entsprechend gezahlt haben, alle angeforderten Reparaturen zu machen. Bei Barbezahlung hieß es dann, die notwendigen Teile seien nicht vorhanden. Überhaupt war das Angebot an handwerklichen Leistungen knapp, denn in den 70iger Jahren erfolgte eine Enteignung im Bereich der Kleinbetriebe und ein künstlicher Mangel wurde hier erzeugt. Aber auch im staatlichen Bereich, in ganz normalen Geschäften hat es eine Produzierung von Mangel gegeben. Waren z.B. bestimmte Schuhe modern, erhielt man sie nur über Beziehungen. Jeans oder andere Modeartikel, die in der DDR nur spärlich hergestellt oder eingeführt wurden, wurden im Handel zurückgehalten. Die Ware wurde dann im Bekanntenkreis verteilt. Übrigens arbeiteten im Handel überwiegend Frauen, die nach sozialen Gesichtspunkten verteilten. Im Handwerk arbeiteten mehr Männer, die gegen Geld verteilten.

**Es gab demnach 2 Ebenen des Tauschs. Einmal wurde gegen Geld getauscht und zum anderen im direkten Tausch z. B. Ware gegen Dienstleistung?**

Ja, in diesem Beziehungsgeflecht ging es auch darum eine Gegenleistung zu bekommen.

**Welchen Stellenwert hat das Geld nach der Einigung bekommen?**

Geld wird jetzt zum einzigen Wert. Alles was einen Geldwert hat, stellt überhaupt einen Wert dar, und alles, was keinen Geldwert hat, ist wertlos. Die Ursache hierfür ist die Existenzangst. In der DDR war die Sicherung des Grundbedarfs – Wohnung, Lebensmittel und Nullachtfünfzehn-Garderobe billig und erforderte keine Anstrengung. Die Funktion des Geldes war nicht eklatant und konnte ideologisch auch nicht mißbraucht werden. Durch Arbeitslosigkeit, gefolgt von Existenzangst, erhält Geld einen völlig anderen Wert. Ich muß mich zur Befriedigung meiner elementaren Lebensbedürfnisse auf dieses Wertsystem einlassen. Das erleben zur Zeit alle Leute in der ehemaligen DDR als grundsätzlich anders und irritierend. Jetzt auf einmal wird wenig oder kein Geld zu haben zum existentiellen Problem, worunter auf Dauer die Beziehungen der Menschen leiden werden. Ich vermute, daß es in Teilen der Gesellschaft schon zu einer Desozialisierung gekommen ist und weiter kommen wird.

**Haben die Leute aus den alten Bundesländern ein anderes Verhältnis zum Geld als Ihr?**

Ich erlebe, daß die Bedeutung des Geldes für das alltägliche und insbesondere für das soziale Leben von Frauen aus dem westlichen Teil Deutschlands weniger hinterfragt wird als von Frauen aus Ostdeutschland, weil wir den Einbruch des Geldsystems in unser Leben erlebt haben. Für Euch scheint es normal und selbstverständlich zu sein, daß alles am Geld bemessen wird. Ich vermute deshalb, daß Frauen in der BRD ein anderes Verhältnis zum Geld haben.

**Wurde die DDR durch die Währungsunion vereinnahmt?**

Ja, die Mehrheit der DDR-Bevölkerung hat die Einheit herbeigejubelt und war bereit, die Tragik des Prozesses zu erdulden. Jetzt erfüllt viele ein Gefühl des Verlustes und der Trauer, auch wenn die wenigsten dies artikulieren. Unter der Prämisse der D-Mark und des anderen Status, den DDR Bürger damit in der Welt erhalten, wird alles hingenommen und behauptet, das muß so sein, jetzt muß Leistung für Arbeit erbracht werden. Es wird überhaupt nicht hinterfragt, ob es im Kapitalismus ein Leistungsprinzip gibt.

**Gibt es im Kapitalismus denn eine Entkoppelung von Leistung und Arbeit?**

Das ist für mich ganz eindeutig. Im Sozialismus hat es sie gegeben und im Kapitalismus gibt es sie auch. Nur funktioniert sie dort anders: Es ist doch absurd, daß für viel Leistung wenig gezahlt wird und für wenig Leistung viel. Je reicher ich bin, desto reicher werde ich, ohne dafür unbedingt mehr arbeiten zu müssen. Gerade in den gering verdienenden Bevölkerungsgruppen wird viel Arbeit unentgeldliche geleistet, die sich nicht in der Erhöhung der Lebensqualität niederschlägt. Dazu kommt noch das Geschlechterproblem. Frauen arbeiten häufig in ungesicherten Arbeitsverhältnissen oder leisten unentgoltene Dienste in der Familie, bei der Übernahme sozialer Funktionen, bei der Betreuung von Kindern. Offensichtlich wird dies bei finanziellen Forderungen, wenn es um Entschädigung bei Verlust der Ehefrau geht. Dann wird aufgerechnet, was Frauen alles leisten: Gärtnerin, Köchin, Wäscherin, Krankenschwester...Auf einmal kommen riesige Summen zusammen für das, was die Frau im Haushalt geleistet hat. Diese Distanz zwischen weiblicher Reproduktionsarbeit und männlicher Produktionsarbeit hat, solange das Patriarchat besteht, noch keine Gesellschaftsform gelöst.

Foto: Dietmar Gust

**Hast du dafür eine Lösung?**

Es gibt Ansätze, die diskutiert werden müßten, die sicherlich für bestimmte Bereiche Lösungen anbieten. Das Grundproblem dabei ist, daß erstens neben der Entkoppelung von Arbeit und Leistung eine Entkoppelung von reproduktiver und produktiver Arbeit stattgefunden hat. Grundsätzlich muß hier angefangen werden, dies wieder in Einklang zu bringen. Das heißt, das Arbeitsleben und das soziale Leben sollten wieder in Einklang gebracht werden. Es muß auf die Ganzheitlichkeit des Lebens hingearbeitet werden. Erst dann kann überhaupt über eine sinnvolle Verteilung gesellschaftlichen Reichtums diskutiert werden. Zu den Zukunftsperspektiven der Gesellschaft stelle ich die These auf, daß die Leute aus dem Osten, aus dem Erleben des Sozialismus heraus, eine stärkere Motivation haben, über das heutige kapitalistische System nachzudenken, dieses zu hinterfragen und auf seine Veränderung stärker hinzuwirken.

**Es wundert mich, daß in der ehemaligen DDR ein großes Potential vorhanden sein soll, das den Kapitalismus hinterfragt..**

Das soziale System und das Zirkulationssystem waren im Sozialismus interessant und wären entwicklungsfähig – der Bereich der Zirkulation, weil er sich positiv auf das Sozialverhalten ausgewirkt hat. Das Problem der Leute im Sozialismus war, daß sie noch mehr als die Leute im Kapitalismus in autoritären zentralistischen Strukturen großgeworden sind und diese wenig hinterfragen. Das Positive in der linken westlichen Welt ist das Hinterfragen des autoritären Zentralismus. Leider legen sie zu wenig Augenmerk auf das soziale Umfeld. Aus diesen beiden Erfahrungsbereichen könnte sich eine produktive Zusammenarbeit entwickeln.

**Vielen Dank für das Gespräch.●**

Das Interview führte Ricarda Buch, Berlin

## DOKUMENTATION

An die Gruppe
der Ostermarsch-Vorbereitung
c/o Horst Hagelberg

Berlin, 19. März 1991

Monika Nur, die unsere Organisation in der Ostermarsch-Vorbereitung vertrat, berichtete uns von der Ablehnung der von uns vorgeschlagenen Rednerin, Ute Bujewski-Crawford. Nach eingehender Diskussion nehmen wir dazu wie folgt Stellung:
Wir halten zunächst fest, daß wir nicht an einer weiteren Zersplitterung der Friedensbewegung interessiert sind, aber auch nicht bereit sind, eine Friedensbewegung zu unterstützen, wo einige unsere Anliegen als unpassende Themenerweiterung ablehnen.

Frauen haben auf der organisatorischen Ebene – vom Kuchenbakken bis zum Flugblatt verteilen – stets einen entscheidenden Anteil am Erfolg jeglicher Friedensaktivitäten gehabt, und im Sinne der allseits propagierten Quotierung wurde uns auch ein zunehmendes Rederecht zugestanden. Uns geht es jedoch nicht um diese selbstverständliche Quotierung (52% der Bevölkerung sind Frauen !), sondern um Inhalte, deren Verbreitung wir angesichts der zunehmenden Zurückstellung von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens für unerläßlich halten.

Der Golfkrieg hat nicht nur die Sicherung wirtschaftlicher Interessen der sogenannten Ersten Welt mit militärischen Mitteln drastisch vorgeführt, sondern auch einmal mehr die darunter liegenden prägenden, männlich dominierten Gesellschaftsstrukturen offengelegt, in denen Frauen Rollen als Opfer und Trümmerfrauen zugewiesen werden (z.B. Vergewaltigung, psychische Gewalt, Verantwortung für die hungernden und traumatisierten Kinder, Pflege der Soldaten, Linderung des Elends). Diese Rolle sind Frauen immer weniger bereit anzunehmen, und wenn in einer Rede die Zusammenhänge zwischen männlich dominierter Politik unf Gewalt gegen Frauen im engeren und weiteren Sinne aufgezeigt werden, ist dies für uns keine Themenerweiterung sondern ein entscheidender Aspekt des Themas »innerer und äußerer Frieden« selbst.

Oberstes Ziel der IFFF seit ihrer Gründung 1915 war es stets, Frauen unterschiedlicher politischer Richtungen zusammenzubringen, um für einen konstruktiven Frieden zu arbeiten, und wir haben in Diskussionen mit Vertreterinnen oppositioneller Organisationen aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie den Maghreb-Staaten festgestellt, daß die vertiefte Einsicht in diese patriarchalischen Strukturen das Bindeglied zwischen vielen Frauenorganisationen sein kann – trotz unterschiedlicher Einschätzung der politischen Lage aufgrund unterschiedlicher Lebensbedingungen. Uns ist es darum ein wichtiges Anliegen, diese essentiellen Gemeinsamkeiten, die Frauen verbindet, auf einer Friedensveranstaltung, die diesen Namen verdient, im Hinblick auf eine solidarische Zusammenarbeit mit diesen Frauen herauszustellen. Nur so können wir unser internationales Bündnis für die Schaffung einer gerechteren Welt – das Frauen entscheidend mitgestalten – erweitern; nicht mit Interessenstaktiererei.

Die »Frauenfrage« ist für uns somit nicht der vielzitierte Nebenwiderspruch, sondern ein Kristallisationspunkt, an dem sich die Fähigkeit, humanere Formen des Zusammenlebens zu entwickeln, beweisen muß. Unseres Erachtens muß dieses Engagement von Frauen gleichwertig neben gewerkschaftlichen und anderen gesellschaftlich relevanten Aspekten eine Plattform finden.

Wir hoffen, daß Ihr die allgemein zu verzeichnende Restaurationspolitik männlicher Vorherrschaft nicht mitbetreibt und Euren Entschluß noch einmal überdenkt. Bisher haben wir uns immer um eine gute Kooperation mit der FriKo bemüht und auch positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit gesammelt. Daß nun der Frauenfriedensbewegung eine Absage und damit Nichtbeachtung entgegengebracht wird, bedeutet für uns eine Diskriminierung und einen Rückschritt in der Friedensbewegung, den wir nicht bereit sind, mitzugehen.
(...)
Mit freundlichen Grüßen
Karin Winkelseßer
für die Berliner Gruppe der IFFF

Preis 5 DM

Y IST

ZEITSCHRIFT AUS

WIEDER

FRAUENSICHT

DA!

YPSILON

Zu haben, wo sich Frauen treffen,

im Berliner Zeitschriftenhandel

und über die Redaktion Ypsilon,

Schliemannstr. 23, O-1058 Berlin.

AB APRIL IM HANDEL

VERBUND SELBSTVERWALTETER FAHRRADBETRIEBE

# Führt Wachstum zum Wandel?

**Nach einer Phase informeller Zusammenarbeit und sporadischer Treffen kamen vor sieben Jahren etwa 40 selbstverwaltete Fahrradläden auf die eigentlich naheliegende Idee, sich fester zusammenzuschließen. Immerhin dauerte es noch bis zum Januar 1985, bis das gemeinsame Dach gezimmert war: Der »Verbund selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V.« (VSF).**

**Helmut Dachale (VSF), Redaktion Hamm** ● Etliche der Gründungsläden waren aus Verkehrs-AG's und Bürgerinitiativen hervorgegangen, hatten auf dem Gebiet der alternativen Politik Erfahrungen gesammelt. In sofern verständlich, daß der Verbund auch ins siebte Jahr seines Bestehens mit basisdemokratischen Strukturen geht. Die mittlerweile 87 VSF-Betriebe haben es zwar notwendig gemacht, neben dem Vorstand ein zentrales Büro (in Bremen) aufzubauen und eine Geschäftsführerin (in Berlin) zu beschäftigen, das wichtigste und lebendigste Entscheidungsgremium ist aber nach wie vor die Mitgliederversammlung. Zweimal jährlich treffen sich Angehörige aller Betriebe für jeweils vier Tage. Es wird in Arbeitsgruppen diskutiert, Erfahrungen werden ausgetauscht, gemeinsame Projekte verabredet, neue Mitgliedsanträge besprochen. Und natürlich gibt es genügend Raum und Zeit, sich persönlich kennenzulernen, zu tanzen oder in die Sauna zu gehen.

## Bremer VSF – Fahrradmanufaktur

Zu den im Laufe der Jahre hinzugekommenen Mitgliedern zählen Geschäfte in Wien und Kopenhagen (der Zusatz »Deutschland« im Vereinsnamen konnte 1989 gestrichen werden), der Großhandel »Rasko« in Aachen und die Bremer VSF-Fahrradmanufaktur. Dieser Fertigungsbetrieb ist ein gewolltes Kind des Verbundes. Sein Vorläufer, das »Innovationsbüro Fahrrad«, hatte 10 Monate lang den Markt analysiert und realistische Planungen erstellt, so daß Ende 1987 vier Männer und eine Frau die verbundseigene Fahrradproduktion aufnehmen konnten. Und zwar mit tat- und finanzkräftiger Unterstützung der Läden, deren Zahl zu dieser Zeit schon auf ein knappes halbes Hundert angewachsen war. Heute kann die Manufaktur – nach dreieinhalbjähriger Existenz – allein schon 50 feste Arbeitsplätze vorweisen. Ihre Produkte (darunter ein vom ADFC mit dem Titel »Fahrrad des Jahres« ausgezeichnetes Rennmodell) werden ausschließlich in den VSF-Läden verkauft. In diesem Jahr werden es über 20.000 Stück sein.

Die VSF-Fahrradmanufaktur in Bremen – ein gewolltes Kind des Verbundes. Hier ein Foto aus schon fast historischen Zeiten. Heute – nach erst dreieinhalbjähriger Existenz – hat die Manufaktur bereits über 50 feste Arbeitsplätze zu bieten.

## Wirtschaftliche Faktoren stehen nicht an 1. Stelle

Das mag sich vielleicht nach einem cleveren alternativen Aufstiegsmodell anhören, nach einer rechtzeitig eingefädelten Partizipation am Fahrrad-Boom. Doch sollte nicht übersehen werden, daß der VSF aller Wandlungsprozesse zum Trotz die stromlinienförmige Anpassung ans ökonomische Primat bisher nicht geschafft hat, überhaupt nicht schaffen will. Sicherlich haben Umsatzzahlen, wirtschaftliche Faktoren überhaupt an Bedeutung gewonnen. Doch zur gemeinsamen Identität gehört heute wie damals das Prinzip der Selbstverwaltung. Nur der Betrieb kann im Verbund Mitglied werden, der ein unmißverständliches Bekenntnis zum Kollektiv ablegt und analog zum alten Genossenschaftsgedanken jeder/jedem das gleiche Mitspracherecht einräumt. Unabhängig von Kapitaleinlage und formaler Qualifikation. Ein Zitat aus der VSF-Satzung: »Ordentliches Mitglied kann jeder selbstverwaltete Fahrradbetrieb werden, der (u. a.) die Entstehung und Entwicklung von Hierarchien fortwährend bekämpft. Die betrieblichen Entscheidungen sind nicht an Profitmaximierungskriterien orientiert, sondern an der Schaffung menschenwürdiger Arbeits- und Lebensverhältnisse für möglichst viele. Betriebliche Gewinne müssen in diesem Sinne verwendet werden. Die Lohnhöhe wird von allen Mitgliedern gemeinsam festgelegt.«

Doch natürlich sind Widersprüche auszumachen, resultierend aus den festgeschriebenen Idealen und den vom Markt gesetzten Bedingungn, natürlich erwachsen daraus Konflikte. So werden hier und da Aushilfen im Sommer eingestellt, auch Angestellte sind beschäftigt, die den oben skizzierten Status nicht haben. Manchmal allerdings auch deshalb, weil jemand den Job im etwas anderen Fahrradbetrieb schätzt, aber nicht gleich Kollektivist werden möchte.

## Von der Pionier- zur Differenzierungsphase

Keine Frage: Die Expansion, die der VSF und seine Mitgliedsbetriebe zu verzeichnen haben, hat etwas mit Veränderungen zu tun und hat wiederum selbst Wandlungsprozesse initiiert. Sie ist aber auch auf die Beibehaltung von Traditionen zurückzuführen. Nicht zuletzt um dieses Spannungsverhältnis auszuloten, haben wir unsere Strukturkommission wiederbelebt. Nach einer ersten Erhebung kann festgestellt werden: Viele VSF-Betriebe befinden sich im Übergangsstadium von der Pionier- zur Differenzierungsphase. War die erste Phase gekennzeichnet durch ein mehr informelles Management (»Alle könne und erledigen alles«) und hohe Identifikation, so hat sich jetzt ein Mehr an Arbeitsteilung und Funktionsabgrenzung durchgesetzt. Auch ein formalisierterer Umgang untereinander und sogar Tendenzen zur Hierarchisierung sind zu beobachten.

Dieser Übergang ist ungleichzeitig, viele MitarbeiterInnen in den Läden scheuen ihn, meinen, daß damit die Aufgabe von Visionen und Improvisationen eingeläutet wird. Andererseits hat schon so mancher VSF-Betrieb die gleichen Erfahrungen machen müssen wie Dutzende von selbstverwalteten Gebilden in anderen Branchen: Je mehr das Geschäft zur ausschließlichen Einkommensquelle wird, desto stärker wächst die Bedeutung der ökonomischen Bedingungen.

## Verbandsarbeit für Idealismus

Die Abkopplung von den Marktmechanismen ist für eine einzelne Firma innerhalb einer profitorientierten Volkswirtschaft stets ein riskantes Abenteuer, das schon sehr häufig mit dem Kreisen der Pleitegeier geendet hat. Ein Verbund aber, der zudem mehr als nur ein stinknormaler Branchenverband sein möchte, muß mehr und andere Aufgaben wahrnehmen. Er kann sich nicht damit begnügen, seinen Mitgliedern bessere Marktchancen (etwa durch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit) verschaffen zu wollen. Er hat auch dafür zu sorgen, daß alte Ideale hochgehalten und Grundüberzeugungen Praxis werden.

So wird im Verbund nicht nur über die Verbesserung von Fahrrädern nachgedacht, sondern auch über die Veränderung der Verkehrsverhältnisse. Daß diese Gedanken publik werden, ist Sache der Geschäftsführerin, des Vorstandes und auch der VSF-Kundenzeitung »Abfahren«. Im Namen des Verbundes wurde 1990 erstmals ein Verkehrspreis verliehen. Ausgezeichnet wurden Menschen, die humanere Verkehrsideen verwirklicht haben oder daran arbeiten, sie umzusetzen. Ein Negativ-Preis (»Das rostige Ritzel«) ging an den japanischen Fahrrad-Konzern für Fahrradkomponenten (s. Kasten). Ähnliche Kritik äußerten wir schon mehrmals gegenüber anderen Herstellern, die meinen, jedes Schräubchen verpacken zu müssen. Dies sind einige Beispiele für eine VSF-Politik, die sich nachweislich nicht gewandelt hat und manchmal ganz bewußt gegen so manche ökonomische Notwendigkeit gesetzt wird. In diesen Rahmen gehört auch ein per Satzung fixierter Purismus: In allen VSF-Läden wird man Motorräder vergeblich suchen, ver-

FORTSETZUNG VON SEITE 1

# VERKEHRte Welt

Die Fahrraddemo gegen Rüstungsproduktion fährt am 9.3.91 durch die Hammer Innenstadt Foto: Volker Speckenwirth

## Es boomt – aber wie?

Nicht nur die Automobilbranche scheint hierzulande zu florieren. Eine aktuelle Studie der GIB (Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen) kommt zu dem knappen Ergebnis »Der Fahrradhandel boomt.« Weiter heißt es, daß der Fahrradboom von Mitarbeitenden der Branche als Modeerscheinung zwiespältig eingeschätzt wird. Der engagiertere Teil der Beschäftigten im Fahrradeinzelhandel hebt eher den langfristigen Trend zum Fahrrad als Gebrauchsgegenstand hervor als z.B. die Mountain-bike-Mode. Die Aussage der Studie, daß die Zweiradgeschäfte in den 90ern die Vorreiterrolle für die »alternative Ökonomie« übernommen zu haben scheinen, wird wahrscheinlich bei vielen Insidern nicht die volle Zustimmung finden.

Im selbstverwalteten Fahrradhandel finden zur Zeit verstärkt Auseinandersetzungen um Formen der »Professionalisierung« statt. Ökonomischer Druck und kollektives Denken stehen da gegeneinander und fordern neue Lösungsmöglichkeiten der Widersprüche – fordern eine Entscheidung zwischen Loslösung und Rückbesinnung in Bezug auf kollektives Handeln und Selbstverwaltungsprinzipien.

## Räder gegen Rüstung

Eine Professionalisierung Selbstverwalteter Betriebe, die sich an kapitalistischen Prinzipien orientiert, ist nicht der richtige Weg in eine ökologischer gestaltete Zukunft. Die Befriedigung der primären menschlichen Bedürfnisse und die Schaffung einer lebenswerten Umwelt müssen bei unseren Zielsetzungen immer an erster Stelle stehen. Nur die vereinte Kraft sowohl verkehrspolitischer Initiativen als auch eines entsprechend orientierten Dienstleistungs- und Handelssektors ist in der Lage, erfolgversprechende Ideen und Konzepte für die Umkehr im Verkehr zu entwickeln und an deren Umsetzung effektiv zu arbeiten. Gesetzt den Fall, es kommt zum Verkehrskollaps, es findet ein Umdenken in kurzer Zeit statt, ist es wichtig, daß wir ganz konkrete Vorschläge zur Hand haben. Nicht daß ein Ideenvakuum oder Konzeptionslosigkeit einen Umbruch in einer günstigen Situation verhindern (das soll es ja schon öfter gegeben haben). Der derzeitige Auto- und LKW-Verkehr ist in diesem Umfang langfristig nicht mehr aufrecht zu erhalten. Der Golfkrieg ist auch ein Krieg um Energiereserven gewesen. Es macht im Hinblick auf die Ressourcenverschwendung und das Prinzip der Fortbewegung keinen wesentlichen Unterschied, ob der Vorstandsvorsitzende von MBB im fetten Benz vorfährt oder Hans und Ulli in ihrer bunten Ente mit wehendem Haar und Blumenkinderlächeln vorbeiknattern. Es kommt auch nicht von ungefähr, daß die Automobil- und die Rüstungsindustrie so eng miteinander verknüpft sind – eine durchaus intakte Ehe. Bei der Demonstration »Räder rollen gegen Rüstungsproduktion und Völkermord« fuhren Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer vom 1.-16. März von Oldenburg nach Bonn, um ihren friedenspolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Wo fuhr die Autodemo gegen den Golfkrieg? Oder wäre das vielleicht ein Widerspruch in sich? Vielleicht setzen sich wirklich demnächst öfter die aktiven Gruppen mit den fitten Läden an einen Tisch. Gemeinsamkeit hat doch meistens nicht nur die Arbeit erleichtert, sondern auch mehr Einfluß, gute Ideen und Spaß gebracht. Nur zu – ohne Hemmungen, damit's weiter vorwärts geht, damit es weiterhin Spaß macht, Mensch zu sein und miteinander zu verkehren. Und wenn der Fahrradhandel schon boomt, dann doch bitte auch 'richtig'!●

## DIE AKTIVITÄTEN DES VSF

Die Meinungen von 87 Betrieben zu vereinheitlichen kann ein mühevolles Unterfangen sein. Andererseits bietet die große Zahl von Läden in Deutschland (West), Kopenhagen und Wien auch hervorragende Möglichkeiten, gemeinsame Grundüberzeugungen nach außen zu tragen. Diese Erfahrung machten wir bei unserer Aktion »VSF-Verkehrspreis«, mit der wir Einzelpersonen, Verbände und Gruppen ansprachen, die den Menschen wieder zum Mittelpunkt des Verkehrssystems machen wollen. Die Auszeichnung wurde auf der Internationalen Fahrrad- und Motorradausstellung (IFMA) im Herbst '90 in Köln vergeben, dotiert war sie mit 5.000 DM. Die eine Hälfte erhielt die Bamberger Bürgerinitiative »Bewahrt die Bergstadt e. V.«, die andere Initiatoren von Fahrradhäuschen in Hamburg-Altona. Ein zusätzlicher Sonderpreis ging an einen Münchner Einzelkämpfer, der sich mit besonders kreativen Methoden gegen den Autowahn zur Wehr setzt. Wir wollten mit dieser Aktion zeigen, daß der VSF sich nicht nur mit der Herstellung und dem Verkauf von Fahrrädern beschäftigt, sondern nach wie vor in der Lage ist, sich in die Verkehrs- und Umweltpolitik einzumischen. Aufgrund unserer zum Teil jahrelangen Zusammenarbeit mit Verkehrs- und Umweltverbänden, saßen in der Jury auch Vertreter des ADFC, des VCD und von Robin Wood.

Parallel verliehen wurde ein Negativ-Preis: »Das Rostige Ritzel«. Entgegennehmen durften es Vertreter eines japanischen Konzerns für Fahrradkomponenten, der uns schon mehrmals ob seiner verbraucherunfreundlichen Marketing- und Produktpolitik aufgefallen war. Auch dies, die Kritik an Herstellern im Sinne der Kunden und auf der Linie des Ökologiegedankens, betrachten wir als Teil der Verbundsaufgaben. Und dieser Anspruch wird auch in den Betrieben umgesetzt: Der Großhandel »Rasko« und die VSF-Fahrradmanufaktur bestellen zum Zwecke der Abfallvermeidung Teile möglichst nur in Montageverpackung, die Räder der Manufaktur werden hauptsächlich per Bahn versandt. Über die Verbesserung unserer Produktpalette denkt eine AG »Das ökologische Rad« nach.

Sehr wichtig ist für uns die Veränderung des Verhältnisses Frauen zu Männern in den Läden. Nur in der Hälfte aller Betriebe arbeiten überhaupt Frauen, ihr Anteil an der Zahl der insgesamt Beschäftigten macht nur ein knappes Fünftel aus. Um auch bei uns die Männerdominanz anzugehen, haben wir eine Öffentlichkeitskampagne gestartet, mit Anzeigen in Taz und Emma und auch mit einem redaktionellen Beitrag in dieser Frauenzeitschrift. Wir erhoffen uns von dieser Offensive eine Flut von Bewerbungen, die Frauen abgeschickt haben.

Über dieses Problem wie über andere Verbundsinterna wurde auch in unserer Kundenzeitung »Abfahren« berichtet, die jetzt schon im vierten Jahr erscheint und in allen VSF-Läden kostenlos verteilt wird. Artikel dieser Art und beispielsweise Berichte über die Bedingungen, die auf Deutschlands Straßen herrschen, verdeutlichen den Anspruch der Redaktion, etwas anderes als lediglich das Zentralwerbeblatt des Verbundes produzieren zu wollen.

In den VSF-Läden sind natürlich nicht alle vom Fach. Für die ständige Weiterqualifizierung und zur Aneignung von universellen Betriebskenntnissen haben wir ein eigenes Seminarprogramm organisiert, teilweise in Kooperation mit NETZ in Nordrhein-Westfalen und unserem Pendant im grafischen Bereich, »Transfer«. Ganz und gar nicht einverstanden sind wir mit der offiziellen Ausbildung zum »Zweiradmechaniker«, da sie in erster Linie Wissen über Motorräder vermittelt. Für uns, die aus Überzeugung Motorräder weder bauen noch verkaufen, ein Berufsbild, das schleunigst geändert werden sollte. Eine Forderung, die der VSF schon mehrmals öffentlich erhoben hat.●

Helmut Dachale VSF

FAHRRAD-DIEBSTAHLVERSICHERUNG IN SELBSTVERWALTUNG

# RAD WEG oder Rad ab ?

**Das ist die Frage, die sich stellt, bevor man eine selbstverwaltete Fahrraddiebstahlversicherung gründet.**

**Götz Paschen, Redaktion Hamm** ● Nach einem Jahr »RAD WEG« komme ich
zu dem Ergebnis: Wer eine RAD WECH gründen will muß ein Rad ab haben. Das ist Grundvoraussetzung und Hauptbestandteil der Gründungskompetenz.

Die Idee war folgende: Mehrere Leute versichern miteinander ihre Fahrräder gegen Diebstahl. Gezahlt wird kein Jahresbetrag, sondern nur bei Bedarf/nach einem Diebstahl. Die Verwaltung wird von der gesamten Gruppe in Rotation getragen.

## Geschichte und Gruppe

Anlaß war natürlich ein Fahrraddiebstahl. Es geschah im März '90. Bis Mai wurde das Konzept entwickelt und in mehreren Vortreffen im Juni und Juli diskutiert. Ende Juli stand die derzeitige Fassung des RAD WEG-Konzeptes und die Konto- und Verwaltungsleute nahmen ihre Arbeit auf. Im August fanden dann zwei Schätzungstreffen in einer Hammer Kneipe statt, und seitdem herrscht seichter Alltag vor.

Das Alter der Gruppenmitglieder bewegt sich zwischen 16 und 27 Jahren. Die Gruppe selbst wird zur Zeit von einem harten Kern von drei bis vier Leuten getragen. Neben den übrigen Mitgliedern gibt es noch eine Menge Leute, die die Idee ganz klasse finden und es dabei belassen. Also ganz solide und typische Strukturen.

Wir versichern zur Zeit 22 Räder von 18 Leuten zu 25% (siehe 4-Stufen Modell). Unser Fuhrpark hat einen Gesamtwert von 18.472,32 Mark. Das Durchschnittsrad kostet 839,65, das billigste 63,12 und das teuerste 1700 Mark.

## »Verfahrenstechnik«

a) Handhabung
Für jedes Rad wird ein Karteizettel ausgefüllt. Jeweils drei Leute schätzen gemeinsam die Fahrradpreise, falls sie nicht mehr bekannt sind. Nachträglich kann jedeR neu eintreten, die/der mit genügend Leuten aus der Gruppe bekannt ist. »Mitglied« ist, wer einen Vorschuß überwiesen und den Karteizettel zugeschickt hat. Geplant ist eine Gruppengröße von 40 Leuten und mehr. Bei 80 Leuten würden wir uns einfach wieder in zwei eigenständige Versicherungen teilen. Festgeschriebene Paragraphen oder eine
Geschäftsordnung existieren nicht. Im Schadensfall sollen freundschaftliche Kriterien vor Satzungspopelei Vorrang haben. Da der Geldtransfer über Girokonten und die Verwaltung per Post bzw. Telephon abgewickelt werden, können die Mitglieder über die gesamte Republik verstreut wohnen. Die meisten kommen bei uns aber ursprünglich aus Hamm.

b) Fahrradwert & Hilfe
Sollte geklaut werden, bemißt sich die Anschaffungshilfe, die beigesteuert werden muß, am Preis des eigenen Fahrrades. »Bsp.: Elses Rad ist geklaut worden. Hinz, dessen Rennrad 1.200 Mack kostet, zahlt zu Elses neuem Rad 30,– Mack Anschaffungshilfe. Kunz, dessen Klapprad 600 Mack kostet, zahlt für Elses Rad 15,– Mack Anschaffungshilfe.« (RADWEG-Konzept) Bei mehreren Rädern wird das teuerste als Bemessungsgrundlage genommen, die übrigen sind mitversichert.

c) 4-Stufen-Modell
Legt man als Durchschnittswert pro Rad 800 Mack zugrunde, zahlt beim Diebstahl jedeR der 40 Leute 20 Mack. Bei nur zehn Leuten steigt die Zahlung auf 80 Mack. Um die Hilfe auch bei wenigen Leuten in tragbaren Grenzen zu halten, wird dann auch nur ein geringerer Prozentsatz des Rades versichert. Bei zehn Leuten sind 25% des Radwertes (Bsp. 200,–) versichert, 20 Leute – 50% (Bsp. 400,–), 30 Leute – 75% (Bsp. 600,–), und ab 40 Leuten ist das Rad vollständig versichert. In unserem Beispiel zahlt man also immer
maximal 20 Mark.

d) Abrechnung
Als Versicherungskapital überweist jedeR 40,– Mark auf ein Konto, damit wir im Diebstahlsfall sofort auszahlen können. Nach einem Diebstahl geht an jedeN eine Nachzahlungsaufforderung mit dem für sie/ihn errechneten anteiligen Betrag.

e) Voraussetzungen!
Grundlage der RAD WECH sind die Zahlungsbereitschaft in jedem Schadensfall, die Übernahme der Verwaltung je nach Rotation, die Teilnahme am Treffen und besondere Sorgfalt beim Abschließen des Rades.

f) Verwaltung
Die Verwaltung rotiert unter den Mitgliedern. Je zwei Konto- und Verwaltungsleute sind ein Jahr lang zuständig. So erhält auf die Dauer jedeR einen genauen Einblick. Die Verwaltungsarbeit wird nicht bezahlt, lediglich die Bürokosten werden erstattet. Jedes Jahr soll ein Treffen stattfinden, um in Verfahrensfragen einen Konsens zu erzielen, einen kurzen Bericht zu geben, die rotierenden NachfolgerInnen kurz einzuweisen und nachher miteinander zu feiern.

Wie phantastisch unsere Verwaltung funktioniert, konnte ich feststellen, als ich für diesen Artikel die aktuellen Zahlen erfragen wollte. Es war nicht ganz einfach. Weiter ist zu berichten, daß ich selbst erst seit Dezember Mitglied bin, da meine ersten Karteizettel beim Verwalten »irgendwie verlorengegangen sind«. Andere hatten vergessen, das Geld zu überweisen. Die Freundin des Kassierers überwies auf dessen Privatgirokonto, und er suchte in den RADWEG-Belegen vergebens. Er selbst überwies gleich
zweimal, im August und im September, was ihm allerdings erst im November auffiel. Praktischerweise konnte dieser Kassierer die doppelte Einzahlung mit seinen persönlichen Schulden gegenüber dem anderen Kassierer verrechnen, der auch noch nicht eingezahlt, nun aber auf diesem Weg seine Vorschußschulden begleichen konnte ...

## Politische Motivation

Warum überhaupt eine RAD WEG, es gibt doch die Rafadi AG oder Möglichkeiten über eine Mitgliedschaft im VCD?

Wir wollten zu akzeptablen Bedingungen umweltfreundliche Verkehrsmittel gegen Diebstahl versichern. Im Schadensfall gibt es auf unbürokratischem Weg umgehend Knete. Die RADWEG bietet die Möglichkeit, sich in einem Teilbereich aus dem kapitalistischen Wirtschaftskreislauf auszuklinken. Unser Geld wird nicht über Umwege in lebensfeindliche Projekte investiert und kein Aktionär irgendeiner Versicherung stopft sich damit die Taschen voll.

Aufgrund der Bekanntschaft untereinander und der Größe der Gruppe besteht immer eine direkte Verantwortlichkeit. »Hinz wird also 'gern' zahlen, damit Else wieder radeln kann, und Else macht keinen Betrug, weil sie Hinz und Kunz nicht betrügen will. Und Kunz würde sowieso Elses angeblich geklautes Fahrrad vor Ernas Tür sehen, wenn beide dort zum (Nicaragua-)Kaffeetrinken eingeladen sind.« (RAD WECH-Konzept) Für mich persönlich ist auch gerade der Charakter des sozialen Experimentes sehr wichtig. Denkschemata wie »möglichst viel rausholen und gut betrügen« sind nicht gefragt. Obwohl gerade auf dieser Ebene bei den Konzeptdiskussionen argumentiert wurde. Ein Zeichen dafür, wie vergiftet unser Denken schon ist. Bei der RAD WEG besteht die Notwendigkeit zu sozialem Lernen. Sie kann auch als Nachsozialisationsinstanz ähnlich wie Food Coops eine wichtige Funktion haben.

## Die Realität

Leider liegen auch bei diesem Projekt zwischen Anspruch und Wirklichkeit Welten. Da sind zum Beispiel die typischen gruppendynamischen Probleme: Wenige ackern/einer ackert und drängen/drängt dadurch die anderen in eine eher passive Haltung. Diese lassen sich aber auch nicht ungern dorthin drängen. Durch geringe Entscheidungs- und Planungsbeteiligung kann so kein Mitverantwortungsgefühl entstehen. In der Verwaltung fehlt es an regelmäßigen Zwischenberichten, also ein Kommunikationsproblem. Teilweise wird einfach nicht ordentlich und kontinuierlich genug gearbeitet (wobei der Aufwand wirklich gering ist). Die Mitglieder sind zum Teil nicht nur inaktiv, sondern obendrein noch unzuverlässig. Die Karteizettel werden häufig nicht abgeschickt und Vorschuß wird erst nach Aufforderung überwiesen. Glücklicherweise ist noch nichts geklaut worden. In diesem Fall rechne ich auch mit einer eher »alternativen« Zahlungsmoral. Selbst auf ein Rundschreiben hin, haben die meisten sich nicht darum gekümmert, neue Leute für die RAD WECH zu begeistern. So entsteht, bei denjenigen, die etwas tun, eine Art Versicherungsvertretergefühl bei den häufigen »Anwerbungsversuchen«. Die Haltung der Unentschlossenen, die mal sehen wollen, ob's klappt und ihr Abwarten, bis die 100% (40 Leute) erreicht sind, verhindern ein zügiges Wachsen der RAD WEG.

## Verwaltungstheorie

Grundsätzlich halte ich es für notwendig, Verwaltung durch Selbstverwaltung zu ersetzen. Es müssen Strukturen geschaffen werden, die der Fähigkeit der Mitglieder einer Gruppe, sich selbst zu verwalten, gerecht werden. Diese Strukturen müssen so ausgelegt sein, daß man sie parallel zur Entwicklung der Selbstorganisationsfähigkeit der Gruppe abbauen kann. Voraussetzung ist immer ein Wachsen von eigenverantwortlicher Beteiligung und Anteilnahme aller Mitglieder. Die meisten Leute, leider auch oft die etwas anderen, lassen sich doch eher durch die Mahnung einer normalen Versicherung »motivieren«, als daß sie mit gleicher Zuverlässigkeit von ihrem eigenen Verantwortungsgefühl in Projekten wie unserem zum Handeln bewegt würden. Die Mittel, die unsere Verwaltungsstrukturen bestimmen sind die Dezentralisierung – Teilung bei 80 Leuten in zwei eigenständige Gruppen, das Vermeiden von Machtstrukturen durch Rotation und einfache Handhabung, die Flexibilität und der direkte Bezug zum Gegenüber. Das Fehlen von Paragraphen läßt eine unbürokratische und menschengerechte Abwicklung zu, wobei Sonderfälle auf der Basis von beiderseitiger Rücksichtnahme und freundschaftlicher Kulanz geregelt werden.

## Ausblick

Was die Zukunft betrifft, hoffe ich natürlich, daß wir bald die 100%-Hürde (40 Leute) genommen haben, und daß sich das Experiment positiv entwickelt. Die Probleme liegen, wie bei tausend anderen Projekten, Initiativen u.ä. sehr stark im gruppendynamischen Bereich. Verfahrensbezogene Probleme und persönliche Faulheit sind die beiden weiteren Faktoren, die das Gedeihen blockieren.

Zur stärkeren Verbreitung der Idee waren eigentlich eine Vortragsreihe und größere Presseaktivitäten geplant. Leider ist der Redakteur,der auch Mitglied bei uns ist und die Pressearbeit vorbereitet hat, nun eineinhalb Jahre in Südamerika unterwegs, ohne vorher jemandem seine fertigen Berichte übergeben zu haben. Speziell durch den Golfkrieg hat sich die Entwicklung der RADWECH in den letzten drei bis vier Monaten (Dezember-März) verzögert, weil andere Aktivitäten im Vordergrund standen.

Fahrradgarage von Dr. Martin Schmidt, Hamburg (VSF-Preisträger)

Um die genannten Probleme zu umgehen, wäre es wohl die beste Lösung, in einer bereits bestehenden homogenen Gruppe eine solche »Versicherung« aufzubauen. Vielleicht gründet dann der Grüne Kreisverband in Unterhupfingen demnächst seine eigene »RADLOS«, oder die linksliberale Yoga-Gruppe aus Saugutschweinsburg macht sich daran, ein eher fernöstlich orientiertes Konzept für ihre »STAHL-ROSS« zu entwickeln. Wo gibt es denn noch homogene Gruppen von 40 Leuten, werde ich gefragt. Vielleicht ist diese Idee einer Versicherung wirklich nur für die letzten, von der Zivilisation verschont leben Indianerstämme geeignet. Das zu widerlegen, ist ein Ziel der RAD WECH. Ich hoffe, daß auch andere versuchen werden, diese Idee praktisch umzusetzen. Harrys Kommentar dazu: »Wenn ihr es geschafft habt, diesen drögen Artikel durchzulesen, dann habt ihr auch die Ausdauer, eine RAD WEG zu gründen.«

Das Konzept in aller Ausführlichkeit mit Gründungs- und Verfahrenstips gibt es gegen 3 Mark in Briefmarken beim:
**Chaos Zentrum Hamm**
Institut für real-existierenden Anarchismus
Postfach 1844
4700 Hamm 1

NIEDERLANDE

# Fietsersbond enfb und verkehrspolitische Aktivitäten

**Der Fietsersbond enfb ist 1970 aus verschiedenen lokalen verkehr-und umweltorientierten Aktionsgruppen entstanden. Das Ziel der 25.000 Mitglieder ist mehr Raum für das umweltfreundliche Rad, aber auch für Fußgänger und den öffentlichen Verkehr. Wahrscheinlich ist der Fietsersbond mit dem deutschen ADFC gut vergleichbar.**

**Jim Schouten, Fietserbond enfb** ● Die 55 lokalen Abteilungen sind immer noch sehr wichtig. Der lokale Einsatz hängt, wie in jeder Bewegung, sehr vom Kern der aktiven Mitglieder ab. In der einen Stadt wird überwiegend mit den Behörden geredet, in der anderen stehen die Straßenaktionen im Vordergrund. Generell aber hat das lokale Niveau sich von 'Fundis' Richtung 'Realos' entwickelt. Anders als beim ADFC gibt es innerhalb des Fietsersbond **enfb** keine Ebenen zwischen 'lokal' und 'national'. Die lokalen Abteilungen werden direkt vom Landessekretariat unterstützt. Auch bei unseren Bemühungen auf die regionale Verkehrspolitik Einfluß zu nehmen, wird diese Zwischenebene wahrscheinlich nicht entstehen, weil die flache Organisation gut gefällt.

## Projekte des Fietserbond

Vom Landessekretariat und seinen 10 beruflichen Mitarbeitern wird eine große Zahl von Projekten durchgeführt:

- Das Projekt »Fahrrad und Wirtschaft« soll Unternehmen bei der Förderung des Radfahrens der Mitarbeiter unterstützen. Dazu braucht man natürlich gute Abstellmöglichkeiten, aber auch Umkleide- und Duschräume und finanzielle Reize.
- Das Projekt »Fahrraddiebstahlsprävention« wird in den Niederlanden besonders gebraucht. Jährlich wechseln etwa 900.000 der sämtlichen 15.000.000 Fahrräder illegal den Eigentümer. Nicht nur gute (überwachte) Fahrradaufbewahrungen sind erwünscht, sondern auch gute Schlösser und eine bessere Fahndungspraxis.
- Mit dem Projekt »Fahrradwegweisung« versuchen wir gemeinsam mit dem ANWB (ADAC), der in den Niederlanden traditionell die Wegweisung versorgt, die Fahrradwegweisung umzubauen zu einem kompletten und selbständigen System. Hier werden dann die Kenntnisse unserer lokalen Abteilungen produktiv gemacht.
- In einem anderen Projekt versuchen wir den Radfahrer selbstbewußter zu machen. Er soll nachdrücklicher als jetzt seinen Platz im Verkehr fordern.
- Die Kombination von Rad und Bahn ist kein Projekt, sondern ein kontinuierlicher Streit. Die Bahn hat den Radfahrer endlich als Kunden erkannt. Die Einsicht, daß die Entwicklungsmöglichkeiten der Bahn beschränkt sind, wenn nicht ein viel größerer Anteil der Reisenden mit dem raumeffizienten Fahrrad zum Bahnhof kommt, ist weniger allgemein. Unser letzter Vorschlag betrifft die Integration der Fahrradaufbewahrung in das Ticket: Der Service der Bahn enthält nicht nur die Bahnfahrt, sondern auch die Aufbewahrung oder aber das Mietrad am Zielbahnhof.

## Die niederländische Fahrradwirtschaft

Das Rad ist ein uraltes Element des niederländischen Straßenbildes. Bilder der dreißiger Jahre zeigen, daß die Mehrzahl der Verkehrsbewegungen mit dem Fahrrad gemacht wurden. Das Fahrrad ist also mehr als in anderen Staaten ein Standard-Gebrauchsartikel und weniger ein Diät- oder Umweltzeichen. Diese Tradition findet sich auch in der Struktur der Fahrradwirtschaft. Eine deutsche Neuheit, wie die Gruppe der selbstverwalteten Fahrradläden, gibt es in den Niederlanden nicht. Es hat immer ein dichtes Netz von Tausenden von Fahrradreparaturbetrieben gegeben: Selbständige Einmann- oder Familienbetriebe. Neue Fahrradgeschäfte werden nur selten gegründet. Zwar hat mancher Betrieb sich spezialisiert (auf Rennen oder Urlaub) und kennt das Geländerad auch hier seinen Boom, die Mehrheit der Werkstätten lebt aber immer noch vom Hollandrad.

## Fahrradpolitik in den Niederlanden

Seit einigen Jahren hat das Fahrrad sich wieder eine Stelle errungen in den verkehrspolitischen Aussagen des Staates. Als Alternative zum Auto auf kürzeren Entfernungen dürfte die Zahl der Fahrradkilometer um 25% wachsen. Die Einsparungen, die jetzt durchgeführt werden, lassen spüren, daß hier die Rede war von einer 'Erneuerungspolitik', die jede Verankerung, zum Beispiel im Angestelltenapparat, entbehrt.

Meine persönliche Erwartung ist, daß das Auto aus Umweltgründen letztendlich zurückgedrängt wird (in Amsterdam soll 1992 eine Volksabstimmung stattfinden über die totale Autosperre der Innenstadt) und daß der öffentliche Verkehr um vieles teurer wird. Dadurch wird die Fahrradbenutzung zunehmen, aber weniger durch radfahrerfreundliche Maßnahmen.

Der Fietsersbond **enfb** wird von den Behörden nicht nur als Aktionsgruppe betrachtet, sondern auch als seriöser Partner, wenn es um (die Entwicklung konkreter) Maßnahmen geht. Gemeinden und die verantwortlichen Staatsangestellten werden häufig von uns beraten. Ab und zu führt der Fietsersbond **enfb** die Projekte selbst durch, wie bei den Vergleichstests von Parkeinrichtungen.

## Der europäische Radfahrerverband (European Cyclists' Federation – ECF)

Der Fietsersbond **enfb** ist wie der ADFC Mitglied des ECF. Diese Organisation hat einen doppelten Zweck. Erstens wird in Sachen Verkehr und Transport mehr und mehr auf europäischer Ebene geregelt. Beispiele von Maßnahmen, die den Radfahrer betreffen, sind die zugelassene Breite von Lastwagen und die Verpflichtung für Autofahrer auch am Tage Licht zu führen. Dazu werden in Bruxelles und Strasburg unsere Interessen vertreten. Es geht übrigens nicht nur um die europäische Gemeinschaft, sondern auch um die Eisenbahngesellschaften, die es mit der Einführung von Hochgeschwindigkeitszügen immer schwieriger machen, das Fahrrad im Zug mitzunehmen.

Außer Interessenvertretung ist auch der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsverbänden sehr wichtig. Wie öfter, ist der 'Norden' (Dänemark, Deutschland, Niederlande) dabei Lieferant des 'Südens' (Frankreich, Spanien, Italien) mit nur kleinen lokalen ehrenamtlichen Organisationen, und jetzt auch des 'Ostens'. So hilft der ECF der Stadt Budapest bei der Entwicklung eines Fahrradtourennetzes. Im ECF läuft auch das Projekt »Cities für Cyclists«. Hier entwickelt sich ein Kreis radfahrerfreundlicher Städte. Der Informationsaustausch über Fahrradförderung ist das wichtigste Ziel. Wir spekulieren natürlich auf eine Ausstrahlung auf weniger radlerfreundliche Städte.

Obwohl das Fahrrad mit einem etwa 40%-igen Anteil in den Niederlanden sehr wichtig ist, ist die Selbstverständlichkeit in Politik und Planung, diese Umweltchance zu nutzen, noch nicht völlig erkannt.●

VSF-VERKEHRSPREIS '90

# »Ganz normal – vorne drauf, auf die Motorhaube, dann aufs Dach...«

**Michael Hartmann, ein 24jähriger Sozialpädagogikstudent aus München, wurde von der Jury des VSF anläßlich des Verkehrspreises '90 für seine erstaunlichen Aktivitäten mit einem Sonderpreis in der Höhe einer Geldstrafe wegen Sachbeschädigung prämiert. Mit ihm sprach Götz Paschen über seine Aktionen.**

**CONTRASTE: Michael, wofür hast du den Sonderpreis vom VSF erhalten?**

**Michael:** Dafür, daß ich über Autos gestiegen bin und mich auf die Leopoldstraße gestellt habe, um Brotzeit zu machen – um zu zeigen, daß die Autos in der Stadt ein totales Vorrecht haben.

**Wie lief denn so eine Autobesteigung konkret ab?**

Ganz normal – ich bin also vorne draufgestiegen, auf die Motorhaube, von der Motorhaube dann aufs Dach, dann auf den Kofferraum und wieder runtergesprungen – oder umgekehrt.

**Wie sahen die Autos dann aus?**

Die sahen ganz normal danach aus. Überhaupt nicht kaputt – selbst wenn eine Delle da war, dann konnte man die von unten wieder rausklopfen. Aber bei den meisten Autos war überhaupt nichts, weil die so festes Blech haben, daß gar nichts passieren kann.

**Man kann so eine Besteigung also ohne weiteres weiterempfehlen?**

Ja, das würde ich auf jeden Fall machen. Es haben mich ja auch Polizisten fünf bis sechsmal dabei beobachtet und haben die Autos untersucht, keinen Schaden festgestellt und mußten mich wieder laufen lassen.

**Wie haben die sich dir gegenüber verhalten?**

Die einen haben mich sogar nach Waffen durchsucht und behandelt wie einen Terroristen...

**Dann haben sie die Autos untersucht?**

Genau. Ein Polizist hat mir angedroht, in eine Verkehrserziehung gehen zu müssen, aber das kam nicht zustande.

**Wieviele Autos hast du denn bisher bestiegen?**

Mindestens 300 innerhalb von zwei Jahren. Also das würde heißen, quasi ein Auto alle zwei Tage. Ich denke mir aber, daß es mehr waren.

**Es hat doch auch eine Gerichtsverhandlung dazu gegeben. Was war dafür der Anlaß?**

Der Anlaß war, daß mich Polizisten beobachtet haben und dann drei Dellen von außen feststellen konnten. Nach der ersten Gerichtsverhandlung wurde ich zu 45 Tagessätzen à 10 Mark verurteilt, und nach der zweiten zu 15 Tagessätzen à 10 Mark, weil mir an dem Auto zuerst drei Dellen zugerechnet wurden, und wir beweisen konnten, daß zwei Dellen schon vorher drin waren. Die andere Delle sollte dann mein Verschulden sein. Diese Delle war ganz dünn, und man konnte sie von unten mit der Hand einfach wieder rausschlagen, aber trotzdem wurde ich noch verurteilt. Der Typ, dem das Auto gehört hat, wollte zuerst 1.000 Mark Schadensersatz, und zum Schluß hat er überhaupt nichts mehr verlangt.

**Wie hat sich der Richter zu deinem Verhalten geäußert?**

Der hat gesagt, daß ich nicht über die Autos hätte drübersteigen müssen, sondern auch um sie hätte herumgehen können. Und daran habe ich mich dann auch gehalten ...

**Wie hast du auf die gerichtliche Entscheidung reagiert?**

Ich habe mir gedacht, wenn ich um die Autos herumgehen darf, dann dürfen auch mal die Autos um mich herumfahren. Sie dürfen mich nicht überfahren, sondern um mich herumfahren. Dann hab ich mich erst einmal auf die Leopoldstraße gestellt – das ist eine ziemlich große Straße in München. Es ist die Straße in München, wo die Leute am Abend hingehen.

**Wann hast du denn dort gestanden?**

Von 14 bis 14:45 Uhr an einem Wochentag.

**Und was ist passiert?**

Es ist alles so abgelaufen, wie ich es mir gedacht, wie ich es vorhergesagt hatte: Die Autofahrer hupen, versuchen, mich mit ihren Autos zur Seite zu schieben und zu drängen, aber ich bleibe standhaft.

**Also die sind richtig auf dich zugefahren und haben dich auch so ganz seicht angefahren?**

Ja genau, und es sind natürlich auch zwei Autofahrer gewesen, die ausgestiegen sind und mich von der Straße gezerrt haben. Ich bin wieder auf die Straße zurückgegangen, so daß sie mich wieder von der Straße zerren mußten, und ich bin wieder zurückgegangen. Der eine hat es noch zum dritten Mal versucht, und ich bin wieder zurück. Ja, dann mußte er den Rückwärtsgang einlegen und an mir vorbeifahren.

**Wie war denn die Reaktion der Öffentlichkeit darauf?**

Die Reaktion der Öffentlichkeit war ausnahmslos positiv. Während dieser 3/4-Stunde stand ich zehn Minuten nicht alleine dort. Es hat sich nämlich noch ein Pärchen zu mir gestellt und dann noch ein Student. Die haben mich gefragt, wieso ich das mache. Ich habe es ihnen erklärt, und das fanden sie auch gut und haben mir noch einen Sekt angeboten, den sie gerade dabei hatten. Den haben wir dort auf der Straße aufgemacht.

Umdenken und neue Wege beschreiten — Foto: Robert Haas

Die Reaktion der Passanten war: »Saugut, daß das jemand macht.« Viele Passanten haben sich am Straßenrand gruppiert. In der Mitte der Leopoldstraße ist noch so ein einen Meter breiter Bürgersteig, und da standen auch Leute.

**Wie viele Spuren hat die Leopoldstraße?**

Die ist sechsspurig. Drei Spuren hin – drei zurück. Ich stand in der Mitte dieser drei Spuren, damit die Fahrzeuge nach links oder nach rechts ausweichen konnten.

**Und das haben die meisten Fahrzeuge dann auch getan?**

Ein paar sind langsam an mir vorbeigefahren und haben herausgeschrien: "Du hast wohl'n Arsch offen – du hast wohl'n Vogel!"

**Was hielt die Polizei von deiner Aktion?**

Die Polizei kam nach einer 3/4-Stunde und hat mich darum gebeten, doch die Straße zu verlassen. Da war ein Passant, der war äußerst cholerisch. Der war nämlich auch Autofahrer und hat mich von der Straße heruntergezerrt. Das beeindruckte mich nicht. Ich bin immer wieder bei Grün auf die Straße zurückgegangen. Und als er mich grad wieder runtergezerrt hat, kam die Polizei. Sie haben mich gefragt, was war, ich habe es ihnen erklärt. Dann haben sie gesagt, ich sollte einsteigen. Ich habe gefragt, wegen was sie mich überhaupt bestrafen wollten. Und nachdem ich da drin saß, haben sie mich ein Stück gefahren und aussteigen lassen. Dann war's vorbei.

**Wie ging die Sache dann weiter?**

Ich habe mich nochmal auf die Straße gestellt, auf die Nymphenburger Straße. Das ist auch eine gut befahrene Straße – hat allerdings nur zwei Spuren, liegt aber auch in einer ziemlich guten Gegend.

**Ist das eigentlich nicht saugefährlich, wenn du dich da hinstellst? Die könnten dich doch übern Haufen fahren?**

Ja, auf der Nymphenburger Straße hat es einer probiert, mir Angst einzujagen. Er ist 20 Meter vor mir stehengeblieben, und dann ist er voll aufs Gas getreten und hat ganz kanpp vor mir gebremst – also ist so fünf Zentimeter vor mir stehengeblieben.

**Hattest du da nicht total Schiß?**

Ja, ich hatte irgendwie – hoppla, also mir ist das Herz runtergerutscht, aber ich habe gedacht: Ne, du bleibst da stehen, und ich bin halt auch stehengeblieben. Und der hat sich dann geärgert und auch die Polizei gerufen. Ein Lastwagenfahrer, kam zufälligerweise gerade, nachdem sich eine junge Frau mit einem dreijährigen Kind neben mich gestellt hat. Der ist sofort rausgesprungen und hat mich von der Straße gezerrt und hat mit der Frau dann diskutiert, sie soll doch runtergehen. Die Frau hat gesagt: "Nein ich bleibe da stehen. Ich finde es vollkommen richtig, was der junge Mann da macht, und Sie parken ja auch immer auf dem Bürgersteig, dann müssen wir immer rumgehen. Jetzt können auch Sie mal außenrumfahren.

**Die werden immer handgreiflich, die Autofahrer, in solchen Situationen – oder?**

Ja. Dann hat er probiert, uns, die junge Frau, das Kind und mich von der Straße runterzudrängen. Er ist in seinen Lastwagen eingestiegen, hat langsam Gas gegeben und ist uns hintenreingefahren, und ich hab immer dagegengedrückt.

**Wie ist die Geschichte ausgegangen?**

Die Polizei kam dann.

**Ist die gerufen worden?**

Ja, die ist gerufen worden von dem, der 20 Meter vor mir gehalten hat.

**Der hatte also ein ganz spezielles Rechtsempfinden.**

Auf jeden Fall kam die Polizei kurz nachdem der Lastwagenfahrer weg war. Wir haben denen gesagt, wir würden aufhören. Es wurden auch Filmaufnahmen davon gemacht.

**Wer hat die Filmaufnahmen gemacht?**

Private. Also es wird von privaten Leuten probiert, einen Film dazu zu drehen, zur Anregung von anderen Leuten.

**Hat es noch weitere Folgen gehabt, daß du auf der Nymphenburger Straße gestanden hast?**

Ich habe eine Anzeige gekriegt, über 60 Sätze à 20 Mark, also 1.200 Mark, wogegen ich Widerspruch eingelegt habe. Es kam zur Gerichtsverhandlung. Für die Gerichtsverhandlung haben der Rechtsanwalt und ich uns vorgenommen, daß ich die Strafe von 60 Tagessätzen behalte. Jetzt können wir die Autofahrer, die auf dem Bürgersteig stehen, genausogut anzeigen, weil sie uns noch eher nötigen als wir sie, wenn wir auf der Straße stehen. Denn ein Auto muß, wenn es auf der Straße ausweicht, nur aufpassen,
daß ihm kein anderes Auto reinfährt – während beim Radfahrer und Fußgänger zwei unterschiedliche Dimensionen aufeinandertreffen. So habe ich halt die erste Anzeige rausgebracht.

**Du hast einen Autofahrer angeklagt?**

Ja genau, und außerdem habe ich eine Anleitung geschrieben, wie man so eine Anzeige macht, und was man dazuschreiben sollte: mein Aktenzeichen und darauf hinweisen, daß aufgrund dieser Gerichtsverhandlung wir nun auch die Autofahrer anzeigen.

**Noch eine Zwischenfrage: Wie lautete deine Anzeige gegen wen, weshalb?**

Meine Anzeige lautete Strafantrag wegen Nötigung gegen einen Autofahrer, der auf einem Radweg parkte, weil so die Radfahrer auf den Bürgersteig ausweichen müssen. Die Anzeige ist nicht zurückgegangen, sondern ist aufgenommen worden.

**Womit rechnest du, welchen Weg deine Anzeige geht?**

Damit, daß sie abgewiesen wird, eingestellt, wegen Nichtigkeit. Dann wird mein Rechtsanwalt sich an einen anderen Staatsanwalt wenden, und das Verfahren wird wieder eingestellt werden. Und dann kommen gleichzeitig schätzungsweise 100 oder 200 Anzeigen von anderen Bürgern. Ich habe Leute aus einer Verkehrsinitiative kennengelernt. Die werden auf jeden Fall Anzeigen machen. Wenn genug Anzeigen kommen, dann denke ich, daß die Staatsanwaltschaft oder das Oberlandesgericht so einen Fall erst einmal behandeln muß.
Und wenn die den Fall behandeln, kann man mit den Argumenten vielleicht erreichen, daß diese Autofahrer bestraft werden.

**Du rechnest also damit, daß ein Beispielfall durchgezogen wird?**

Ein Grundsatzurteil will ich erzielen.

**Stellst du dich noch gelegentlich hin oder kletterst über Autos? Oder machst du zur Zeit eher diese politische Arbeit, die gerichtliche und die Öffentlichkeitsarbeit?**

Auf die Straße stelle ich mich nicht. Was ich mache, ist, beim Überqueren einer Straße 100 Meter auf ihr spazieren zu gehen. Da gibts dann auch wieder Beschimpfungen und Leute, die Vollgas geben und dann wieder abbremsen. Aber wir planen etwas, das kann ich nur am Telephon nicht sagen ...●

Wer also mehr über die Anzeigenaktion wissen möchte, wende sich an:
Michael Hartmann
Zugspitzstraße 18
8000 München 90
(1,60 DM in Briefmarken nicht vergessen)

LESETIP

## Einfälle statt Abfälle

Regelmäßige FahrradbenutzerInnen und vor allem solche, die ihr Rad als einziges Verkehrsmittel verwenden, stoßen irgendwann garantiert auf zwei grundlegende Schwächen aller Fahrräder: Erstens sind deren Zuladem öglichkeiten recht begrenzt, zweitens gehen sie irgendwann kaputt.

Daraufhin sinnt man auf Abhilfe. Zum Beispiel nimmt man den Bus und fährt zum nächsten selbstverwalteten Fahrradladen. Die können kaputte Fahrräder reparieren und können auch RadfahrerInnen mit Transportproblemen einen Anhänger oder ein komplettes Lastendreirad, Bäckerrad oder ähnlich Geeignetes verkaufen. Das ist sicher nicht die schlechteste Lösung der typischen RadlerInnenprobleme, aber auch längst nicht die einzig mögliche. Dort werden in der Regel auch Neuteile verwendet, die mit den bekannten ökologischen Folgen der Metallherstellung und -verarbeitung produziert worden sind, während die alten Teile den Müllberg vergrößern. Außerdem brauchen die Leute im Fahrradladen Geld. Und wer keins hat, behält demnach sein/ihr kapputtes Fahrrad? Eben nicht! In vielen Fällen wird die genervte RadbenutzerIn nämlich finden, daß Selbermachen die bessere Lösung ist, und weil Christian Kuhtz das auch findet, hat er Bastel- und Reparaturanleitungen herausgegeben, die es beim Packpapierverlag in Osnabrück zu bestellen gibt.
Statt weinend über seiner zerbröselten Nabenschaltung zu sitzen oder vor 3 Kisten Bier plus 1 Fahrrad, woraus sich einfach keine dauerhafte Verbindung herstellen läßt, sollte frau/man sich lieber die Augen auswischen und die Fahrrad-Hefte der Reihe "Einfälle statt Abfälle" angucken. Völlig grundlos haben viele Leute einen ungeheuren Respekt vor (Fahrrad)technik, der blöderweise von der gängigen Fachliteratur noch verstärkt wird. Tatsächlich sind Veröffentlichungen, die über die Beschreibung von Wartungsarbeiten am Rad hinausgehen, selten und noch seltener sind praxisnahe Bauanleitungen z.B. für Tandems oder Lastenräder.

Umzug mit dem »Müllfix« — Foto: Christian Kuhtz

Diese Anleitungen bieten die Hefte von Christian Kuhtz und zwar in einer Form, die regelrecht zum Nachmachen zwingt. Die Beschreibung der einzelnen Arbeitsschritte kann kaum verständlicher formuliert werden, und besonders die Zeichungen bzw. Fotos lassen auch diejenigen beherzt zu Hammer und Schraubenschlüssel greifen, bei denen bisher der Anblick z.B. von Explosionszeichungen einer Trommelbremse nur ehrfurchtsvoll geweitete Augen hervorrief. Dem Grundsatz folgend, daß der Müll am besten ist, der gar nicht erst anfällt, dienen als Baumaterialien fast ausschließlich Schrott- und Sperrmüllteile. Das kostet auch nix, und gerade bei Fahrradkomponenten sind alte Teile oft qualitativ hochwertiger als das neue Zeug.

Wie die anderen Erscheinungen der Reihe zeigen die Fahrradhefte auf hohem fachlichen Niveau, wie man/frau Technik seinen persönlichen Bedürfnissen anpaßt und sie benutzt, statt sich selbst ihr anzupassen. Solch ein Heft gibt es beim Packpapierverlag übrigens für den Preis eines Fahrradschlauches.●

**Harald Schmidt**

DÄNEMARK

# Das Copenhagen-Pedersen-Fahrrad

**Eine ganz besondere Fahrradkonstruktion wurde in Dänemark wiederentdeckt, im Freistaat Christiana: das Pedersen-Rad aus dem vorigen Jahrhundert**

**Heiner Gringmuth, Kopenhagen** ● Dänemark, ein kleines Inselreich im Süden von Skandinavien. 5 Millionen Einwohner, halb so viele per Quadratkilometer wie in der BRD – eine Bevölkerung mit einer urigen Landessprache und mit einer lebensfrohen Mentalität wie die Rheinländer. Fast ganz verschont von den ungeheuren Tragödien, die andere europäische Länder im 2. Weltkrieg durchgemacht haben. Ohne Rohstoffe, abgesehen von Öl- und Gasgewinnung aus der Nordsee in den letzten 10 Jahren, aber mit moderner Industrie, die auf Klein- und Mittelbetriebe baut. Hoch verschuldet, aber weiterhin weltweit kreditwürdig. Eine konstitutionelle Monarchie, mit einer informellen, vielseitigen, hochbegabten und allseitsgeliebten Königin an der Spitze.

Ein tolerantes, demokratisches Land mit einem Vielparteiensystem auf Grund einer niedrigen Sperrgrenze von 2%. Ein Land mit einer aktiven Graswurzelbewegung. Ein Land ohne Atomkraft, aber mit sehr effektiven (80%), emissions-gereinigten Kraftwärmewerken und Tausenden von Windmühlen (2% des Landesstromverbrauchs). Ein Land mit einer Steuer von 180% auf den Kauf von Kraftfahrzeugen (und auch entsprechendem Benzinpreis und KFZ-Steuer) und deshalb nur halb so vielen Autos pro Haushalt wie in der BRD, aber einem wohlausgebautes Fahrradwegnetz. In Kopenhagen, 800.000 Einwohner, bewegt sich täglich zwei Drittel der Bevölkerung mit dem Fahrrad. Hier sind Radfahrer keine linksextremverdächtigen Sonderlinge, sondern Menschen, wie du und ich.

Und doch ist Dänemark nicht ohne Probleme, nicht frei von Drogenmißbrauch, nicht frei von Rassismus, nicht frei von Umweltvergiftung, nicht frei von Armut nicht frei von Gewalt und Terrorbomben – nur alles viel weniger verbreitet als in anderen europäischen Ländern.

## Freistaat Christiana

Auch Dänemark war in den 60er Jahren in Bewegung. Eine kräftige Hausbesetzungsaktivität ging Hand in Hand mit der Frauenbewegung, der Friedensbewegung, der Kollektivbewegung usw..

Heute, 20 Jahre später, steht natürlich eine neue Generation auf der Treppe. Aber viele von denen, die damals dabei waren, haben nicht alle Ideale aufgeben müssen, einige halten trotzig fest an dem, was sie damals für den kategorischen Imperativ hielten. »Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu!« – und umgekehrt »Die Freiheit die du dir nimmst, mußt du auch anderen lassen!« oder »Leben und Leben lassen.« Von diesen »alten Revolutionären«, von diesen »alten Hippies« findet man u.a. einen aktiven Rest im Freistaat Christiania im Herzen von Kopenhagen – besetzt im September 1971, seit dem Frühjahr 1972 'legalisiert' durch ein Nutzungsabkommen mit der Regierung, das niemals außer Kraft getreten ist.

Ein Stadtteil, der total selbstverwaltet ist, mit einer gut entwickelten Infrastruktur, die vom Kindergarten über Müllabfuhr, vielen Geschäften, Bäckerei und Werkstätten, Kindergarten und Jugendheim, Badehaus, Kino und Restaurants, eigenem Radiosender und großer Festhalle praktisch alles deckt, was das tägliche Leben fordert.

Über Christiania selbst sind viele Bücher geschrieben worden, und müssen noch viele Bücher geschrieben werden, um zu beschreiben und um zu analysieren, was in Christiania vor sich geht und wie das alles möglich ist.

Hier ist mir nur möglich, in Schlagworten und Bildern anzudeuten, wie ich den Freistaat Christiania erlebt habe und selber einschätze.

## Die BewohnerInnen

Der Freistaat deckt ein Gebiet von ca 22 ha. mit viel Grün und sogar einem See, ist nur locker bebaut und wird von ca. 800 Menschen bewohnt.

Etwa ein Drittel der Bewohner, sind solche, die auch in der normalen Gesellschaft ohne große Schwierigkeiten leben können.

Zu dieser Gruppe rechne ich diejenigen, die Energie und Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft haben und sowohl intern wie auch gegenüber der Außenwelt die Existenz Christianias verteidigen.

Zu dieser Gruppe gehören aber auch diejenigen, die Freiheit und die ökonomischen Vorteile des Freistaates genießen, z.T. ökonomisch (nicht zuletzt durch Möglichkeit zu Schwarzarbeit neben der öffentlichen Unterstützung) sogar recht gut gestellt sind, aber sich um die notwendigen unbezahlten Arbeiten und vielen Meetings herumdrücken. Mildernde Umstände können dabei diejenigen beanspruchen, die jahrelang viel Arbeit und Energie geopfert haben, müde geworden sind und sich etwas ins Privatleben zurückgezogen haben.

Das zweite Drittel sind Menschen, die in der normalen Gesellschaft gescheitert sind oder sich bewußt nicht anpassen wollen, aber in Christiania eine lebenswerte Existenz gefunden haben. Viele von diesen können sich gerade selbst am Laufen halten ohne andere zu belasten, brauchen aber große Ellenbogenfreiheit. Die meisten sind aber auf ihre eigene individuelle Weise wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft, die in Krisenzeiten ganz erstaunliche menschliche Qualitäten zeigen.

Das letzte Drittel sind kriminelle Gewalttäter, Drogenhändler, Alkoholiker, psychisch Kranke usw., die das Leben in Christiania zur Hölle machen können, aber gleichzeitig mithelfen die Existenz von Christiania zu bewahren, weil diese Menschen wären wo auch immer in Dänemark eine große Belastung und Gefahr, schon deshalb können auch große Teile der konservativen dänischen Bevölkerung die Notwendigkeit des Freistaates einsehen, weil sie selber nicht mit diesen Menschen zusammenleben wollen.

## Kreativität ist lebensnotwendig

Ich glaube man kann Christiania am besten als eine Mischung von Hippie-Lager und Wild-West-Stadt beschreiben. Diejenigen, die dort freiwillig sind und Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen, haben ein sehr interessantes Leben, das aber auch sehr anstrengend und aufregend, manchmal sogar lebensgefährlich ist. In Christiania leben Seite an Seite (und miteinander) die nettesten, mutigsten und kreativsten Menschen mit übelsten Verbrechern. Der Preis für die von der Gesellschaft ertrotzte Freiheit ist, daß man alle Probleme selber lösen muß. In diesem Spannungsfeld sind Projekte durchgeführt, Probleme gelöst und Heldentaten ausgeführt worden, die man andernorts für ganz unmöglich halten würde.

Mit das Positivste, jedenfalls in den Augen der Öffentlichkeit, sind die vielen Geschäfte und kleinen Handwerksbetriebe in Christiania. Einer dieser Betriebe ist die Christiania Schmiede (auf Deutsch besser bezeichnet als Schlosserei).

Alles fing damit an, daß man auf dem besetzten Gelände mit Häusern und Wohnungen ohne fließend Wasser und Zentralheizung, ja sogar z.T. ohne Elektrizität zurechtkommen mußte. Das klingt vielleicht etwas zu dramatisch, denn das Leben war damit nicht weniger zivilisiert als auf einem Campingplatz, oder wie vor nicht mehr als 50 Jahren in Deutschland sogar Stadtbevölkerung mit Toiletten auf dem Hof und Brunnen auf dem Platz vor den Häusern lebte.

Für den Transport von allen täglichen Dingen wie Einkauf, Brennholz, Gasflaschen und Heizölkanistern und Wasser brauchte man von Anfang an ein Transportmittel. Da man Kraftfahrzeugverkehr aus dem Freistaat heraushalten wollte, wurde der Fahrradanhänger wiederentdeckt und wieder eingeführt und nach wenigen Jahren auch wieder in ganz Dänemark populär, nicht zuletzt auch für den Kindertransport, da besonders Familien mit Kindern sich das teure Auto nicht leisten konnten.

Transportrad aus Jesper Sollings Fahrradschmiede in Christiana, Dänemark

## Vom Pionier zum Profi

Waren die ersten Anhänger noch furchtbar zusammengeschusterte Geräte, so entstand doch bald eine regelrechte Produktion, mit einem laufend verbessertem originalen Modell, was nach ein paar Jahren Schwarzarbeit zu einem regelrechtem, im Handelsregister eingetragenen Betrieb wurde, in dem eine Reihe Erfinder und Handwerker ihr tägliches Brot verdienen konnten. Die logische Weiterentwicklung aus dem Anhänger war das moderne dreirädrige Transportrad, das sich inzwischen in Dänemark und sogar international gut verkauft.

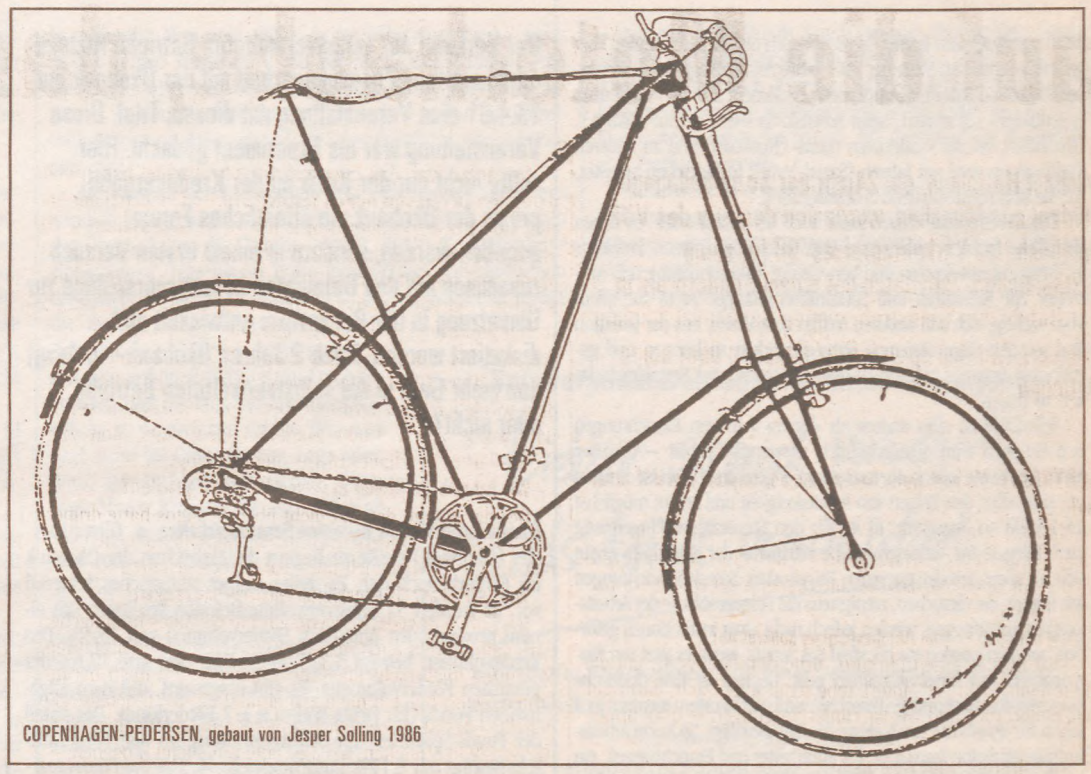
Auch aus dem Pionierbedarf stammt die Produktion von Holzöfen. Von der großangelegten Stadtsanierung von Bausubstanz aus den Jahren vor dem 1. Weltkrieg, fiel Holz von abgerissenen Gebäuden an, das im Winterhalbjahr in Christiania abgeladen wurde und beinahe kostenloses Brennmaterial bedeutete.

Anfangs waren es primitive aus Stahlfässern zusammengeschweißte Öfen, die im Prinzip lebensgefährlich waren. Ein paar abgebrannte Häuser führten zu einem erheblich verbessertem Produkt, ja zu ein paar Modellreihen, die als Christiania-Öfen schließlich in ganz Dänemark als Qualitätsprodukt anerkannt und verkauft wurden.

Neben der Serienproduktion der Standardprodukte wurden in der Christiania Schmiede viele Reparatur- und andere vielseitige Aufträge ausgeführt. Hauptsächlich als Service für die Bevölkerung des Freistaates selbst, aber auch im wachsendem Umfang für Leute von 'draußen'. Die Christiania Schmiede, eine Werkstatt, wo fantasievolle Handwerker das Unmögliche möglich machen.

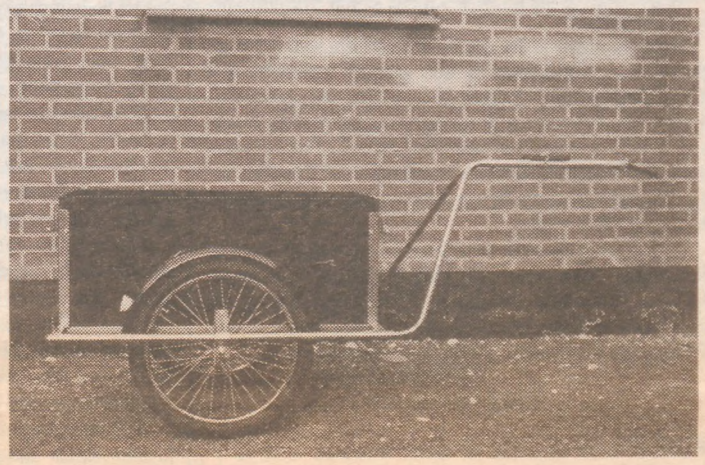
## Ausweitung der Betriebe

Ergänzend entstanden aber so nach und nach parallele Werkstätten, wie die Fahrradreparaturwerkstatt, die Frauenschmiede und die Pedersenfahrradmanufaktur. Die Christiania Schmiede konnte diese Werkstätten als Entlastung und nicht als Konkurrenz betrachten. Zwischen den verschiedenen Betrieben herrscht eine gute Zusammenarbeit mit Weiterreichen von Kunden. Z.T. waren es ja sogar sie, die sich selbständig machten.



COPENHAGEN-PEDERSEN, gebaut von Jesper Solling 1986

Einer der Pioniere, der sich nach vielen Jahren Mitarbeit in Christiania Schmiede selbständig machte, war mein Freund Jesper Solling. Er gehört zu den Mitbegründern der kleinen Fir-ma und war auch an der Entwicklung der Holzöfen und dem Fahrradanhänger maßgeblich beteiligt. 1978 fand er in einem Buch über die Geschichte des Fahrrades ein Bild des Dursley-Pedersen Fahrrades. Es war Liebe auf den ersten Blick. Ein Fahrrad aus dem vorigen Jahrhundert, bei dem konsequent die Dreieckgitterkonstruktion angewendet wurde, – ein technischer Leckerbissen, von einem dänischen Ingenieur, Michael Pedersen, erfunden. Eine Konstruktion, die so richtig und damit zeitlos war, daß man sie fast ohne Änderung für ein modernes Fahrrad, mit modernen Fahrradteilen verwenden konnte.



Anhänger aus Jesper Sollings Fahrradschmiede

## Über Dänemark hinaus erfolgreich

Jesper Solling baute das erste Exemplar für sich selbst in seiner Freizeit. Die positive Reaktion seiner Freunde und Bekannten bestärkte ihn in seinem Wunsch, eine Produktion des modernen Copenhagen-Pedersenfahrrades aufzunehmen. Aber man muß ehrlich zugeben, daß seine Arbeitskollegen in der Schmiede die grenzenlose Begeisterung für diese Pläne nicht teilten und das neue Produkt nicht ohne Einschränkungen unterstützten. Da erwies sich Jesper Solling aber als kompromißloser Individualist, was er auch heute noch ist. Er schied aus der Christiania Schmiede aus und machte sich selbständig. Die ersten Jahre, bis das Copenhagener Pedersen in Dänemark und auch international bekannt wurde und Anerkennung fand, waren entbehrungsreich und hart. Wie schon bei dem Fahrradanhänger, war Christiania ein guter Markt, um überhaupt in Gang zu kommen, das Rad auf die Straße zu bekommen und bekannt zu werden. In Dänemark läuft das Pedersenrad deshalb auch heute noch unter der Bezeichnung Christianiarad. Bald zeigte sich aber, daß das größte Interesse aus der Schweiz und aus Deutschland kam, da wo das Fahrrad mehr eine Ideologie zum Ausdruck bringt, mehr den Individualisten oder gar den Fahrradfanatiker auszeichnet. Das Pedersenrad war schon immer eine aufwendige und damit teure Konstruktion. Anfangs war es Freizeitgerät für wohlhabende Bürger, die aber bald das Motorrad und Auto als Spielzeug bekamen und damit in den 30er Jahren das Pedersenrad in Vergessenheit geraten ließen. In den 70er Jahren, mit der Renaissance des Fahrrades als Motionsgerät und dem steigenden Wohlstand wurde auch wieder Platz für die Produktion von individuellen, handgebauten und luxusgeprägten Fahrrädern. Eine Reihe Konkurrenten haben inzwischen auch das Pedersenrad entdeckt und sind z.T. sogar mit einer frechen Kopie des Copenhagener Pedersenrades auf den Markt gekommen. Aber in der Qualitäts-Preis-Relation schlägt sich Jesper Solling weiterhin ausgezeichnet. Inzwischen ist er mit gutem Erfolg zum vierten Male auf der IFMA in Köln gewesen. Und die Leute fragen nicht mehr »Was ist das den?« sondern »Bitte, in welcher Halle ist denn der Copenhagen-Pedersen-Stand?«●

Anzeige

PACKPAPIER 45 OSNABRÜCK BOX 1811 VERLAG & VERSAND

**Rad kaputt**
Reparaturen aller Art
Der Bestseller der Reihe „Einfälle statt Abfälle". Auch die Reparatur an angeblich hoffnungslosen Fällen wird hier mit einfachsten Mitteln ausgeführt. Viele Radmontage- und Pflegetricks werden gezeigt, die in anderen Büchern fehlen. Zeichnungen, Fotos und Comics zeigen jeden Handgriff genau. Mit Tips zum Unterscheiden von Qualität und Murks. Best.-Nr.: C 01
DIN A 5, 144 S. Preis: 8,- DM

**Tandems bauen**
aus Sperrmüllrädern
Drei bewährte Baupläne für beste Tandemrahmen und für alle anderen besonderen Teile an Tandems. Best.-Nr.: C02
DIN A 5, 36 S. Preis: 4,- DM

**Lasten-Fahrräder**
fix und einfach gebaut
Kleine Konstruktionslehre und drei Baupläne aus Sperrmüll ohne Schweißstellen! Tragkraft 30 bis 100 kg. Best.-Nr.: C03
DIN A 5, 32 S. Preis: 3,- DM

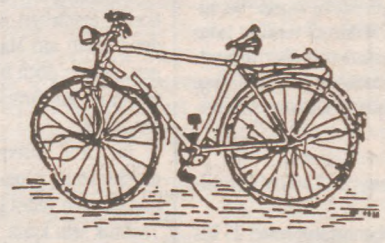
**Schwerlast-Dreirad**
Für über 100 kg, ausführlicheAnleitung zum Bau aus Sperrmüll.
DIN A 5, 36 S. Best.-Nr.: C 04 Preis: 4,- DM

**Chopper-Fahrräder**
Das rasante Langstreckenfahrrad. Liegerad mit geringem Luftwiderstand. Best.-Nr.: C 05
DIN A 5, 49 S. Preis: 6,- DM

**Tretmobil**
Aus zwei Fahrrädern und Sperrmüll ein Doppelfahrrad (nebeneinander) bauen. Zerlegbar. Ohne Schweißen! Außerdem: Anhänger und Beiwagen. Best.-Nr.: C 15
DIN A 5, 33 S. Preis: 3,- DM

Für absolute Fahrradfreaks alle 6 Hefte zusammen: 25,- Mark

Rückporto 2,- nicht vergessen!



Einfälle statt Abfälle

## KURZMELDUNGEN

Berlin

### Arbeitslosen- und Beschäftigungsinitiativen von Streichungen bedroht

Nicht erst durch den letzten Senat, sondern bereits durch seinen Vorgänger wurden seit Mitte der 80er Jahre Selbsthilfegruppen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern gefördert. Z.B. im »Treffpunkt Regenbogen« (Spandau), beim Arbeitskreis »Neue Armut« EWS e.V. (Neukölln), bei der »Kollektiven Hand« (Neukölln) und an anderen Treffpunkten wird seit Jahren (Sozial-)Arbeit in Bereichen geleistet, für die sich sonst niemand zuständig fühlt.

Diese Treffpunkte dienen zwar auch als Anlaufstellen, in denen Betroffene fachlich qualifizierte Hilfe bekommen, wenn Probleme im Umgang mit Ämtern und Verwaltung, Überschuldung u.ä. auftreten. Für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger ist es vor allem aber wichtig, sich mit anderen treffen zu können, um der Isolation und sozialen Stigmatisierung entgegenwirken zu können und gemeinsam Auswege aus Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit zu finden.

Selbsthilfe ist alles andere als »Luxus« ! In den Einrichtungen und Gruppen wird gesellschaftlich notwendige Arbeit – oft über ABM, die meiste jedoch ehrenamtlich! – geleistet. Dabei ist es nicht nur sinnvoller, den Folgen von Arbeitslosigkeit und Armut möglichst im Vorfeld zu begegnen, es ist für den Steuerzahler längerfristig auch billiger! Die vielbeschworene »Effizienz« der Selbsthilfe ergibt sich vor allem aus den ersparten Folgekosten. Soziale Einrichtungen wie unsere, die versuchen, wenigstens die Folgeprobleme der Arbeitslosigkeit aufzufangen, werden jedoch nicht etwa institutionell gefördert, sondern geraten ins Blickfeld des Senats, wenn es jetzt um Einsparungen von Haushaltsmitteln geht. Geplant ist eine drastische Kürzung der Sachmittel; Personal- und Sachkosten werden jetzt schon für jeweils nur noch einige Monate bewilligt. So kurze Arbeitsverträge sind eine Zumutung für Mitarbeiter und Einrichtungen, ein häufiger Mitarbeiterwechsel ist vorprogrammiert. Unter solchen Umständen lassen sich vertrauensvolle Beziehungen kaum aufbauen. Eine Einschränkung der ohnehin knapp bemessenen Sachmittel läßt sich nicht verkraften, da u.a. unsere Raummieten nicht fallen sondern steigen!

Die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern wird weiter zunehmen, die Arbeitsmarktlage in Berlin wird sich verschärfen. Das Problem der Dauerarbeitslosigkeit findet in den alten Bundesländern kaum noch Beachtung. So werden – wie andere »neue Projekte« auch – die in einigen von Arbeitslosigkeit und Armut besonders betroffenen Bezirken West-Berlins bestehenden »kommunalen Foren«, die bezirkliche Beschäftigungsinitiativen fördern wollen, keine öffentlichen Mittel erhalten.

Die notwendige Arbeit der Einrichtungen und Gruppen ist nur zu gewährleisten, wenn eine längerfristig gesicherte Finanzierung durch den Senat erfolgt. Der erste unumgängliche Schritt ist die Rücknahme sämtlicher Kürzungen und die Realisierung der durch das Parlament beschlossenen Förderung neuer Projekte.●

BioFach 91.

### Die Naturkost- und Naturwarenbranche traf sich in Mannheim

Drei Tage lang trafen sich insgesamt über 5.500 Fachbesucher zur BioFach 91. Auf dieser weltweit größten Naturkost- und Naturwaren-Fachmesse zeigten mehr als 300 Aussteller ihre Produkte und Dienstleistungen. Als sehr erfolgreich bezeichnet auch der Bundesverband Naturkost-Naturwaren, Schirmherr dieser Ausstellung, diese Fachmesse, die im vergangenen Jahr das erste Mal stattfand.

Viele Mitgliedsläden sehen diese Ausstellung als wichtige Informationsquelle und wichtigen Kommunikationsort für diese noch junge Branche an. Die BioFach 92 wird vom 13. bis 15. März 1992 wieder in Mannheim stattfinden und bereits jetzt laufen schon die ersten Vorbereitungen in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband.

**Kontakt:**
Bundesverband Naturkost
Naturwaren Einzelhandel
Rolandstr. 63
5000 Köln 1

Verbraucherzeitung für Umwelt,
Landbau und Ernährung

### Mahlzeit!

Das Interesse an gesunden Lebensmitteln ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Immer mehr Unternehmen werben für ihre Produkte mit klangvollen Bezeichnungen »aus ökologischen Anbau«, »biologisch«, »naturgemäß« oder »rückstandskontrolliert«. Aber nicht alle »Bio«-Lebensmittel halten, was sie versprechen. In Deutschland ist »Bio« eine wenig aussagekräftige Vorsilbe geblieben. Sind Verbraucher also vollkommen orientierungslos? Keineswegs! Seit 1983 ist in den Naturkostläden die Kundenzeitschrift **Mahlzeit!** erhältlich. Der Untertitel »Verbraucherzeitschrift für Umwelt, Landbau und Ernährung« verdeutlicht, worum es in dieser Zeitung geht.

Die **Mahlzeit!** setzt sich für eine bessere Qualität unserer Lebensmittel ein und fördert die Zusammenarbeit zwischen Landwirten, Handel und Verbrauchern im Naturkostbereich. Das bedeutet nicht, daß sich diese Zeitung keine kritischen Stellungnahmen leistet. Im Gegenteil! Das Vertrauen der Verbraucher kann auf Dauer nur gewonnen werden, wenn in einer öffentlichen Diskussion Probleme der Qualitätsarbeit und -sicherung im Naturkosthandel benannt und zukunftsweisende Alternativen erarbeitet werden. Die **Mahlzeit!** bringt Hintergrundinformationen über die neuesten Entwicklungen bei den Anbauverbänden des ökologischen Landbaus und kommentiert ihre Arbeit kritisch.

Unsere Lebensweise wirkt sich sehr oft auf die Umwelt und die Lebensbedingungen in der sogenannten 3. Welt negativ aus. Ein verantwortungsbewußter Konsument bemüht sich, die wirtschaftlichen, umweltpolitischen und sozialen Zusammenhänge bei der Nahrungsmittelproduktion zu durchschauen und ganzheitliche Aspekte bei seinem Kaufverhalten zu berücksichtigen. Die **Mahlzeit!** versucht jeden Monat durch interessant aufbereitete Informationen über Vollwertkost, praktische Rezepte und produktinformationen gangbare Wege für einen ökologisch und sozial ausgerichteten Konsum aufzuzeigen.●

Bezug und Probeexemplare gegen Einsendung von 2,40 DM in Briefmarken:
**Mahlzeit!** Luisenstr. 98, 4150 Krefeld. Ein Abonnement kostet 25 DM im Jahr.

## 3 JAHRE ÖKOBANK

# Ökobank – ohne Bewegung?

**Der Verband der selbstverwalteten Betriebe Hessen organisierte in Zusammenarbeit mit der Ökobank am 13.4.91 eine Veranstaltung mit diesem Titel. Diese Veranstaltung war als Experiment gedacht. Hier sollte nicht nur der Kritik an der Kreditvergabepraxis der Ökobank ein öffentliches Forum gegeben werden, sondern in einem ersten Versuch zusammen mit den Beteiligten Lösungsvorschläge zur Umsetzung in der Bankpraxis entwickelt und diskutiert werden. Nach 3 Jahren Ökobank – gelangt nun mehr Geld in die selbstverwalteten Betriebe oder nicht?**

**Claudia Engelskirchen, Redaktion Genossenschaften** ● Oliver Förster (Ökobank) stellte zu Beginn die Aktivitäten der Ökobank im Förderbereich dar. Er stellte einiges statistisches Material vor. Es wurden 52 selbstverwaltete Betriebe kreditiert, mit einem prozentualen Anteil am Fördervolumen von 19,5%. Das Kreditvolumen beträgt 3.315.000,– DM, dies sind 17,6% des gesamten Fördervolumens. Es gibt insgesamt, mit dem Allgemeinen Fonds (für Dritte Welt u.a.), 7 Förderfonds. Der Anteil der Fonds-Sparbriefe für Selbstverwaltung an den Fördermitteln beträgt nur 8,17%. Zum Vergleich: 40,91% der Fördersparbriefe wurden für den Bereich Umwelt gezeichnet, der Anteil der Förderkredite für Umwelt beträgt jedoch nicht 40% vom Gesamtfördervolumen. In den Bereich Selbstverwaltung wurden im Verhältnis zu anderen Fonds also überproportional viele Kredite vergeben. Geht man davon aus, daß mit der Zeichnung eines Fonds-Sparbriefes die Ökobank-KundInnen den Verwendungszweck ihrer Spargelder mitbestimmen wollen, muß die Ökobank zukünftig den Bereichen im Kreditgeschäft besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen, für die die meisten KundInnen ihre Spargelder angelegt haben. Für den Bereich Selbstverwaltung stehen ihr als Fondsmittel nur knapp 3,5 Mio. DM zur Verfügung.

Und trotzdem: »Wir brauchen mehr Kredite«, »unsere Kreditanträge wurden abgelehnt«, »die Bearbeitung zieht sich so lange hin, daß das zu finanzierende Geschäft ins Wasser fällt« und »wir wollen mit der Ökobank Geschäfte machen und nicht mit solchen Banken, die die Rüstung finanzieren« waren Kritiken aus dem Podium. (Kerstin Schmidt – Riedmühle, Oberellenbach und Karl Bergmann – ASH-Krebsmühle, Oberursel.

Aber auch Gegenteiliges war zu hören: »Wir haben unsere Kredite schnell und problemlos erhalten«, »bei der Ökobank wurden wir im Gegensatz zu Geschäftsbanken als Kreditnehmer akzeptiert und nicht zusätzlich benachteiligt«, »die Ökobank hat uns bei der Besicherung unserer Kredite unterstützt und beraten und zusammen mit uns ein neuartiges Besicherungsmodell für Verlagsauslieferungen entwickelt.« (Vertreterinnen des Frauen-Software-Haus, Frankfurt, K.D. Wolf – Verlag Roter Stern, Frankfurt, Helmut Richter, Sozialistische Verlagsauslieferung, Frankfurt).

Roswitha Beck (Ökobank) beschrieb die Probleme bei der Kreditvergabe von seiten der Ökobank: Um ihrem genossenschaftlichen Förderauftrag nachzukommen, hat die Ökobank Sparbriefe entwickelt, die u.a. den selbstverwalteten Betrieben als Kredite zur Verfügung stehen sollen. Aber gerade im Bereich der sogenannten Förderprojekte – also auch bei selbstverwalteten Betrieben – fehlen vielfach betriebliche Auswertungen für die Kreditantragsbearbeitung. Hinzu kommen zusätzliche Risiken. Wie in jedem Kreditgeschäft entsteht die Frage nach Sicherheiten. Bürgen von selbstverwalteten Betrieben sind oftmals Personen mit geringem Einkommen. Maschinen- oder Lagerbestände können nur gering bewertet werden bzw. sind nur in geringem Umfang vorhanden. Und dann noch das Problem der Einlösung von Sicherheiten: Nimmt die Bank ihren genossenschaftlichen Förderauftrag ernst, soll es nicht so sein, daß die Bank beim Eintreiben der Sicherheiten den KreditnehmerInnen die Geschäftsgrundlage (z.B. die Werkstatteinrichtung) entzieht.

Sowohl die Suche nach betrieblichen, angepaßten Lösungsmöglichkeiten als auch die u.U. häufiger erforderliche Rücksprache mit den AntragstellerInnen, sei es wegen der Datenbeschaffung, sei es wegen der notwendigen Zusammensetzung aus einer Vielzahl von Besicherungen etc. kann dann in der Folge zu langen Bearbeitungszeiträumen und unzufriedenen KundInnen führen.

Was tun? Nach der 1. Runde auf dem Podium wurden zusammen mit den ca. 40 BesucherInnen als dringendste Wünsche genannt:

- Kurze Bearbeitungszeiträume für dringende Kreditanträge – z.B. bei kurzfristig erforderlichem Kapital zur Auftragsabwicklung,
- Klarheiten schaffen bei den Betrieben über das Leistungsprofil der Ökobank – was wird unter welchen Bedingungen zu welchen Konditionen finanziert,
- Kürzere Bearbeitungszeiträume und unbürokratische Bearbeitung,
- Transparenz bei der Personalstruktur, den Zuständigkeitsbereichen und der Entscheidungsspielräumen der ÖkobankmitarbeiterInnen,
- Personalaufstockung der Ökobank,

Einig waren sich die Teilnehmer, daß trotz z.T. bestehender Schwierigkeiten die Zusammenstellung der betriebswirtschaftlichen Daten bzw. der betrieblichen Finanzplanung Betriebsberatung als zusätzliches Angebot nicht in die Dienstleistungspalette der Ökobank aufgenommen werden soll.

Die Empfehlungen aus der Runde an die Ökobank waren: Bereitstellung von zusätzlichem Informationsmaterial über spezifische Kreditvergabekonditionen für Kleinbetriebe, Unterscheidung bei der Kreditbearbeitung in kurz- und mittelfristig zu bearbeitende Anträge sowie spezifizierte Angebote bzw. Angebotsalternativen für die Kunden der Bank.

So die ersten Ergebnisse aus dieser Diskussionsrunde.

Handlungsbedarf besteht bei der Entwicklung neuartiger Finanzierungsmodelle für selbstverwaltete Betriebe, die u.a. bei der Beschaffung von Sicherheiten helfen können. Denn fehlen den Betrieben ausreichende Sicherheiten, hat das auch in der Ökobankpraxis die Konsequenz, daß Kreditanträge abgelehnt werden. Wenn nicht – wie an einem Beispiel diskutiert – neue Bankwege erschlossen werden. Im Buchhandel z.B. wird der Lagerbestand an Büchern gemeinhin nicht als ausreichende Sicherheit akzeptiert, da Bücher im Falle eines Konkurses »nur noch Ramschwert haben«. Durch die Zusammenarbeit der Bank mit den Kunden konnte ein besonderes Beleihungsmodell gefunden werden. Es ließ sich nämlich ein Verlagslieferant finden, der eine Rücknahmegarantie für den Bücherbestand unterzeichnete, so daß auch ein größerer Kreditspielraum möglich wurde.

Mehr solcher Beleihungsmodelle, z.B. auch durch den Zusammenschluß von vielen einzelnen Bürgen für gezielte Unternehmen und Projekte machen es vielleicht möglich: Mehr Geld in die Selbstverwaltung!●

## BERLIN: FRÜHLINGSTAGE 1991

# »Macht im Kollektiv«

**Im Februar trafen sich zur inhaltlichen Vorbereitung der Frühlingstage der Grafischen Betriebe, die vom 9. bis 12. Mai 1991 in Berlin in der »Fabrik Osloer Straße« stattfinden, KollegInnen aus Dortmund, Kassel und Regensburg in Regensburg. Sie konzipierten einen Teil des inhaltlichen Programmes für Freitag und Sonnabend Nachmittag. Es geht im weitesten Sinn um das Thema »Macht im Kollektiv«. Der nachfolgende Text wurde von Ina/Kartenhaus-Kollektiv, Regensburg nach dem Treffen geschrieben. Er gibt die von den KollegInnen geführte umfangreiche Diskussion nur in kleinen Ausschnitten wieder. Im Anschluß folgt das Programm der Frühlingstage.**

**Redaktion Grafische Betriebe** ● Ausgehend von der Fragestellung, daß viele Probleme im Zusammenarbeiten von Frauen und Männern im selbstverwalteten Betrieb struktureller Natur sind, fanden wir es an der Zeit, daß wir das Machtgefüge in unseren Betrieben genauer unter die Lupe nehmen.

In vielen uns bekannten Betrieben gibt es »Macher«, die vor den anderen einen Informationsvorsprung haben, Diskussionsabläufe bestimmen, den Betrieb nach außen vertreten, viel Verantwortung tragen, kurz – unentbehrlich sind.

Ebenso unentbehrlich, aber austauschbar sind auf der anderen Seite der sozialen Leiter die »Betriebsdeppen«, denen als schwächster Teil der Gemeinsamkeit leicht die Schuld an verpfuschten Aufträgen in die Schuhe geschoben wird, über die sich lustig gemacht wird, deren Vorschläge nicht ernst genommen werden.

Da drängt sich doch die Frage auf, warum solche Konstellationen entstehen und warum sie sich so hartnäckig halten, denn allein am Mangel an Kompetenz kann's doch nicht liegen, wo wir doch in unseren kollektiven Strukturen die Frauen schon an die Druckmaschinen und an die Bürotische ranlassen, oder?

Im Lauf unserer Diskussion versuchten wir, die Machtdurchsetzung genauer zu beleuchten, deren Grundlage zum einen die sich selbst genügende Beherrschung der (Maschinen-) Technik sein kann, diesen kleinen Unterschied zu wahren und zu hüten. Zum anderen kann sie auf so einfache Techniken wie Rhetorik, Informationsmonopolisierung, Lautstärke etc. beruhen.

Um diesen Ansätzen nachzugehen, sind auf die Frühlingstage folgende ReferentInnen eingeladen:

a) H. Orth wird sich u.a. mit den Fragen beschäftigen, welche geschlechtsspezifischen Interessenunterschiede zu Konflikten und Machtkämpfen führen können und wie sich die Bedingungen für Frauen und Männer bei Austragen von Interessenkonflikten unterscheiden.
b) W. Neef beschäftigt sich mit den Auswirkungen und Deformationen eines technikbestimmten Lebens, dem Zwang zum Funktionieren – neben der Faszination der Technik.
c) G. Lischke hält ein Referat über die Bildung von Hierarchien und unterschiedlichen Rollenerwartungen von Frauen und Männern an Frauen und Männer in selbstverwalteten Betrieben, wobei sie auf ihre Erfahrungen aus der Beratung von Betriebsgründerinnen zurückgreifen kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind bestehende Kommunikationsstrukturen, funktionierende Rollenzuweisungen, die das System innerbetrieblich am Laufen halten und die es gilt, aufzudröseln oder zumindest sichtbar zu machen – vielleicht auch in laufenden Diskussionen während der Frühlingstage (Moderation).●

## PROGRAMM

**Donnerstag 9.5.** ab 13.30 Uhr Mitgliederversammlung von tranfer e.V. (nur für Mitgliedsbetriebe): Geschäftsbericht und Diskussion eines Vorschlages zur Realisierung des TAAT-Projektes.

**17.30 Uhr Einführungsveranstaltung:** Vorstellen der TeilnehmerInnen. Einführen in das programm und den Themenschwerpunkt »Macht-Technik-Lust ?«

**ca. 19 Uhr Beginn des »Gelages«:** Diesmal ein warmes und kaltes Buffet in mehreren Gängen mit offenem Ende.

**Freitag 10.5. ab 9.30 Uhr Arbeitsgruppen:**
**AG 1:** Was ist »kollektives Management«, was nützt Organisationsberatung? Grundlegendes und Erfahrungen aus Betrieben.
**AG 2:** Entwicklungsstand der elektronischen Druckvorstufe – Versprechen, Wirklichkeit, Perspektive – Erfahrungen und Diskussion.
**AG 3:** Arbeits- und Umweltschutz in Druckvorstufen und Druck: Überblick über die Entwicklung und Austausch der Erfahrungen von Entsilberung bis zur Arbeit mit Waschmitteln auf Pflanzenöl-Basis.
**Mittagspause von 13 bis 15 Uhr**
**Arbeitsgruppen von 15 bis 18 Uhr**
**AG 4:** Der Zusammenhang zwischen der Aneignung von einflußrelevanten technischem Wissen und Fähigkeiten und den Möglichkeiten für die Beteiligung an der betrieblichen Macht. Referat von H. Orth, anschließend Diskussion.
**AG 5:** Wird unser Leben durch eine auf Technik orientierte Arbeit deformiert? Wie können mögliche Deformationen erkannt, wie kann ihnen begegnet werden? Referat von W. Neef, anschließend Diskussion.
**Am Abend gibt es die Möglichkeit, Fachtreffen durchzuführen.**
**Vorschläge:**
Fachtreffen Satz: DTP: Text-Bild-Integration,
Fachtreffen Druckvorlagenherstellung: Die berufliche Perspektive
Fachtreffen Verwaltung und Vertrieb: Frust und Lust mit Branchenlösungen.
Fachtreffen Offsetdruck: Erfahrungen mit dem Einstieg in Vierfarb-Maschinen.
Fachtreffen Siebdruck: Wasserfarben im Einsatz

**Sonnabend 11.5., Arbeitsgruppen 10.30 bis 13.30 Uhr**
**AG 6:** Selbstverwaltung: Woran Scheitert Selbstverwaltung und was sind die Grundlagen kollektiver Selbständigkeit? Referat von Constantin Bartning und Diskussion.
**13.30 bis 16 Uhr Mittagspause**
**AG 7:** Führen unterschiedliche Rollenerwartungen von Männern und Frauen zu informellen Hierarchien? Sind sie damit ein Hindernis für die berufliche und persönliche Entwicklung? Referat v. G. Lischke und Diskussion.
**AG 8:** Ein Jahr der Entwicklung von Betrieben in der ehemaligen DDR – was ist gelaufen, wie geht es weiter? Welche Kooperationen sind entstanden, welche sollten ausgebaut werden?
**19.30 Uhr Plenum:** Was haben die Frühlingstage gebracht – Perspektiven der Zusammenarbeit?

**Sonntag 12.5., 11 Uhr Abschiedsfrühstück.**

INTERVIEW MIT KARL BERGMANN, ASH-KREBSMÜHLE

# Wozu zum Teufel haben wir die Ökobank?

**Karl Bergmann (40), ist einer der »Veteranen« der Alternativ- bzw. Selbstverwaltungsbewegung. Als Gründer der Arbeiterselbsthilfe in der Krebsmühle, war er Initiator der dort durchgeführten Projektmessen, hat CONTRASTE mitaufgebaut und war mit der Mitgliedsnummer 4 einer der Gründer des »Vereins der Freunde und Förderer der Ökobank«, auf dessen Initiative hin die Ökobank nach dreijähriger Vorbereitungsarbeit vor 3 Jahren ihre Arbeit aufnehmen konnte. Als leidenschaftlicher Verfechter der Ökobank-Idee hat sich Karl Bergmann in den Entwicklungsjahren bei deren Gegnern reichlich Feinde gemacht – heute gilt er als einer der schärfsten Kritiker der Ökobank. Das folgende CONTRASTE-Interview entstand nach der Ökobank-Veranstaltung des hessischen Verbandes der selbstverwalteten Betriebe am 13.4.**

**CONTRASTE: Vom Paulus zum Saulus, vom Gründer zum heftigsten Kritiker – was war denn aus heutiger Sicht Deiner Meinung nach falsch an der Ökobank-Idee?**

**Karl Bergmann:** Es gab drei, vier sich ergänzende Überlegungen zur Gründung der Ökobank. Das war zunächst die Empörung darüber, daß mit dem Geld der Bewegung, nämlich den Zinsen, die an Banken gezahlt werden, genau die Dinge finanziert werden, gegen die die Bewegung kämpft, also z.B. Rüstungsgeschäfte, Investitionen in AKW's, Engagements für Diktaturen wie z.B. Südafrika.

Das war zweitens die Erfahrung im selbstverwalteten Bereich, daß gerade aufgrund der kollektiven Entscheidungsstrukturen der Selbstverwaltung Kreditanliegen bei normalen Banken negativ beschieden werden, weil eben der »dynamische junge Unternehmer« mit klarer Gewinnmaximierungsperspektive fehlt.

Und es war drittens der Wunsch, in stärkerem Umfang aktive Wirtschaftspolitik »von unten« betreiben zu können, also durch gezielte Kreditvergabe, möglichst zu Förderzinsbedingungen, ökologisch sinnvollen und sozial nützlichen Projekten zur Existenz zu verhelfen.

Ich sehe auch heute nicht, was an dieser Idee falsch sein sollte.

**Worin besteht dann Deine Kritik?**

Ich kritisiere nicht die Idee der Ökobank, sondern das, was ich aus eigener Erfahrung mit einem ganzen Bündel von Kreditanträgen an die Ökobank in den letzten drei Jahren an Kreditbearbeitungs- und vergabepolitik erlebt habe. Also die alltägliche Praxis des Bankengeschäfts, wie sie sich mir bei der Ökobank darstellt. Und ich sage gleich dazu: Es gibt eine Menge Betriebe außerhalb des Krebsmühle-Umfeldes, die die gleichen negativen Erfahrungen gemacht haben.

**Das hätten wir gern konkreter.**

Die Ökobank braucht erstens ungeheuer lange zur Bearbeitung eines Kreditantrages – viel zu lange angesichts der Spontaneität, die im selbstverwalteten Bereich an der Tagesordnung und – wie ich meine – für diesen lebenswichtig ist. Wenn ich bei neuen Projekten Planvorlaufzeiten in der Größenordnung eines halben Jahres einkalkulieren muß, nur weil die Finanzierung auf sich warten läßt, dann hat das Projekt längst seine Attraktivität verloren oder die Leute sind nicht mehr da, es durchzuführen.

Kommt es aber tatsächlich zur Kreditvergabe, dann ist zweitens die Anforderung an die Besicherung bei der Ökobank immer an die Höchstgrenze dessen getrieben, was man »bankübliche Bedingungen« nennt.

Man hat einfach den Eindruck, daß die Ökobank am liebsten gar keine Kredite vergeben würde, weil dies mit Arbeit und mit Risiko verbunden ist: Um Gottes Willen – man könnte was falsch machen – also macht man lieber nichts.

Bei einer »normalen« Bank wäre dagegen nichts zu sagen – wer keine Geschäfte machen will, der läßt es eben. Bei der Ökobank aber handelt es sich definitiv um das Geld der Bewegung, das hier nur verwaltet wird. Und wenn es wirklich so sein sollte, daß der Löwenanteil der Spargelder einfach nur wieder an Zentralbanken weitergereicht wird und dann die Marge zwischen den Zinsen an den Sparer und den Zinsen, die die Ökobank für solche weitergereichten Gelder einnimmt, dazu dient, den Apparat Ökobank aufrechtzuerhalten – bei diesem Verdacht kommt mir die Galle hoch.(Die Ökobank betont, daß das Geld nur an Banken geht, z.B. kirchlichen, deren Umgang mit Geld nicht gegen die satzungsgmäßen Ziele der Bank verstößt. Anm. d. Red.) Denn damit wäre die gesamte Arbeit für die Ökobank nichts anderes gewesen als die Vorarbeit für ein Beschäftigungsprojekt, bei dem 10 oder 20 oder 30 Banker alternative Arbeitsplätze finden. Das nenne ich dann: Thema verfehlt, und ärgere mich darüber, daß Sympathisanten der Bewegung im guten Glauben Gelder bei der Ökobank anlegen, die ohne diese Bank in Form von Direktkrediten tatsächlich sinnvollen Ansätzen zur Verfügung hätten stehen können.

**Das ist der von Dir bekannte Vorwurf der »Kreditverhinderung«. Die Ökobank begründet die langen Prüfzeiten mit der unzureichenden Vorbereitung der Kreditgesuche. Meistens sei das Zahlenmaterial (Bilanzen etc.) einfach nicht so, daß schnell entschieden werden könne.**

Das mag in vielen Fällen stimmen, ist aber trotzdem genauso ein Totschlag-Argument wie der ewige Rückzug der Ökobank hinter die Schweigepflicht. Hier werden munter Vorurteile ausgereizt. Man weiß, daß es in der Selbstverwaltung – gerade bei jungen Betrieben – mit der Buchhaltung hapert, und weil das ja »allgemein bekannt« ist, kann damit jeder Kritik begegnet werden. Nachprüfbar wird ja nichts, weil in der Einzelfallbetrachtung dann schnell die Schweigepflicht nachgeschoben wird.

Am Beispiel der Krebsmühle läßt sich leicht zeigen, was wirklich los ist: Im Dezember letzten Jahres hätten wir wegen der Ökobank fast die Chance verpaßt, die in die Krebsmühle eingemietete (ungeliebte) Disco loszuwerden und stattdessen die Räume für einen Kindergarten zu nutzen. Auch hier mußte die Entscheidung schnell gehen, weil die Discobetreiber – un-vermutet – plötzlich auf die Eröffnung der Disco bestanden und die Frist zur Abfindungsregelung zu verstreichen drohte. Was also tun? Anruf bei Oliver Förster, Lage schildern, Dringlichkeit klarmachen. Oliver sagt: Müßte klappen, ist aber selbst ab sofort in Urlaub oder auf Kursus oder was weiß ich. Übergeben wird die Sache an Willi Obitz, einen neuen Mann, der die Krebsmühle nicht kennt. Also Anruf bei Willi Obitz, Lage schildern, Dringlichkeit klarmachen. Willi sagt: Müßte klappen, schickt mir die Unterlagen zu, ich werde prüfen. Das war Donnerstag. Donnerstag vergeht, Freitag vergeht. Freitag nachmittag erneut Anruf bei Willi. Willi: Ja, ich bin noch nicht dazu gekommen, ich kenne euch ja auch nicht, geht immerhin um 230.000,- DM, muß das in Ruhe machen, Kreditausschuß muß tagen, Montag ruf ich an. Montag dann nicht Anruf von Willi Obitz bei uns, sondern von uns bei ihm. Willi: Ja, Kreditausschuß hat negativ entschieden, die Unterlagen waren nicht vollständig. Die Vermögensaufstellung unseres Vereins für 1987 habe vorgelegen, für 1988 und 1989 hätten die Zahlen gefehlt.

Was war die Wirklichkeit? Unter den Unterlagen befanden sich u.a. die Vermögensaufstellungen des Vereins: 1987, 1988, 1989 – brav mit Heftklammer hintereinander weg. Nur waren die Kollegen von der Ökobank zu dumm (?), zu faul (?) oder zu schlampig (?), eine Seite weiterzublättern. Oder sie können nicht lesen. Oder – was mir am wahrscheinlichsten scheint – Sie wollten schlicht nicht, und zwar von vorneherein. Kein Geld in die Krebsmühle. Nur kein »Risiko«!

Damit ist aber die Geschichte noch nicht zu Ende. Uns blieben immerhin noch zwei (!) Tage, den Kredit zu besorgen. Peter vom Fairsicherungsladen Frankfurt hatte uns einen Kontakt zu einem Kreditberater der Dresdner Bank vermittelt. Der Kontaktanruf fand statt am Freitag. Gleich am Montagmorgen stand der Kreditberater bei uns auf der Matte, ließ sich vor Ort das Vorhaben erklären und nahm die Unterlagen mit (übrigens die gleichen, die auch die Ökobank erhalten hatte). Am Dienstagnachmittag hatten wir die Kreditzusage, eine Woche später die Kreditsumme auf unserem Konto.

**Aber dann hat sich die Sache für Euch doch noch positiv entwickelt.**

Hat sie, aber man muß doch eindeutig feststellen: trotz der Ökobank. Und das war weder ein einmaliger Ausrutscher noch kann man – nach zweieinhalb Jahren Bankpraxis – solche Dinge unter der Rubrik »Anlaufschwierigkeiten« abhaken. An solchen Dingen hängt verdammt noch mal die Existenz von selbstverwalteten Betrieben. Und es ärgert mich maßlos, dieses Pharisäertum, daß auf der einen Seite bei Kreditgesuchen den kreditsuchenden Betrieb auf Effektivität und Leistungsfähigkeit abzuprüfen wagt und auf der anderen Seite nicht die Spur davon selbst aufbringt, mehr noch: jede Kritik an der eigenen Effektivität, an der eigenen Leistung mit Totschlag-Argumenten niederbügelt.

Aber noch mehr ärgert mich was anderes: Ich habe drei Jahre lang intensivst am Aufbau der Ökobank mitgearbeitet, von Krebsmühle-Seite waren teilweise bis zu drei Leute für die (ehrenamtliche) Arbeit bei der Ökobank abgestellt – Leute, die uns in der praktischen Arbeit natürlich gefehlt haben. Wir haben da gesponsert noch und nöcher – und ich verlange ganz einfach, daß dafür zumindest die Zinsen, die wir zahlen, in die Kanäle gelangen, in die wir sie haben wollen. Es ärgert mich nicht, daß wir für den 230.000,- DM-Kredit bei der Dresdner Bank in fünf Jahren 70.000,- DM an Zinsen abdrücken, ich will da gar keine Förderzinsen, aber ich will, daß dieses Zins-Geld gefälligst in der Bewegung bleibt. Ich verlange, daß »machbare« Kredite von der Ökobank auch abgewickelt werden.

Dazu gleich noch ein anderes Beispiel: Vor etwa 8 Wochen haben wir mit der Stadt Frankfurt ein Projekt verabschiedet, mit dem in den (zunächst) nächsten 5 Jahren in der Krebsmühle 20 Flüchtlinge eine Wohnung finden und in diese unsere Gesellschaft integriert werden sollen. Die Abzahlung des notwendigen Ausbaukredits inklusive der Zinsen übernimmt Frankfurt im Rahmen der Projektfinanzierung. Der Kredit (Höhe 550.000,- DM) wird außerdem noch durch eine städtische Bürgschaft abgesichert, ist also absolut sicher. Unser Anliegen an die Ökobank: Übernahme der Finanzierung und Zwischenfinanzierung eines Teils der Summe (damit schon mal gebaut werden kann) bis zur Bereitstellung der Bürgschaft durch die Stadt. Was geschieht? Unsere Unterlagen werden noch nicht mal zur Kenntnis genommen. Wenn die Bürgschaft da sei, sei der Kredit kein Problem. Ja, verdammt noch mal: Haben wir dazu eine Bank gegründet? Der Antrag versackt schon beim Kreditbearbeiter, gelangt noch nicht mal bis zum Kreditausschuß. Und wieder droht ein für uns existenziell wichtiges Projekt zu scheitern, weil die Ökobank nicht mitspielt.

Was haben wir gemacht: Wir sind mit genau den gleichen Unterlagen zur uns vom Sozialamt empfohlenen Evangelischen Kredit-Genossenschaft gedackelt, die uns bis dahin überhaupt nicht kannte, haben mit dem Bankleiter – der sofort Zeit für uns hatte – etwa eine halbe Stunde lang (!) geredet, ihm die Unterlagen dagelassen und hatten exakt eine Woche später nicht nur die Kreditzusage, sondern auch die ersten 100.000,- DM auf dem Konto. Außerdem übrigens ein ausgesprochenes Lob dafür, wie gut wir den Kreditantrag vorbereitet hätten: Die Entscheidung sei überhaupt kein Problem gewesen.

Mittlerweile ist der erste Bauabschnitt abgeschlossen, die erste Wohnung bezogen, ist der zweite Bauabschnitt schon gut vorangeschritten, sind bereits insgesamt 300.000,- DM zur Verfügung gestellt – ganz unbürokratisch und immer noch ohne die konkret vorhandene städtische Bürgschaft. Ich meine, wir sind nicht undankbar: Immerhin haben wir auf diese Weise neben der GLS-Bank eine zweite Bank kennengelernt, mit der sich unbürokratisch, auf direkter menschlicher Ebene arbeiten läßt. Aber wozu zum Teufel haben wir die Ökobank?

**Immerhin hat die Ökobank eine Menge Arbeit in die Entwicklung neuer Finanzierungs- und Besicherungsstrukturen gesteckt. Die dort entwickelten Projektsparbriefe machen doch recht zinsgünstige Darlehen an die geförderten Projekte möglich.**

Ja, das ist sicher richtig. Und ich mag hier auch nicht in Bausch und Bogen verurteilen. Vermutlich sind wir mit der Krebsmühle auch einfach eine Nummer zu groß für die Ökobank – die ist uns, der Dynamik in diesen Gemäuern, schlicht nicht gewachsen.

Andererseits frage ich mich seit längerem, ob in der banktechnischen Konzeption der Ökobank nicht das Pferd vom Schwanz aufgezäumt wurde. Nehmen wir mal als Vergleich die GLS-Bank in Bochum. Die macht kein großes Brimborium. Und schafft es trotzdem, erstens die Besicherungsproblematik so zu regeln, daß unbürokratisch Gelder vergeben werden können. Und erreicht zweitens im letzten Jahr eine »Deckungsumlage« (das sind die umgelegten Kosten des Bankapparates und der Sparzinsen auf den Einzelkredit) von sage und schreibe 2,4%. Ein Zinssatz von 2,4% in der heutigen Zeit – das nenne ich Förderungspolitik! Und da wird noch nicht einmal differenziert, was nun anthroposophischer, sprich: förderungswürdiger ist, sondern dieser Vorteil kommt allen Kreditnehmern zugute. (Dies gilt nur für soziale und förderungswürdig eingestufte Projekte, Anm. de. Red.)

Bei den Sparbriefen kenne ich mich ehrlich gesagt nicht so aus. Was aber die sonstigen neuen Finanzierungskonzepte angeht – da hat man uns seitens der Ökobank zur Sanierung der Krebsmühle mal ein sog. »Fondsmodell« aufschwätzen wollen, zu dem eine ganze Menge zu sagen wäre, und nichts von dem wäre angenehm für die Ökobank. Machen wir vielleicht später mal.

**Die Krebsmühle befindet sich also im Clinch mit der Ökobank. Werdet Ihr Eure Konten dort abziehen?**

Das werden wir natürlich nicht tun. Über die Ökobank-Konten läuft sowieso nur ein sehr geringer Anteil unseres Geldverkehrs und das kann auch so bleiben. Aber wir werden das auch nicht ausweiten. Denn in der Zwischenzeit arbeiten wir mit einigen Banken zusammen, vertrauensvoll, muß man sagen, und haben dort bei den alltäglichen Dingen, also bei Dispos und Finanzierungen in der 30.000,- DM Größenordnung keine Probleme. Da reicht oft ein Telefonat und schon ist die Sache klar. Warum sollten wir das aufgeben zugunsten der Ökobank und also zu»gunsten« von mehr Unsicherheit und Streß für uns?

Wir sind auch nicht prinzipiell im Clinch mit der Ökobank, im Gegenteil: Ich kann eine ganze Reihe von Leuten dort persönlich gut leiden. Aber trotzdem bin ich der Meinung, daß bei Fehlverhalten Kritik angebracht ist und komme in Rage, wenn diese Kritik abgewürgt werden soll.

Der Ökobank habe ich versprochen, daß zukünftig jeder Kreditantrag von uns – und in den nächsten zwei Jahren kann sich das angesichts unserer Planung (so die Bauämter wollen) auf gut zwei Millionen Mark Nettokreditaufnahme summieren – daß also jeder Kreditantrag von uns zeitgleich und mit den gleichen Unterlagen neben anderen Banken auch immer an die Ökobank geht. Und wir werden die Abläufe und die Ablehnungsgründe dokumentieren und veröffentlichen. Für dumm verkaufen lassen wir uns nicht.

**Karl Bergmann, wir danken für dieses Gespräch.●**

Das Interview führte Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg

Collage von KollektivistInnen der ASH-Krebsmühle (gesehen im Krebsmühlenbüro) Foto: Dieter Poschen

Anzeige

Schwerpunkt Betriebliche Altersversorgung

Lieber sozial versichert als total verunsichert.

Wer für die Altersversorgung eine betriebliche Absicherung sucht, weiß nie genau, was die Versicherungsgesellschaften mit den Beiträgen machen.
IMPULS vermittelt für Firmen oder soziale Einrichtungen eine betriebliche Altersversorgung auf Gruppenbasis. Die Werte, die den eingezahlten Beiträgen entsprechen, werden im Sozialen reinvestiert. Nicht in den anonymen Finanzmarkt.
**Interessiert?**
Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns:
**IMPULS, Versicherungsmakler, Postfach 2480, 7900 Ulm,**
**Tel. 0731 - 9 66 77 - 0.**
Der IMPULS Beratungsservice hilft Ihnen,
für Ihre Einrichtung die geeignete Form der Altersversorgung zu finden.

Impuls
Wir helfen gern.

»STATUT FÜR DIE EUROPÄISCHE GENOSSENSCHAFT«

# Bewährung in der Praxis steht noch bevor

**Im Zuge der Vorbereitung des einheitlichen Europäischen Marktes ab 1993 kam es zu einer breiten Diskussion über die Harmonisierung nationaler Rechts- und Steuergesetze und -vorschriften in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang wurde und wird auch über die Harmonisierung der nationalen Genossenschaftsrechte nachgedacht.**

**Thomas Schaefers, Redaktion Genosssenschaften** ● Schon seit längerem gibt es eine breit angelegte Diskussion im Koordinierungsausschuß der Europäischen Genossenschaftsverbände (CCACC) über das Ob und Wie einer europäischen Regelung für Genossenschaften und über die möglichen Inhalte einer solchen Vorschrift. Beschleunigt und abgekürzt wurde dieser Prozeß durch die Vorlage eines Entwurfs für ein »Statut für die Europäische Aktiengesellschaft« (Societas Europaea = SE). Er beschwor die Gefahr herauf, Regelungen für die Genossenschaften in dieses Statut einzubinden. Damit hätten die Genossenschaften ihre eigene Rechtspersönlichkeit weitgehend eingebüßt und ihre ganz speziellen Charakteristika verloren. Die genossenschaftlichen Grundsätze der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung wären auf der Strecke geblieben.

In dieser Situation beauftragten die Präsidenten der europäischen Genossenschaftsverbände eine kleine juristische Expertengruppe im CCACC, kurzfristig ein »Statut für die Europäische Genossenschaft« »Societas Cooperativa Euorpaea « SCE) als selbständige Rechtsvorschrift für die grenzüberschreitende Kooperation von nationalen Genossenschaften zu formulieren. Diese Arbeitsgruppe nahm ihre Tätigkeit im Oktober 1989 auf. Sie formulierte zunächst ein Grundsatzpapier, das die Ziele und Inhalte eines Statuts beschrieb und im Dezember als offizielle Position der im CCACC vertretenen Verbände der Kommission der EG übergeben wurde.

## Lange Beratung über den Entwurf

Im Mai 1990 fand eine Sitzung der Genossenschaftssektion von CECODHAS in Dublin statt, in der ein Bericht über den Sachstand des SCE gegeben wrude. Ursprünglich sollte im Juni 1990 der Gesamtentwurf eines Statuts der europäischen Genossenschaft beschlossen werden. Verschiedene europäische Verbände baten jedoch darum, die Unterzeichnung zu verschieben, da die Beratungszeit in den nationalen Verbänden zu kurz gewesen sei. Die Präsidenten der europäischen Genossenschaftsverbände brachten in der Juni-Sitzung klar zum Ausdruck, daß sie den Entwurf eines Statuts der europäischen Genossenschaft vom Grundsatz her begrüßen. Dieser Entwurf enthält folgende Eckwerte:

- Definition der SCE
- Kreis der Mitglieder und Festlegung, daß mindestens zwei Mitglieder aus verschiedenen EG-Mitgliedstaaten kommen müssen.
- Veränderlichkeit des Kapitals
- Festlegung eines Mindestkapitals
- Haftung der Mitglieder für die Verbindlichkeiten der SCE
- Gründungsprüfung für eine SCE nach den Vorschriften, die im Sitzland der SCE auch für die nationalen Genossenschaften gelten.
- Veränderlichkeit der Anzahl der Mitglieder der SCE
- Einer SCE müssen (auch) alle Eigenkapitalformen zur Verfügung stehen, die nach dem Recht des Sitzlandes der SCE für eine Genossenschaft möglich sind.
- Für eine SCE muß das Prüfungssystem gelten, das im Sitzland einer SCE auch für die dortigen nationalen Genossenschaften gilt
- Verteilung des Vermögens einer SCE im Falle der Liquidation der SCE. Die Satzung soll bestimmen, an wen das verbleibende Vermögen verteilt wird.

Im Juli 1990 fand die abschließende Sitzung einer verkleinerten juristischen Arbeitsgruppe statt, die letzte Änderungsvorschläge diskutieren und einarbeiten sollte. Damit beendete die Expertengruppe ihre Arbeit und übergab den Präsidenten der europäischen Genossenschaftsverbände den ausformulierten Entwurf eines »Statuts der Europäischen Genossenschaft«. Im Oktober 1990 wurde in Paris dieser Entwurf als Arbeitsdokument des CCACC angenommen und vom Präsidenten des CCACC ratifiziert. Der Entwurf wird in die verschiedenen Arbeitssprachen übersetzt und der EG-Kommission zur weiteren Beratung übergeben.

## Für grenzüberschreitende Koordination gedacht

Dieses Statut regelt in über 100 Artikeln Wesen und Wirken der SCE. Es ist ein autonomes Statut, d.h., es ist unabhängig von Regelungen für andere Unternehmensformen, etwa der Europäischen Aktiengesellschaft (SE). Es ist darüberhinaus ein optionelles Statut; es ersetzt mithin nicht nationale Gesetze für Genossenschaften, sondern es tritt neben die einzelnen in den EG-Mitgliedsstaaten geltenden genossenschaftsrechtlichen Regelungen. Daraus folgt, daß es nur dann anwendbar ist, wenn die Mitglieder einer europäischen Genossenschaft aus mindestens 2 Mitgliedstaaten der EG stammen und die Tätigkeit dieser Genossenschaften grenzüberschreitend ausgeübt wird.

Das Statut für die SCE bildet einen Organisationsrahmen für die grenzüberschreitende Tätigkeit der europäischen Genossenschaft, basierend auf den genossenschaftlichen Grundwerten der Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Selbstverwaltung und Demokratie. Daraus folgt u.a. der Grundauftrag der Förderung der Mitglieder, die wirtschaftlich zu erfolgen hat, aber auch andere Ziele, etwa sozialer und kultureller Art, einschließen kann. Mitgliederzahl und Kapital sind grundsätzlich variabel, das Prinzip ein Mitglied eine Stimme bildet die Basis der innergenossenschaftlichen Demokratie.

## Nationale Besonderheiten sind gewahrt

Neben diesen und anderen Grundsätzen, die den Charakter genossenschaftlicher Selbsthilfe prägen, mußte im Statut vielfältigen nationalen Besonderheiten und den europäischen gesellschaftsrechtlichen Vorstellungen und Bestimmungen Rechnung getragen werden. Das führte zu folgendem Grundmuster für das Regelwerk:

1. Die Genossenschaftsprinzipien sind uneingeschränkt Grundlage des Statuts. Sie geben der Genossenschaft ihre signifikante Ausprägung, und durch sie unterscheiden sich Genossenschaften von allen anderen Unternehmensformen. Diese besondere, mitgliederbezogene, demokratische Grundstruktur bildet gewissermaßen das Gerüst, an dem und um das herum sich alle Bestimmungen orientieren und gruppieren.
2. Alle Sachverhalte, für die es bereits europäische Richtlinien gibt, werden auch nach europäischem Recht geregelt. Das gilt etwa für die Kreditinstitute und Versicherungen, für die Kennzeichnung von Schriftstücken, Verschmelzungen, die Rechnungslegung und vieles andere mehr. In all diesen Fällen wird auf die entsprechende Richtlinien verwiesen.
3. Fehlen europäische Normen für regelungsbedürftige Sachverhalte, so gelten i.d.R. die betreffenden Vorschriften des Mitgliedsstaates, in dem die SCE ihren Sitz hat. Nur so ist es möglich, nationale Besonderheiten zu bewahren und bestehendes nationales Recht weiter gelten zu lassen. Dieses am nationalen Recht orientierte Regelungsverhalten ist zum Teil von fundamentaler Bedeutung, etwa im Bereich der Prüfung. Nur so kann beispielsweise die deutsche Spezialität der genossenschaftlichen Pflichtprüfung durch die Genossenschaftsverbände uneingeschränkt erhalten bleiben.
4. Das Statut trägt ferner der Tatsache Rechnung, daß bestimmte Sachverhalte in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich geregelt sind und gehandhabt werden. In diesen Fällen sind entweder »Kannvorschriften« formuliert worden, etwa bei der Kapitalbeschaffung oder beim Stimmrecht, oder es wurden ausdrücklich alternative Regelungen vorgesehen, so beim Führungssystem der SCE. Hier gibt es sowohl das dualistische System wie in der Bundesrepublik mit Aufsichtsrat und Vorstand als auch das monistische System mit nur einem Verwaltungsorgan, wie es in Frankreich und Spanien üblich ist.
5. Das Statut der SCE regelt weiterhin einige Besonderheiten, etwa Anteile ohne Stimmrecht, Mehrstimmrechte oder ein Schiedsgerichtsverfahren bei internen Auseinandersetzungen. In diesen Punkten bestimmte das Statut in einer Generalklausel den Grundsatz, verweist für die konkrete Ausgestaltung des Sachverhalts aber auf die Satzung der SCE.

## Zukünftig mehr Zusammenarbeit auf EG-Ebene?

Mit der Erarbeitung des konkreten Entwurf für ein Statut der SCE wurde ein Schritt in Richtung einheitlicher Europäischer Markt für die genossenschaftliche Wirtschaft bewältigt. Welchen praktischen Nutzen dieses Statut hat, wird sich erst noch erweisen müssen. Immerhin gab und gibt es besonders im grenznahen Bereich auch ohne dieses Regelwerk grenzüberschreitende Kooperation zwischen Genossenschaften.

Unbestritten hingegen ist der strategische Vorteil des Statuts für die Genossenschaftsbewegung in Europa. Die in Brüssel ansässigen europäischen Genossenschaftsverbände haben mit seiner Vorlage eindeutig klargestellt, in welcher Richtung sie eine europäische Regelung für Genossenschaften für sinnvoll und erträglich erachten.●

ENTWICKLUNG IN OSTDEUTSCHLAND

# Genossenschaftlich Denken lernen

**Vor 30 ZuhörerInnen berichtete Uwe Scheibner auf dem Wochenendseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie am 16./17. Februar in Dresden über die aktuelle Entwicklung der Konsumgenossenschaften in der ehemaligen DDR. Seit Jahren verantwortlich für die Ausbildung der »Führungskader« in diesem Bereich, konnte Scheibner auch über die verzwickten Hintergründe aus der Vergangenheit referieren.**

**Hans Frech, Redaktion Genossenschaften** ● Wie alle Genossenschaften der DDR waren die Konsumgenossenschaften in das übergeordnete System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft eingebunden. Im Unterschied zu anderen Genossenschaften zeichneten sie sich jedoch durch ihren Doppelcharakter aus: Sie waren zugleich Genossenschaften und politische Massenorganisation.

Als Genossenschaft hatten sie die Aufgabe, die Grundversorgung der Bevölkerung zu garantieren. Deshalb mußten sie in jedem Kreis mit Verkaufsläden vertreten sein. Organisiert waren die 197 Konsumgenossenschaften in 14 Bezirksverbänden. Diese gehörten zusammen mit dem »Konsum« Berlin dem Verband der Konsumgenossenschaften der DDR an. Über 30.000 Verkaufsläden und rund 6.000 Gaststätten sowie Kombinate zur Herstellung eigener Verkaufsprodukte machten deren Infrastruktur aus. Im Unterschied zu anderen Genossenschaften verfügten die Konsumgenossenschaften über ein eigenes Statut, das nicht durch den Staat formal reglementiert war.

Als einziger Genossenschaftsverband der DDR war der Verband der Konsumgenossenschaften Mitglied im internationalen Genossenschaftsverband. Durch diese Mitgliedschaft und den politischen Charakter als Massenorganisation konnten sie eine etwas eigenständigere Entwicklung nehmen. Ihre Mitgliederzahl stieg von 2,5 Mio. (1951) über 3,8 Mio. (1961) auf zuletzt 4,6 Mio. Mitglieder (1989) an. Als Massenorganisation stellten die Konsumgenossenschaften sogar eigene Abgeordnete in der Volkskammer und hatten auf örtlicher Ebene rund 7.500 Abgeordnete.

## Altlasten erschweren den Neuanfang

Die Einbindung in die staatliche Regelung stellt sich als Hauptschwierigkeit bei der Umstellung auf marktwirtschaftliche Verhältnisse dar. Eigene Produktpolitik, Preispolitik oder Standortwahl nach Rentabilitätsgesichtspunkten sind absolut neu. Viele Läden der Konsumgenossenschaften arbeiten nach diesen Gesichtspunkten unrentabel und müssen sich der westlichen Konkurrenz von Lebensmittelkonzernen stellen.

Um die Marktfähigkeit zu erreichen, fusionierten die ehemaligen Konsumgenossenschaften auf Bezirksebene (bzw. für größere Städte) zu jetzt 50 Konsumgenossenschaften mit neuem Statut und neuen Organen. Sie sind Mitglied im Verband der Konsumgenossenschaften (VdK) als Prüfungsverband. Ehemalig von ihnen als Kombinate geführte Produktionsbetriebe wurden in GmbH's mit 100prozentiger Beteiligung der Konsumgenossenschaften umgewandelt. Für diese Betriebe stellt sich das überall in der Industrie der DDR erkennbare Problem, daß die Ausrüstung jahrelang auf Verschleiß der Anlage gefahren wurde, notwendige Informationen unterblieben und sie im Vergleich zu westlichen Betrieben einen zu hohen Personalbesatz aufweisen.

Da die Konsumgenossenschaften ihr Hauptaugenmerk auf die Entwicklung der eigenen Konkurrenz richteten, ließen sie sich z.T. zum Abschließen von Exclusivwarenverträgen mit westlichen Lieferanten drängen, was die Nichtabnahme von Produkten aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG's) bedeutet. Nur über eine Wiederbelebung des Denkens in genossenschaftlichen Zusammenhängen lassen sich solche Fehler vermeiden. Nach den Ausführungen von Uwe Scheibner hierzu und der Aufgeschlossenheit gegenüber Neugründungen kleiner Konsumgenossenschaften mit besonderer Ausrichtung auf ökologische Produkte im VdK ist der Wille hierzu jedenfalls vorhanden.●

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Mathema eG., Bonn

## Das ökologische Büro

Die noch nicht lange eingetragene Genossenschaft Mathema eG. Genossenschaft für wissenschaftlich-technische Beratung baut als einen Arbeitszweig Dienstleistungen für das »Ökologische Büro« auf. Dazu gehören projekt- oder betriebsbezogene Büroanalysen, in denen umweltfreundliche Substitute zu allen gewünschten Bereichen zusammengestellt werden. Ein Preisvergleich ist in solche Analysen ebenso miteinbezogen wie Erläuterungen über die Umwelt- bzw. Gesundheitsschädlichkeit der ausgemusterten Produkte. Neben solchen individuellen Recherchen bietet die Mathema auch eine ständig aktualisierte Marktübersicht über umweltfreundliche Bürobedarfsartikel an. Interessenten können sich wenden an:
Mathema eG., Wiesenweg 19, 5300 Bonn 1, ☎ (02 28) 62 80 84.

Genossenschaftlicher Wohnungsbau

## Umfassende Literaturauslese erschienen

Eine Literaturauslese des Informationszentrums RAUM und BAU zum Thema »Genossenschaftlicher Wohnungsbau – Projekte, Perspektiven« ist in der zweiten Auflage (1991) erschienen. Sie umfaßt 99 Seiten und enthält unter anderem folgende Stichworte: Perspektiven des Genossenschaftswesens und Zukunft der genossenschaftlichen Idee im Bereich des Wohnens; Einzel- und Großprojekte, Experimente, Modelle; Fragen, der Gemeinnützigkeit und der Finanzierung; neue Aufgaben – sich wandelnde Wohnbedürfnisse, sich ändernde Rahmenbedingungen; statistische Daten zum Genossenschaftswesen, wirtschaftliche Stellung. Sie kann beim IRB Verlag (Informationszentrum RAUM und BAU der Fraunhofer Gesellschaft) Nobelstr. 12, 7000 Stuttgart 80 unter der Bestellnummer 2202 für DM 31,-- bestellt werden.

Genossenschaft Casa Nova, Frankfurt

## Die Wohnform selbstentwickeln und -bestimmen

In Zusammenarbeit mit der Stadt Frankfurt bearbeitet WOHNBUND-Beratung Frankfurt seit Mitte vergangenen Jahres ein Wohngruppenprojekt im öffentlich geförderten Mietwohnungsbau. Zur Gruppe der Bewohner zählen mittlerweile 18 Erwachsene und ein Kind. Sie wollen gemeinschaftlich leben, ihre Wohnform selbst bestimmen und alle anfallenden Aufgaben der Wohnraumverwaltung eigenverantwortlich tragen. Mittlerweile wurde das Finanzierungskonzept entwickelt und mit der Stadt diskutiert: Finanzierung des Grundstücks in Erbpacht, Bereitstellung der Fördermittel, Feststellung der Einkommensgrenzen. Die gegründete Genossenschaft Casa Nova (Heidestr. 15) garantiert als künftige Eigentümerin des Gebäudes die dauerhafte soziale Bindung des Wohnraums. Zur Zeit wird diskutiert, ob und in welcher Form später auch unterschiedliche Einkommen der BewohnerInnen intern ausgeglichen werden können. In diesem Sinne will das Projekt beispielhaft wirken. Vorstellbar ist u.a. die Beteiligung an einem genossenschaftlich organisierten Fonds zur zweckgebundenen Rückfinanzierung öffentlicher Gelder.

Anzeige

Bevor man / frau sich individuell Alters- oder Berufsunfähigkeitsversichert, sollte geprüft werden, ob die Absicherung nicht über einen Gruppenvertrag im Rahmen eines Versorgungswerkes wesentlich günstiger erfolgen könnte.

BEISPIEL: LEBENSVERSICHERUNG

Kapitalbildende Lebendsversicherung bis Alter 65, Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit bis Alter 60, Monatsbeitrag 250 DM

| Eintrittsalter | Frauen Versicherunsumme | * Ablaufleistung |
|---|---|---|
| 35 | 101.577 | 318.386 |
| 40 | 97.698 | 205.853 |
| 45 | 60.235 | 129.004 |

Leistungen für Männer je nach Eintrittsalter etwas höher oder niedriger ( + - 2% )
*Auszahlung im Alter 65 Jahre

*Andere Altersstufen und Beitragssätze auf Anfrage. Auch mit Berufsunfähigkeitsrente möglich.*

* Die Überschußanteilsätze sind für das laufende und folgende Geschäftsjahr festgelegt. Für die gesamte Dauer können sie nicht garantiert werden.

Versorgungswerk

Verbesserung der Alters- und Berufsunfähigkeitsrente

4400 Münster, Ludgerieplatz 8, Tel.: 02 51 / 53 10 00
6800 Mannheim, C3 Nr.19, Tel.: 06 21 / 10 28 56
7032 Sindelfingen, Brenzstr.1, Tel.: 070 31 / 83 257

# Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

DISKUSSION

# Lohn, Gewinn und Zins

**Die vergangenen CONTRASTE-Nummern waren ein Forum der Debatte zwischen Klaus Schmitt (Berlin) als »Marktradikalen« und Erich Jungnickel (Hamburg) als einen Befürworter von Elementen der Planwirtschaft. In diesem Beitrag geht Klaus Schmitt u. a. den Fragen der Konkurrenz, des Mehrwerts und des Geldes nach.**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

In CONTRASTE 76/1991 (S. 14) behauptet Erich Jungnickel, das Beispiel des Schwarzmarktes in der Sowjetunion zeige, wie wenig ein freier, unkontrollierter Markt funktioniere. Man muß schon mit gehöriger Blindheit geschlagen sein, um nicht zu sehen, daß diese Schwarzmärkte mit dem »Urbeispiel kapitalistischer Bereicherung« (Jungnickel) ein Produkt der zentralgelenkten Planwirtschaft 'realsozialistischer' Staatsbürokraten ist und daß die Menschen nur wegen dieser Märkte überleben können. Das gleiche gilt für die 'harte' »Kühlschrankwährung« (Jungnickel) in der UdSSR, nur haben wir es hier nicht mit Kühlschränken als allgemeinem Tauschmittel einer Währung, wie Jungnickel behauptet, sondern schlicht und einfach mit dem Rückfall in eine archaische Warentauschwirtschaft zu tun – weil nun mal, was bereits die Anarchisten zu Marxens Zeiten voraussahen, die 'realsozialistische' Plan- und Staatswirtschaft ohne Terror nicht funktioniert. Hört der Terror auf, entstehen Märkte; existiert die Planbürokratie weiter, entstehen ungerechte Schwarzmärkte. Das Greshamsche Gesetz wird durch den geldlosen Tauschverkehr nicht, wie Jungnickel behauptet, widerlegt.

Offenbar an meine Adresse gerichtet, hofft Jungnickel, daß es »nie zu Säuberungsaktionen im Namen 'anarchistischer Dogmen' kommen wird«. Wozu mokiert er sich dann (in CONTRASTE 74/1990) über meinen Artikel »Kommunismus: 'Sackgassen- und Wahnidee'?« (CONTRASTE 72 u. 73/1990)? Weil ich dort diesen realen Terror-Kommunismus angreife? Sind ihm die Säuberungen der Staatskommunisten lieber? Jungnikkel beklagt die »stärkere Tendenz gegenseitiger Abgrenzung innerhalb der äußeren Linken«. Ich meine, wir sollten uns endlich von jenen Pseudolinken trennen, die diese 'realsozialistischen' Schweinesysteme immer noch für links halten.

## Wettbewerb gleich Kampf?

In seinem Diskussionsbeitrag »Grundprobleme einer antikapitalistischen Wirtschaft« (CONTRASTE 79/1991) gibt Jungnikkel zwar zu, daß es »ganz ohne Markt« nicht geht, er hält ihn jedoch »in erster Linie« für einen »Kampfschauplatz«. Das ist er allenfalls für die großen Geldanleger, für die kleinen und mittleren Wirtschaftssubjekte ist er das jedoch nur in Krisenzeiten. Bleiben die Produzenten – sowohl die des von Jungnickel konstruierten 1. wie 2. »Betriebstyps« (1. Sicherung von Arbeitsplätzen / 2. Sicherung von Konsumbedarf, Anm. d. Red.) – auf ihren Produkten sitzen, unterbieten sie sich durch Preissenkungen, um ihre Waren loszuwerden. Um dann noch kostendeckend produzieren zu können, drücken sie die Löhne, die ihrer Angestellten wie – als Genossenschaftler oder als Privatunternehmer – ihre eigenen. Ähnlich verhält es sich mit der Ware Arbeitskraft. Wer keinen Arbeitsplatz und keinen Ausgleich für seine Lebenshaltungskosten (Durchhaltekosten der menschlichen Arbeitskraft) bekommt, der unterbietet den Preis für die Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt. In dieser Situation kommt es zu Konkurrenz- und sozialen Kämpfen. Sind jedoch die Auftragsbücher voll und die Arbeitskräfte knapp, dann herrscht ein eher lascher **Wettbewerb**, und das bei steigenden Reallöhnen. Diese Erfahrung konnten wir in der 'überhitzten' Konjunktur der 60er Jahre selbst erleben.

Ein altes sozialistisches Anliegen ist es, die Konjunkturkrisen zu überwinden und eine derartige Vollbetriebs- und Vollbeschäftigungswirtschaft auf Dauer zu stellen. Im Zusammenhang mit einem steigenden materiellen Lebensstandard entwickeln sich dann – wie die Jugendrebellion in den 60er Jahren gezeigt hat – 'neue', 'höhere' Bedürfnisse, Bedürfnisse, die über die 'archaischen' Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Wohnung hinausgehen: Gemeinschaft, Egalität, Befreiung der Sinnlichkeit etc.

Proudhon: »Nehmt die Konkurrenz weg... und die ihrer Triebkraft beraubte Gesellschaft wird wie eine Uhr stehenbleiben, deren Feder abgelaufen ist.« Siehe 'Stagnation' in der sog. UdSSR.

## Wir brauchen klare Definitionen und Differenzierungen

Ein anderes sozialistisches Anliegen war es (ich sage »war es«, weil dieses Anliegen bei heutigen 'Sozialisten' und 'Linken' offenbar kaum noch vorhanden ist), den 'Mehrwert' von den Kapitalisten und Grundrentnern in die Hände der Produzenten zu überführen. Auch das scheint Jungnickel zu akzeptieren. Um dieses Problem – wenigstens zunächst einmal theoretisch – in den Griff zu bekommen, wäre es jedoch notwendig, die Begriffe klar zu definieren und zweckmäßig zu verwenden. Jungnikkel stellt einen Gegensatz von »Einkommen« und »Gewinn« her und ordnet diese Begriffe seinen, in einer zinsfreien Wirtschaft unterschiedlich motviert agierenden, zwei Betriebstypen zu: das Einkommensinteresse dem 1. Typ kleiner Betriebseinheiten: »Die Belegschaft schafft bzw. sichert sich selbst die Arbeitsplätze«; das Gewinninteresse dem 2. Typ größerer Betriebseinheiten: »Die Nachfrager schaffen sich das gewünsche Angebot«. Jungnickel sagt jedoch nicht, welche Nachfrager sich z. B. bei Daimler welches selbst gewünschte Angebot schaffen, und wie und warum sie das machen. Schließlich kommt er zu dem Ergebnis, daß diese beiden Typen auf dem Markt in gleicher Weise fungieren. Und letztendlich haben die Betriebsangehörigen und -eigner beider Betriebstypen (sofern diese Typen überhaupt existent sind) das gleiche Interesse: Einkommen erwirtschaften. Wozu also diese bizarre Betriebstypen- und Lohn/Gewinn-Unterscheidung?

Gewinn ist, wie Lohn, meist auch Einkommen. Lohn können wir beziehen als lohnabhängige Arbeiter, als lohnabhängige Unternehmer, nämlich als Manager, und als 'freie', selbständige Einzel- oder kollektive Unternehmer, also aus produktiver Arbeit (siehe dazu Marx, Das Kapital, Bd. 3, Zins und Unternehmergewinn). Auch Gewinne können wir aus produktiver Arbeit erwirtschaften, z. B. auf Grund geschickter Unternehmensführung. Den Unternehmer als Organisator des Produktionsprozesses – getrennt vom Eigentümer des Kapitals und des Bodens – nennt Marx zu Recht »Arbeiter« (aaO., S. 393 u. 395), dieser Produzent bezieht den Unternehmerlohn. Diese Gewinne und Einkommen sind Arbeitsgewinne und -einkommen, sind **Lohn**.

Gewinne können wir jedoch auch machen, wenn wir Eigentümer von »Geldschätzen« (Engels), von Kapital und/oder von Boden und Bodenschätzen sind. In diesen Fällen erhalten wir, als Kapitalisten, Geldzinsen (Zinsen) und Kapitalzinsen (Renditen) – die »Urbeispiele kapitalistischer Bereicherung«! – und, als Grundeigentümer, Bodenzinsen (Renten) und Bodenwertzuwächse (Spekulationsgewinne). Letztere werden Einkommen, wenn der im Preis gestiegene Boden verkauft wird und der Gewinn in die Einkommen privater Haushalte fließt. Das alles sind arbeitsfreie oder mühe- und leistungslose Gewinne und Einkommen, sind **Mehrwert**.

In der »trinitarischen Formel«: »Kapital – Profit (Unternehmergewinn plus Zins), Boden – Grundrente und Arbeit – Arbeitslohn« sah Marx »alle Geheimnisse des gesellschaftlichen Produktionsprozesses eingegriffen« (Das Kapital, Bd. 3, S. 822). Auf der Grundlage dieser Formel können wir in der Tat in unserem Erkenntnisstreben vorankommen, vorausgesetzt, wir bringen sie nicht mit Marxens Mehrwerttheorie in Zusammenhang. Im Unterschied zur Werttheorie ist sie offensichtlich falsch und sie läßt uns in ihrer Konsequenz nur die Wahl der Verstaatlichung der Investition, Produktion und Verteilung und der zentral gelenkten Planwirtschaft. Erst die Zins- und Zirkulationstheorien von Proudhon, Gesell und Keynes und die Rententheorien von George, Damschke und Gesell, aber auch Marxens Differenzialrententheorie (aaO., S. 662ff.), lüften das Geheimnis der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen tatsächlich. Sie zeigen uns, wie Geld-, Kapital- und Bodenzinsen und Monopolgewinne (nach Marx alles »Mehrwert«, aaO., S. 840f.), die heute den Kapitalisten, Grundrentnern und Monopolisten zufließen, in die Arbeits-»Einkommen- und »Gewinne«, besser: in die **Löhne** der Produzenten, und zwar in die der 'selbständigen' wie der 'lohnabhängigen' Produzenten, eingehen können - ohne Zentralismus und Staat.

## Durchhaltekosten auch für Geld

Unter Berufung auf Keynes kritisiert Jungnickel Gesells Idee der Durchhaltekosten für Geld. Er behauptet, nicht nur Geld, auch menschliche Produkte würden wegen ihrer unterschiedlichen Durchhaltekosten »unterschiedlich angeboten«. Das gilt allenfalls in Ausnahmesituationen, zum Beispiel, wenn in einer Dürrekatastrophe die Preise der Nahrungsmittel schneller steigen als ihre Durchhaltekosten bei Hortung, oder wenn ein Krieg erwartet wird. Versuchen jedoch einzelne Produzenten, derartige Güter in normalen Zeiten vom Markt fernzuhalten, um ihren Preis hochzutreiben, werden in einer nicht-monopolistischen Marktwirtschaft diese Güter von anderen Produzenten produziert und angeboten. Schließlich ist das der übliche Weg, über den die eigentumslosen Produzenten ihre 'Gewinne' machen, um ihre »Reproduktionskosten« (Marx), die Durchhaltekosten ihrer Arbeitskraft decken zu können. Zurückzuhalten mit Gewinn ist nur der durch Menschenhand nicht produzierbare und daher auch nicht vermehrbare und von Durchhaltekosten unbelastete Boden und das Geld einer Festwährung oder – mit noch größeren Gewinnchancen – das Geld einer deflationistischen 'Währung', also eines Geld, dessen Durchhaltekosten auf Grund seines Kaufkraftgewinns negativ sind. Auf diese Weise können Grundeigentümer und Finanzkapitalisten ihre 'Gewinne' machen.

Merkwürdigerweise werden immer wieder Keynes kritischen Bemerkungen zu Gesell zitiert, nicht aber seine ausdrücklich anerkennenden Ausführungen. Wie ich bereits in meinem vorhergehenden Diskussionsbeitrag (CONTRASTE 75/1990) festgestellt habe, nennt Keynes die Idee eines Geldes mit Durchhaltekosten »gesund« (Allgemeine Theorie, S. 302) und fügte sie 1943 konsequenterweise in sein IWF-Konzept ein (Keynes, Vorschläge für die Gründung einer internationalen Clearing-Union, Letre international 2/1988). Wann werden 'Linke' begreifen, was Keynes zu Gesell wirklich gesagt hat?

## Linke Lust an konservativen Positionen?

Was soll Jungnickels Formel: »Die Nachfrager schaffen sich das gewünschte Angebot«? Wenn wir, umkehrt, sagen: Die Anbieter schaffen sich (durch ihr Warenangebot) die eigene Nachfrage, dann bekommt dieser Satz einen gewissen Sinn. Diese Angebots-Theorie der Klassiker Mill, Say und Ricardo (siehe Keynes, Allgemeine Theorie, S. 16ff.), die heute noch von konservativen Ökonomen vertreten wird, ist jedoch praktisch von der Wirklichkeit und theoretisch von den Nachfrage-Theoretikern Proudhon, Gesell und Keynes widerlegt worden. Sie gilt allenfalls in einer Tauschwirtschaft, in der sich Produkte mit Durchhaltekosten unmittelbar gegeneinander austauschen. Ist jedoch ein Geld ohne Durchhaltekosten zwischengeschaltet, dann ist der Absatz allein abhängig von dem guten Willen der Geldbesitzer, Nachfrage zu halten.

In einem lichten Moment hatte bereits Marx diese Entdekkung gemacht: »Keiner kann verkaufen, ohne daß ein anderer kauft. Aber keiner braucht unmittelbar zu kaufen, weil er selbst verkauft hat« (zit. bei Dieter Suhr, Der Kapitalismus als monetäres Syndrom – Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie, S.35.), also im Besitz von Geld ist! Wenn also das Geld der Festwährung oder der Deflation 'streikt', nützt es den Warenproduzenten nichts, Waren zu produzieren, mit denen sie in der Warentauschökonomie tatsächlich ihre eigene Nachfrage schaffen würden (vorausgesetzt, sie produzieren Waren, die gefragt sind).

Das zwischengeschaltete Geld kann jedoch zum »Riegel« (Proudhon) des Warenaustausches werden, und das wird es um so mehr, je geringer seine Durchhaltekosten (Inflation, Geldsteuer) sind und wie im Laufe der Konjunktur die Renditen des Realkapitals und damit die Zinserträge der Geldanlagen fallen. Und die Finanzkapitalisten neigen verstärkt dazu, ihr durch Zins und Zinseszins angehäuftes Geld aus der Zirkulation herauszuziehen, wenn es im Laufe der Zeit gar durch Deflation an Kaufkraft gewinnt, die Durchhaltekosten also negativ werden. So kam es 1929 in Deutschland zum Zusammenbruch der Zirkulation und zur Wirtschaftskrise mit 6 Millionen Arbeitslosen.

## Die Werttheorie richtig einsetzen!

Meines Wissens hat nicht Proudhon, wie Jungnickel behauptet, wohl aber Marx angenommen, daß auch der Preis der Ware Arbeitskraft durch ihre (Re-)Produktionskosten bestimmt wird (siehe Marx, Lohn, Preis, Profit). Marx konnte also nicht annehmen, daß die menschliche Arbeitskraft jemals auf dem Markt ihren 'vollen Arbeitsertrag' erhalten könnte.

Ich meine, die Arbeitswerttheorie gilt nur für die durch Menschenhand vermehrbaren Güter, sowohl für die Produkte der Produktionsmittel wie auch für die durch Menschenhand produzierten Produktionsmittel selbst, also für das Kapital im Sinne der Klassiker. Sie gilt nicht für die menschliche Arbeitskraft und nicht für das Naturprodukt Boden und seine Schätze. Bodenflächen und Bodenschätze können – entgegen Marxens Meinung – sehr wohl einen Preis haben, obwohl in jungfräulichen Boden und in noch im Boden ruhende Schätze kein Arbeitwert eingeht. Das gleiche gilt für das Tauschmittel Geld. Auch sein Preis wird, ebenfalls entgegen der Marxschen Ansicht, nicht durch seine Produktionskosten bestimmt. Das Äquivalenzprinzip für menschliche Produkte – gleicher Arbeitswert tauscht sich gegen gleichen Arbeitswert aus – kann nur durch besondere Eingriffe in die Natur des Geldes und in die private Aneignung der Bodenrente und des Bodenwertzuwachses hergestellt werden. Für die beliebig vermehrbaren Konsumtions- und Produktionsgüter muß lediglich Wettbewerb und ein ungestörter Wirtschaftsablauf garantiert werden. Unter diesen drei Voraussetzungen werden sich bald die Waren als Äquivalente austauschen, wird sich »Tauschgerechtigkeit« (Proudhon) einstellen.

Damit ist zwar noch keine **sozialistische** Marktwirtschaft hergestellt und auch keine **anti**-kapitalistische, wohl aber eine **nicht**-kapitalistische. Sozialistische, anarchistische und kommunistische Produktions- und Konsumtionsprojekte können jedoch auf ihrer Basis entwickelt werden, neben privatwirtschaftlichen. Da die kapitalistische Marktwirtschaft per Definition eine **Zinswirtschaft** ist, würden mit dem Untergang der **kapitalistischen** Marktwirtschaft auch die durch die Zinseszinsakkumulation bedingten und von Jungnickel beklagten Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft gestoppt werden. Damit würde auch der von den großen, ökonomisch und politisch mächtigen Geldanlegern, den Finanzkapitalisten ausgeübte Druck in Richtung Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung verschwinden. ●

VERMÖGENSBILDUNG

### Private Vermögensbildung bei der TRION-Geldberatungsgenossenschaft eG

Seit Jahresbeginn gibt es für ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, im Rahmen des Fünften Vermögensbildungsgesetzes Genossenschaftsanteile an der TRION-Geldberatungsgenossenschaft eG zu erwerben.

Auf der Grundlage des Beteiligungsvertrages können jährlich bis zu 936,– DM als vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers oder als eigene Einzahlungen über den Arbeitgeber begünstigt angelegt werden.

Wenn das zu versteuernde Einkommen 27.000 DM (Alleinstehende) bzw. 54.000 DM (Verheiratete) nicht übersteigt, gewährt der Staat eine Sparzulage von 20% (bei Anlage des Höchstbetrages von 936,– DM sind das 187,20 DM).

Auch wenn z.B. bereits auf einen Bausparvertrag der dabei günstigste Höchstbetrag von 624,– DM gezahlt wird und diese Anlageform auch in Zukunft beibehalten werden soll, kann der übersteigende Betrag von 312,– DM ohne weiteres in TRION-Genossenschaftsanteilen angelegt werden.

Eine auf diesem Weg erfolgende Beteiligung bei TRION ist nicht nur ein Beitrag zur ganz privaten Vermögensbildung. Vielmehr wird darüber hinaus die nicht gewinnorientierte Arbeit von TRION direkt und dauerhaft unterstützt, indem die Eigenkapitaldecke der Genossenschaft gestärkt wird.

Wenn die eingezahlten Gelder über den aktuellen Mittelbedarf von TRION liegen, werden sie zur Finanzierung von sozialen und ökologischen Projekten im Sinne der Satzung verwendet.

Die mit den vermögenswirksamen Leistungen erworbenen TRION-Genossenschaftsanteile unterliegen einer 6-jährigen Sperrfrist, die am 1. Januar des Einzahlungsjahres beginnt. Vor Ablauf dieser Sperrfrist kann darüber nur in Ausnahmefällen verfügt werden. Mit dem Ablauf der Sperrfrist können die im Laufe von sechs oder mehr Jahren gezeichneten Genossenschaftsanteile jederzeit gekündigt werden.

Weitere Informationen und Unterlagen können angefordert werden bei:

TRION eG, Gerberstr. 9
2000 Hamburg 50
☎ (040) 38 70 60
Fax (040) 38 25 83

## JOBS

Zimmerei zwischen RT und TÜ sucht sofort Lehrling, Praktikant oder Umschüler.
☎ (0 71 21) 60 18 38

**Selbstverwalteter Betrieb (Druckerei)** sucht für den Ausbau der bisher konventionellen Druckvorstufe eine engagierte Fachkraft mit entsprechenden Kenntnissen (DTP, Satz). Vorstellbar ist auch eine enge Kooperation mit bestehendem oder im Aufbau befindlichem DTP-/Satzbetrieb. Räume sind vorhanden.
Druckerei
Prima Print GmbH
Brüsseler Platz 22
5000 Köln 1
☎ (02 21) 52 47 25

**Der WERKHOF** – selbstverwalteter Betrieb in Bremen (Hohentorsheerstr. 160, 2800 Bremen 1, ☎ (04 21) 50 05 71) sucht Köchin/Koch mit Erfahrung (gelernt?) und Lust an eigenverantwortlicher Arbeit, der/die sich zutraut, 13 hungrige Mäuler zu stopfen.

## PROJEKTE

Nähe Nordportugal. Wir führen hier ein alternatives Landleben. Die Farm hat noch Platz für mindestens eine/n weitere/n Ökologisten/in. InteressentInnen wenden sich an:
Apartado Correos 550, Lugo, Spanien.

Gründung einer Baugenossenschaft in Verbindung mit Dienstleistungen für Ältere, Alleinerziehende und Kranke Mitglieder im Raum Stuttgart. Wer hat Interesse oder Erfahrung?
Brigitte Renz
Hallschlag 141
7000 Stuttgart 50
☎ (0711) 54 72 13

Guter, eingef. Betrieb – **Bettenmanufaktur**– sucht SV-Team zur notwendigen Expansion und Nachfolge. Raum Südd.. Engagierte Kaufleute und handwerkl. Mitarbeiter schreiben an Chiffre Expansion

Für seine internationalen Workcamps in diesem Jahr sucht der Christliche Friedensdienst jeweils 2-3 Leute als TeamerInnen, die bei der Vorbereitung mithelfen und für einige Verwaltungstätigkeiten zuständig sind.
Auch in diesem Sommer vermittelt der cfd Freiwillige in mehr als 190 Camps im In- und Ausland, in denen junge Menschen aus verschiedenen Ländern zusammenkommen, um in einem 2-3 wöchigen Arbeitseinsatz ein soziales oder politisches Projekt zu unterstützen. In der Bundesrepublik finden Camps statt, in denen die Teilnehmenden vor allem Friedens-, Ökologie- und Kulturprojekte kennenlernen und unterstützen können.
Durch Selbstorganisation als Gruppenprinzip hat das Team nicht die Funktion der »Macher«, sondern versteht sich als Bestandteil der Gruppe, das insbesondere in der Anfangsphase Hilfestellungen bieten kann.
Für die Erfüllung der besonderen Aufgaben, wozu auch die Erstellung eines Berichts am Ende des Camps gehört, erhält jede/r TeamerIn eine Aufwandsentschädigung von 200,– DM und Fahrtkostenerstattung.
Für angehende TeamerInnen bietet der cfd TeamerInnenseminare an, das nächste ist vom 8.-12.5.1991 in Frankfurt, bei denen Interessierte auf die Campleitung vorbereitet werden.
Für weitere Fragen steht das Büro des Christlichen Friedensdienstes, Rendelerstr. 9-11, 6000 Frankfurt 60, ☎ (069) 45 90 72 zur Verfügung.

## VERKÄUFE

**Druckmaschine** »König & Bauer«, Einfarbenbogenoffset, 46 x 64, Bj. 78, Juni '91 frei. VB 35.000,– DM. ☎ (02 31) 43 18 21

## BAUWAGEN

In Vorbereitung unseres Ökodorf-Projektes suchen wir im Raum Berlin günstig **Wohn- und Bauwagen** und altes Bauerngerät für Garten-, Landwirtschaft und Nutztierhaltung.
Ökodorf »Liebenberg e.V.«
im Dachverband Ökodorf e.V.
Wilhelm-Piek-Str. 72
O-1054 Berlin
oder ☎ (030) 822 84 90

## JOBSUCHE

Ex-Studentin (23) will endlich etwas vernünftiges lernen: Ackern, Kühe melken, Käse machen, Hühner füttern, Schafe hüten ... Wo?
Andrea z. Zt. ☎ (040) 279 66 49 (Rückruf)

Suche Schreinerlehrstelle!
Ich möchte meine Lehre in einem selbstverwalteten, ökologisch orientierten Betrieb machen. Ich bin 23 Jahre alt.
Peter Goldschmidt
Am Kirschrain 26
3500 Kassel

Welche Tischlerei braucht verantwortungsbewußte, lebenserfahrene Mitarbeiterin? Tischlerin im Zweitberuf (38J.) sucht ab 1.8.91 Stelle in Betrieb mit angenehmen Klima.
Chiffre: Klima

**BWL-Student**, 24, sucht Prakt.-Stelle im alternativen Bereich für 6 Wo. im Sommer '91 (Juli-Sept.).
R. Drews
F.-Wolf-Str. 21B/403B
O-2400 Wismar

**Niederländer**, z. Zt. Arbeit in Finnland, sucht Stelle als Landschaftsarchitekt oder -planer, bevorzugt im ländl. Raum. Spez. Interesse an Kollektiven.
Gerard Wezenberg
Marieberg Gard
SF-10210 Inga
Finland

## LESERBRIEF

Betr.: CONTRASTE-April, »Kreuzberg im Umbruch«
Mit ziemlicher Schadenfreude stelle ich fest, wie ihr, die ihr jahrelang Kreuzberger Kleinbürger, Proleten und Rentner verschreckt und verdrängt habt, nun selbst in Bedrängnis geratet. Dabei sind 10,–/qm noch ganz unten angesiedelt, 40,– und mehr gelten schon als normal bei Neuabschlüssen und Verlängerungen.

Und wie verhält sich der kleine Moritz alias Erik? So wie der von ihm verachtete Kleinbürger gerät er in Panik und denunziert, des Spießers liebste Rache. Und dann des Schreibtischtäters verdeckter, juristisch wasserdichter Aufruf zu was wohl? Die Kreuzberger Palette der Anschläge ist lang und bekannt. Dazu gehören Kellerbrandanschläge in Mietshäusern auf unabhängige Journalisten.

Mich wundert es nicht, daß die deutschen Linken politisch isoliert sind. Springer etc. brauchen nur die Ernte einfahren.

Rainer, Berlin

PS: Lieber mehr Artikel wie »Flüchtlingsintegration im Kommuneprojekt« und weniger Trikont-Schwafel

## KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

## SCHNIPSEL


**Radio Dreyeckland**
102,3 Mhz
Adlerstr. 12, 7800 Freiburg

**"Wie sieht so ein freies Radio eigentlich von innen aus?"**

☞ **Hintergründe**
☞ **Darstellungen**
☞ **Berichte**

und vieles mehr zur Geschichte und Praxis eines freien Radioprojektes in der aktuellen Neuausgabe von *Dinosaurier im Ätherrausch*. Die Broschüre ist erhältlich bei Radio Dreyeckland, Adlerstr. 12, 7800 Freiburg. Preis pro Exemplar: 7 DM inkl. Porto, ab 10 Exemplare 6 DM pro Stück.

**Wir haben das komplette Lieferprogramm!**

**Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.**

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald e.G.
Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

Forum Recht
**Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!**
Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
3 Mark + 1 Mark Porto
Jahres-Abo: 14,50 Mark

Lieferbare Schwerpunkthefte:
- 3/88: Ausländerrecht
- 1/89: Aussiedler/ Sicherheitsstaat
- 3/89: Zeitbombe § 129a
- 4/89: Umweltrecht
- 1/90: JuristInnenausbildung
- 2/90: „Deutschropa"
- 3/90: Arbeitsrecht
- 4/90: Gen-/Repro-Technol.
- 1/91: Zensur
- 2/91: Kriegsrecht

Probe-Abo (ohne Verlängerung):
2 Hefte für 5 Mark
Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 76 96

***Die Wochenzeitung der Bürgerbewegung***

- **radikaldemokratisch**
- **basisorientiert**
- **geheimdienstfeindlich**

*Parteiübergreifende Sachpolitik entsteht aus dem Dialog der Betroffenen, nicht aus den Monologen der "Verantwortlichen". Wir stellen Öffentlichkeit für die politischen Anschauungen und Erfahrungen derjenigen her,*

**Die ANDERE Farbe in der Presselandschaft.**
**Das wird so bleiben, denn uns kann die Treuhand nicht verkaufen.**

Zu bestellen bei: Die ANDERE BasisDruck Verlags GmbH, Schliemannstraße 23, O-1058 Berlin


## IMPRESSUM


CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
**Herausgeber** ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
**CONTRASTE** wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

**Redaktionen :**
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66; DDR, 8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (003751) 57 09 14

**Fachredaktionen :**
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, LEA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 1 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

## ALTERNATIVE ÖKONOMIE

### NIEDERKAUFUNGEN

Videowerkstatt »Anders leben – anders arbeiten«
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen herauszufinden, welche Vorstellung sie von ihrer Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:
- zusammen leben und arbeiten;
- Gemeinsame Ökonomie, d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus;
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden;
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt;
- Alltagsleben/Alltagorganisation mit 50 Menschen.

Wir werden 3 Filmteams bilden, die sich ihre Bilder und Eindrücke von der Kommune machen. Diese sind das Material für einen kleinen Film, der gemeinsam erstellt wird. Was herauskommt ist offen...
Technische Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Sie werden im Rahmen des Bildungsurlaubs vermittelt.
Es ist zu beachten, daß das Seminar von Montag bis Sonntagmittag stattfindet. Das Seminar wird mit höchstens 12 TeilnehmerInnen durchgeführt.
**Referenten:** Albert Koepfinger, Dieter Bensmann
**Termin:** 10. bis 16.6.91
**Teilnahmebeitrag:** 280,– DM (im Teilnahmebeitrag ist eine Kopie des Films zum Mitnehmen enthalten).

**Anmeldung & Information:**
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

### DORTMUND

Weiterbildung für selbstverwaltete Betriebe und Projekte:

- **Rechnungswesen, Kalkulation und innerbetriebliches Kontrollwesen** vom 24.5.-25.5.
- **Marketing:** Werbe- und Öffentlichkeitsmaßnahmen. Vertriebskonzeptionen und Marktanalyse vom 7.6.-8.6.
- **Einführung in die Organisationsentwicklung:** Organisationskonzepte und -strukturen. Planung und Strategie vom 14.6.-15.6. und 11.12.-13.12.
- **Büroorganisation per EDV:** Bürogeeignete Software und ihre Anwendung vom 5.7.-6.7.
- **Verhandlungsstrategien und Präsentation:** Einführung in die Rhetorik für Frauen vom 27.9.-28.9.
- **Weiberwirtschaft:** Frauen im Management vom 11.10.-12.10.

Bildungsurlaub

- **Mich und andere leiten:** Arbeiten und Handeln in Gruppen vom 6.5.-8.5.

**Anmeldung & Information:**
Kommunikatives Bildungswerk e.V.
Adlerstr. 83
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 14 31 23

### MÜNSTER

Projektwerkstatt Bildungswerk
**Seminare im Juni/Juli:**
**Parteiliche Mädchenarbeit** 14. bis 16.6.
**Jungenarbeit** 14. bis 16.6.
**Ökopädagogik** – Erfahrungen und Berichte aus der Praxis 21. bis 23.6.
**Wege in die Selbständigkeit** 7. bis 9.6.
**Weiberwirtschaft** Existenzgründungskurs für Frauen 22. bis 23.6.
**Fortbildung Soziales Management** 8. bis 10.11.
**Information & Anmeldung:**
Projektwerkstatt
Bildungswerk
im c.u.b.a.
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
☎ (02 51) 51 11 77

### SELBSTHILFE

»Alte Illusionen – Neue Hoffnungen? Initiativen heute«.
Bundeskonferenz für Selbthilfe- und Initiativzusammenschlüsse, vom 21. bis 23.6.1991 im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn.
Teilnahmebeitrag 40,– DM (Erwerbslose und Auszubildende 20,– DM); Fahrtkosten werden zu 50% erstattet (günstigster Bundesbahntarif), volle Erstattung an TeilnehmerInnen aus den fünf neuen Bundesländern. Anmeldung bis spätestens 10.6.91. Einladung bzw. nähere Informationen bei:
Stiftung MITARBEIT
Sylvia Fels
Bornheimer Str. 37
5300 Bonn 1
☎ (02 28) 63 00 23 o. 65 04 00
Fax (02 28) 69 54 21

## SONSTIGES

### STEUERBOYKOTT

Verfassungsklage gegen die Kriegssteuer!?
**Diskussion einer Verfassungsklage und Informationen zum Kriegssteuerboykott,** Mittwoch, 15. Mai, 20 Uhr, Mainzer Landstr. 147, (4.Stock/Raum 1), Frankfurt
**Stille Beteiligung an Krieg und Rüstung**
Über Euer Steueraufkommen seid Ihr auch beteiligt am Tod von Hunderttausenden durch moderne Massenvernichtungsmittel, an der Vewüstung von Städten und der zivilen Infrastruktur, am ökologischen Ruin einer ganzen Region – nur noch mit Tschernobyl vergleichbar.
Der »erfolgreich« geführte Krieg, der schnelle »Sieg« macht Kriege zur Durchsetzung kapitaler Interessen wieder populär. – Wie war das noch »damals« in den letzten Januartagen 1991, die Angst, das Entsetzen, die Lähmung, erinnern wir uns. Verdrängung ist keine Lösung. An das nächste »5 nach 12« mag Mensch nicht denken, aber ist das, blikken wir in die Welt, so undenkbar?
Wer die Entsendung deutscher Soldaten ins Ausland diskutiert, rechnet auch mit deren Einsatz. Wo ein schneller Krieg für Konzerne einträglicher ist als ein langfristiger Boykott, wo keine Hemmungen bestehen, Diktaturen aufzurüsten, da wird auch mit Zerstörung und Tod kalkuliert.
Da die aktuelle Steuererhöhung mit dem Ausgleich der Kriegslasten in Höhe von 17 Mrd. DM begründet wird (Entwicklungshilfegelder wurden in diesem Zusammenhang übrigens gekürzt), handelt es sich hier um eine verfassungswidrige Zwecksteuer.
Wir wollen deshalb mit einem im Verfassungsrecht bewanderten Anwalt darüber diskutieren, inwieweit eine Verfassungsklage Sinn macht und mit welchen Kosten sie verbunden wäre. Da Viele im Steuerboykott alleine keinen ausreichenden Sinn sehen.
Würden wir nicht unseren ökologischen, sozialen und wirtschaftsdemokratischen Ansprüchen untreu werden, uns unglaubwürdig machen, wenn wir stillschweigend und brav über unser Steueraufkommen diesen Krieg mitfinanzieren, statt uns dagegen zur Wehr zu setzen?
**Weitere Informationen:**
Uwe Weppler
c/o Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt 1

### BREMEN

Der Doppelcharakter der Kneifzange
Einladung zum 2. öffentlichen Seminar zur Vernetzung und Kooperation von »3. Welt«-Gruppen und Beschäftigungsinitiativen im Bereich Werkzeug-, Maschinen- und Medizintechnikrecycling sowie angepaßter Technologie in der BRD. In diesem Seminar wollen wir uns speziell mit folgenden Schwerpunktthemen befassen:
**Finanzierung**
- Restfinanzierung
- Arbeits- und Materialfinanzierung
- Transportfinanzierung
- EG-Mittel
- Erfahrungen und Probleme bei Finanzierungen

**Beschaffung von Werkzeug/Maschinen für die »3. Welt«**
- Qualitätsstandards
- Einsatz in der »3. Welt«
- Kooperation mit der Industrie
- Zweiter Arbeitsmarkt

**Öffentlichkeitsarbeit**
- gemeinsame Aktionen
- Gewerkschaften/Betriebsräte
- Presse
- Kulturhammer/Flohmarkt
- Messen
- Lobbyarbeit (z.B. überregionale Töpfe)

usw.
Als Referenten wurden eingeladen bzw. angefragt:
- 2 Referenten der GTZ, Eschborn
- Herr Lange-Lüdecke vom Fachverband der Werkzeugindustrie, Remscheid

Ein detailierter Seminarplan kann beim **Verein Praktische Solidarität von Volk zu Volk e.V.**, St.-Jürgen-Str. 18, 2800 Bremen, angefordert werden. Zu diesem Seminar sind Vertreter aller Initiativen und Organisationen aus dem Recycling-Bereich eingeladen. Seminarort ist der »Marschenhof Wremen«, In der Hofe 16, 2851 Wremen (bei Bremerhaven) *am 21. bis 23.6.1991* (Anreise 21.6.91 ab 16 Uhr). Die Kosten für Übernachtung und Verpflegung betragen 25,– DM pro Teilnehmer. Leider können an diesem Seminar nur max. 25 Personen teilnehmen.
**Veranstalter und Auskunftsstellen sind:**
GAB, August-Bebel-Str. 57
4800 Bielefeld
☎ (0521) 6 26 33
Fax (0521) 6 26 43
PSW e.V., St.-Jürgen-Str. 18
2800 Bremen 1
☎ (0421) 7 24 14
Fax (0421) 7 19 90
Arbeiter-Bildungs-Centrum, Bremen
Arbeiterkammer, Bremen
BIZ Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung
BMZ Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn

### SALECINA

Nationalstaat oder Zivilgesellschaft
Geschichtswerkstätte mit Theo Pinkus, Brigitte Walt-Richter, Gisela Wenzel.
20. bis 26.5.1991

Schwimmen gegen Europas Strom
Überrollt die EG 1992 die Alpenregionen?
30.5. bis 2.6.1991

Kommunikation in der politischen Arbeit
mit H.U. von Allmen, Katrin Sterki
6.6. bis 9.6.1991
**Anmeldung & Information:**
Salecina
CH-7516 Maloja Orden dent
☎ (082) 4 32 39

### GROSSBRITANNIEN

»Grünes Englisch«
Sommer-Sprachschule 1991 im Zentrum für Alternative Technologie, Machynlleth/Wales
**Angebot für Gruppen und Institutionen:**
- Unterbringung für 12 Personen (ab 18 Jahre) in 4 Schlafräumen (+ Einzelraum) für 1 Woche, Sonntag bis Samstag
- Unterricht von qualifizierten LehrerInnen in »grünem Englisch«
- Vollwerternährung/Selbstversorgung
- freier Zugang zum Zentrum für Alternative Technologie

etc. für 2.400 engl. Pfund (+ 15 %).
**Informationen:** Centre for Alternative Technology; Machynlleth
☎ (0654) 70 24 00
**Buchungen über:** David Reynolds
C.A.T., Machynlleth
Powys SY 20 9AZ, Wales
(Bei Buchungen 25 % des Preises, Rest mindestens 1 Monat vor Ankunft)

### LERNWERKSTATT

Virtual Realities – Macht der Medien, Ohnmacht der Alternativen?
Öffentlichkeit als »Gegenmacht«; welche Vor-Bilder brauchen wir? 5. bis 7.7.91; mit R. Langhans, H. Hülsmann, H. von Amelunxen; anerk. Bildungsurlaub, in Koop. mit BRI. 170,–/220,– DM inkl. UK + VV.

Deutsch-Sein: Wie ist das?
Eine Vergangenheits- u. Zukunftswerkstatt mit R. Bahro u. S. Marks. 28. bis 30.6.91; anerk. Bildungsurlaub, in Koop. mit BRI. 170,–/220,– DM inkl. UK + VV.
**Anmeldung:**
Lernwerkstatt
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51

### TAGUNGSHÄUSER

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Wir bieten insgesamt 27 Betten (2-, 3, 4-Bett-Zimmer), Vollverpflegung mit vegetarischer Vollwertkost, wunderschönen festlich-meditativen Tagungsraum (80qm), Sauna.
Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrükken, Ffm.
Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökologischer Politik (Rudolf Bahro).
**Info & Anmeldung:**
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51

### REISEN

Christlicher Friedensdienst
Im April erschienen: »Was tun? – Was tun!«, das neue Workcamp-Programm des cfd. Es enhält Informationen über mehr als 190 Workcamps im In- und Ausland für den Sommer 1991.
In Workcamps kommen junge Menschen aus verschiedenen Ländern zusammen, um in einem 2-3 wöchigen Arbeitseinsatz ein soziales oder politisches Projekt zu unterstützen.
Die Jugendlichen leben, lernen und arbeiten zusammen und haben die Möglichkeit, das Ferienland und seine Leute einmal anders kenenzulernen als auf den Wegen des Massentourismus. Dabei ist die Selbstorganisation und die Eigeninitiative der Gruppe sehr wichtig.
Der cfd bietet Arbeitsprojekte in Weltstädten wie Rom und London, aber auch in winzigen Dörfern z.B. Frankreichs und Ungarns an. In der BRD können Teilnehmende Friedens-, Ökologie- und Kulturprojekte kennenlernen und unterstützen.
Neben der unverändert hohen Zahl an westeuropäischen Camps finden dieses Jahr auch viele Begegnungen in Osteuropa statt.
Die Teilnahmegebühr beträgt im Inland 75,– DM, das Mindestalter 17 Jahre. Für Workcamps im Ausland beträgt die Anmeldegebühr 110,– DM, das Mindestalter 18 Jahre. Reisekosten tragen die Teilnehmenden. Die Projektpartner stellen freie Unterkunft und Verpflegung.
Das Programm mit weiteren Informationen ist gegen Rückporto beim cfd Rendelerstr. 9-11, 6000 Frankfurt 60 ☎ (069) 45 90 72 zu erhalten.

Internationale Jugendworkcamps im In- und Ausland
Zu Naturschutzarbeiten in die amerikanischen Nationalparks, zur Kinderbetreuung nach Kanada, zur Mitarbeit in einer landwirtschaftlichen Kooperative nach Frankreich, oder zur Renovierung eines alten Klosters nach Spanien?
Der gemeinnützige Verein IBG (Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten) vermittelt bis August Plätze in internationalen Workcamps im In- und Ausland.
Angeboten werden mehrwöchige Aufenthalte für Jugendliche (im Alter zwischen 18 und 30 Jahren) in der BRD, der Schweiz, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Polen, Ungarn, Jugoslawien, CSFR, UDSSR (Lettland und Estland), USA, Kanada, Mexiko, Türkei, Nordafrika, Holland und Dänemark.
Die Jugendlichen arbeiten während des Camps zusammen an einem sinnvollen sozialen oder ökologischen Projekt. Während dieser Zeit des gemeinsamen Lebens und Arbeitens können vielerlei Erfahrungen gemacht und internationale Freundschaften geschlossen werden.
Ein Workcamp ist für Jugendliche eine preiswerte Möglichkeit, Urlaub zu machen. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sind frei und es wird eine landesorientierte Freizeitgestaltung geboten. Die Teilnehmer zahlen lediglich eine Anmeldegebühr von 120,– DM sowie die Kosten für die Anreise, wobei IBG bei Auslandscamps einen kleinen Teil der Fahrtkosten zurückerstattet.
Besondere Fachkenntnisse sind für die Teilnahme an einem Camp nicht notwendig, englische Sprachkenntnisse aber erforderlich.
**Das Programm und weitere Informationen sind erhältlich bei:**
IBG, Schlosserstr. 28,
7000 Stuttgart 1
☎ (0711) 649 11 28

### FRAUEN

Öko Sommer 1991

**Öko-Camp I: »Wind und Wasser«** (14 Tage) Fr., 5.7., 18 Uhr bis Fr., 19.7.1991
**Preise:** 625,– bis 745,– DM (Hausplatz) o. 485,– bis 605,– DM (im eigenen Zelt).

**Öko-Camp II: »Lehmbau und Garten«** (10 Tage) Fr., 19.7., 18 Uhr bis So., 28.7.1991
**Preise:** 455,– bis 575,– DM (Hausplatz) o. 355,– bis 465,– DM (im eigenen Zelt).
**Weitere Infos:**
Frauenbildungshaus
Osteresch
zum Osteresch 1
4447 Hopsten-Schale
☎ (05457) 15 13

### KULTUR

Angebotsorientierung versus Selbstorganisation in der Stadtteilarbeit
13.05.1991, Bürgerhaus Hartzlohplatz, Hamburg, AG Stadtteilkultur e.V.
**Information/Anmeldung:**
☎ (040)36 38 11

Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V.
in Erlangen, 25.05.1991, 10.30 Uhr
**Anmeldung & Information:**
Bundesvereinigung
sozio-kultureller
Zentren e.V.
Hömannstr. 10/12
4300 Essen 12
☎ (02 01) 35 02 81
Fax (02 01) 35 29 70

»Rechtsextremismus als Gegenstand Soziokultureller Arbeit«
21.05.-23.05.1991, Soest, Landesinstitut für Schule und Weiterbildung
**Information/Anmeldung:**
☎ (0 29 21) 68 32 86


CONTRASTE

**JETZT ABONNIEREN:** Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

**Zahlungsweise** (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

**Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.**

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

**Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.**
**Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.**

**Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn**
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).